H 8040 F
ISSN 1619-1404
23. Jahrgang
Nummer 137
Juli | August 2012
3,00 Euro




20. JAHRESTAG

# POGROM

ROSTOCK LICHTENHAGEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Vierundneunzigste Minute: Stille im Land. Kein »Sieg« donnerte durch die Straßen. Am Donnerstag, dem 28. Juni 2012, kam in Deutschland kein Jubel auf. Im Halbfinale der Fußball-Europameisterschaft war die deutsche Nationalmannschaft gegen die italienische Mannschaft ausgeschieden. »Der Angstgegner«, wie die ganze Nation lernen durfte. In den Hippvierteln und Szenecafes herrschte ebenso Schweigen und Trauer. »Schland« findet man doch längst irgendwie cool und »unsere Jungs« lässig. Das schwarz-weiße Trikot ist da auch wieder chic. Dieses Trikot trug im August 1992 ein Mann nicht minder stolz. Mit Hitler-Gruß und vollgepisster Sporthose ließ er sich in Rostock-Lichtenhagen im Schein der brennenden Flüchtlingsunterkunft, wohl betrunken, ablichten.
Ein Bild, das damals für den militanten Rassismus und die dynamische Re-Nationalisierung des vereinten Deutschlands stand. Mit »das bisschen Totschlag bringt uns nicht gleich um, hier fliegen nicht gleich die Löcher aus dem Käse, take it easy altes Haus« lieferten die »Golden Zitronen« die Sätze für das, was sich in diesem »Schweineherbst« (Slime) realisierte. Ein Bild, auf das heute auch »Egotronic« offen anspielt: »Erinnerst du dich noch an Rostock-Lichtenhagen? Dort tobten echte Deutsche und das für mehrere Tage. Danach warn sie die Opfer und begannen laut zu flennen!«. Ein Bild, das im Schwerpunkt des Rechten Randes zu dem Pogrom in der Hansestadt vor zwanzig Jahren auch auftaucht.
Viele Aspekte führten zu diesem Schwerpunkt. Das Pogrom war damals nicht der erste Angriff auf Flüchtlinge im Lande. Wochen vorher und Wochen nachher starben Menschen durch rassistisch motivierte Taten. Im Stadtteil und im Fernsehen konnte allerdings live das tagelange Wüten des ganz gewöhnlichen Deutschen erlebt werden, ohne dass der Staat schnell einschritt. Mit nachhaltigen Folgen: Der Mob hatte die damalige Asyldebatte der großen Parteien befeuert, das Asylrecht wurde ausgehöhlt. Die Lichterketten der Betroffenheit erhellten die Debatte nicht – und wirkten sie nach?
Im Juni 2012 sorgten sich in Leipzig AnwohnerInnen wegen der Eröffnung kleiner Flüchtlingsunterkünfte in ihren beschaulichen Vororten, eine Bürgerinitiative befürchtete Straßenmüll, Drogen und sinkende Grundstückspreise. In Eisenach hatte sich derweil die »Deutsche Burschenschaft« gestritten, wie deutsch ein Deutscher sein muss. Im Wartburgkreis tricksten offenbar ein paar Verwaltungen bei den verbindlichen Ausgaben für Flüchtlinge bei deren Unterkünften, Betreuung und Sozialleistungen so erfolgreich, dass sie Überschüsse erwirtschafteten. In Hamburg schob die Innenbehörde eine Roma-Familie nach Serbien ab. Zwei der Kinder erhielten von der Schulbehörde zuvor eine Urkunde für ihre hervorragenden Deutschkenntnisse.
In dieser Nachatmosphäre von Rostock radikalisierten sich Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Die versprochene Aufklärung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« durch die staatlichen Aufklärer scheint keine Aktualität mehr zu haben. Akten werden vielmehr vernichtet und Aktionen verschwiegen.

Unser aktuelles Titelbild zeigt das sanierte »Sonnenblumenhaus« in Rostock-Lichtenhagen 2012. Hier war die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) und Flüchtlinge untergebracht. Nebenan wohnten vietnamesische VertragsarbeiterInnen, bis sie im August 1992 durch den rassistischen Mob vertrieben wurden. Während des Pogroms wurde das »Sonnenblumenhaus« angezündet.

# Der »Tiefe Staat«?

Auf eine Frage wird es im Fall des »Nationalsozialistischen Untergrunds« nie eine abschließende Antwort geben: Wie eng waren Behörden, Geheimdienste oder einzelne Akteure aus den Staatsorganen mit den Nazis verwoben? Die Behörden geben sich alle Mühe zu verschleiern, trotz Rücktritten.

**von Ernst Kovahl**



*^ Im hinteren Eck dieses griechischen Restaurants in Coburg trafen sich der V-Mann-Führer und der Nazi und V-Mann Tino Brandt. Dabei wurden über die Jahre 200.000,- D-Mark an den Nazi übergeben.*

Unordnung in den Akten und Angst um den Ruf des Amtes, das sind für einen deutschen Spitzenbeamten Gründe, seinen Job hinzuschmeißen. Zehn Tote, fatale Fehleinschätzung zur Gefahr des rechten Terrors und Unterstützung für Neonazis gelten offenbar als »Kollateralschäden« bei der Arbeit für die Sicherheit des Staates. Mit dem Abgang des Präsidenten des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) Heinz Fromm am 2. Juli 2012 und dem Rausschmiss des Chefs des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) Thomas Sippel einen Tag später wurden erste Konsequenzen aus der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) gezogen. Doch das Problem ist nicht die Führung des Inlandsgeheimdienstes, es ist das Amt an sich.

»Mit Vertrauen, Sicherheit«, das ist der Titel eines neuen Werbevideos des BfV. Der Dienst trage »täglich dazu bei«, das »Bedürfnis nach Sicherheit« zu stillen. »Wir bauen auf einen Staat, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, für Freiheit und Sicherheit jedes einzelnen Bürgers zu sorgen, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Rasse (sic!), seiner politischen oder religiösen Überzeugung, seinem Geschlecht oder einer körperlichen beziehungsweise geistigen Behinderung.« Dieser Satz ist eine Verhöhnung aller Opfer rechter und rassistischer Gewalt, besonders der Opfer des NSU. Denn der Geheimdienst sorgte eben nicht für die Sicherheit »jedes einzelnen Bürgers«. Der Geheimdienst wurde geschaffen, um wirkliche oder vermeintliche Angriffe auf die bestehende Ordnung des Staates abzuwehren. Und die kommen vor allem von links, so der tief verwurzelte Glaube in Deutschland.

Auch das Vertrauen, um das der Geheimdienst wirbt, verdient er nicht. Die jüngst bekannt gewordene Vernichtung relevanter Akten zur NSU-Quellorganisation »Thüringer Heimatschutz« (THS) sind ein weiteres Glied in der Kette von Skandalen, Vertuschungen und »Pannen«. Selbst die konservative »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) verliert langsam die Contenance: »Der Verfassungsschutz [...] tut wirklich alles, um Vertrauen zu verspielen« (29.06.2012).

Aber wie weit trägt es, wenn Medien, Untersuchungsausschüsse und Teile der Regierung den verselbstständigten und unkontrollierbaren Behörden von der Fahne gehen? Die aktuelle Vernichtung von Akten über die »Operation Rennsteig« von BfV, dem TLfV sowie dem »Militärischen Abschirmdienst« (MAD) gegen den THS von 1997 bis 2003 ist kein Einzelfall. Sobald der »Verfassungsschutz« auf den Plan tritt, wird verdunkelt. Offiziell hat ein einzelner Referatsleiter im BfV am 11. November 2011, an dem Tag, als der Generalbundesanwalt die Ermittlungen gegen die mutmaßlichen NSU-Mitglieder an sich zog und Akten sehen wollte, den Auftrag zur Vernichtung der Papiere ausgelöst. In einer Situation, in welcher der »Verfassungsschutz« im Fokus der Kritik stand, hätten entlastende Akten einen schnellen Weg in die zuständigen Gremien gefunden. Doch sie wurden umgehend geschreddert. Begründung: Ablauf der Aufbewahrungsfristen. Der Amtsleitung sei dann eine Vordatierung der Vernichtung präsentiert worden. Diese Darstellung ist – vorsichtig ausgedrückt – erklärungsbedürftig.

Den Behörden liegt kaum etwas an Aufklärung. Die »Operation Rennsteig« wurde erst durch Recherchen der »Berliner Zeitung« bekannt. Den zuständigen Innen- und Untersuchungsausschüssen wurde der Vorgang vorenthalten. Im Rahmen dieser Operation wurden zusätzlich zu den Spitzeln des TLfV und des MAD mindestens zehn weitere V-Leute im THS installiert. Doch die »Geheimen« sind sich sicher: Die späteren Mitglieder des NSU standen nicht auf der Gehaltsliste des Staates. Die Aufklärung darüber dürfte durch die Vernichtung der Akten erschwert worden sein.

Spitzel-Gehälter an führende Aktivisten, das Niederschlagen von Ermittlungen, Warnungen vor Razzien und die Leugnung des rechten Terrors – die Unterstützung staatlicher Stellen für Neonazis war umfangreich. Einiges davon steht im offiziellen Bericht der Thüringer »Schäfer Kommission«. Aber, und da ist sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Peter Hauk, sicher: Die Bundesrepublik habe sich nie mit Neonazis gemein gemacht. Es sei ein »gravierender Vorgang«, wenn eine Politikerin »67 Jahre nach Kriegsende« anderes behaupte. Damit reagierte Hauk auf eine Rede von Bilkay Öney (SPD), Ministerin für Integration in Baden-Württemberg, bei einer Veranstaltung im »Alevitischen Kulturzentrum«. Laut FAZ sagte sie: »Den ‚Tiefen Staat' gibt es auch in Deutschland. [...] Um die Nazis unter Kontrolle zu halten, gab Deutschland Nazis Geld und machte aus ihnen Spione. Die gleichen Spione wurden von Nazis gegen hohe Gelder ausgenutzt. Also spielten sie ein Doppel-Spiel. [...] Nun versuchen sie, diese Blamage zu unterbinden.«

Zwar ist der türkische »Tiefe Staat« nicht mit der Situation in der BRD vergleichbar. Denn eine so enge Kooperation zwischen Politik, Geheimdiensten, Neofaschisten und Kriminellen, wie sie in der Türkei sichtbar wurde und die auf die Verteidigung des Staates vor allem gegen linke und kurdische Bewegungen aus ist, kann man hier nicht erkennen. Dennoch ist Öneys Kritik - im politischen Alltagsgeschäft überspitzt formuliert – nicht falsch. Staatliche Institutionen oder einzelne Akteure »päppelten« und schützen die Neonazi-Szene. Auch hier haben sich in den Geheimdiensten Strukturen gebildet, die formaler Kontrolle unterliegen, sich aber verselbstständigt haben. Über die Gründe dafür kann man unterschiedlicher Meinung sein.

# Eine Chronik des NSU – IV

**von Sören Frerks und Ernst Kovahl**

3. Mai 2012: Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt (BKA) durchsuchen Räume des NPD-Abgeordneten des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit. Er war Herausgeber des Neonazi-Fanzines »Der Weiße Wolf«. In der 18. Ausgabe war 2002 ein möglicher Hinweis auf den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erschienen. Nach eigenen Angaben hat Petereit erst später das Fanzine verantwortet. Bei der Razzia findet sich ein Exemplar eines 2002 vom NSU verfassten Briefs.

3. Mai: Der Präsident des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) Thomas Sippel räumt Fehler ein. Damit reagiert er laut MDR auf die für den 8. Mai angekündigte Veröffentlichung des Buches »Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal«.

5. Mai: Die »Süddeutsche Zeitung« zitiert aus Unterlagen der Sonderkommission »Bosporus«, zwischen BKA und den Landeskriminalämtern hätte es Kontroversen wegen der NSU-Ermittlungen gegeben. So sei die »Rechtsextremismus-These« nur »halbherzig geprüft« worden.

8. Mai: Laut »Cicero« finden sich an einer der in Eisenach gefundenen NSU-Waffen DNA-Spuren einer vierten Person.

10. Mai: Der frühere leitende bayerische Oberstaatsanwalt Walter Kimmel erklärt im NSU-UA des Bundestages, die Polizei habe in Nürnberg einen Döner-Imbiss betrieben, um die in der organisierten Kriminalität vermuteten Täter der Morde aufzuspüren. Nur vier von 160 BeamtInnen waren mit der Untersuchung eines rechten Motivs befasst.

11. Mai: Der Präsident des BKA Jörg Ziercke bedauert in einem Brief an den »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma«, dass eine »Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht« gestellt wurde.

15. Mai: Die Thüringer »Schäfer-Kommission« legt ihren Bericht vor. Sie recherchierte Gründe für die 1998 gescheiterte Festnahme der späteren NSU-Mitglieder. Ergebnis: Die Behörden hätten Fehler begangen. Der Neonazi und Spitzel Tino Brandt erklärt, er sei vom TLfV mehrfach vor Razzien gewarnt worden. Informationen mit Hinweisen zu den Abgetauchten seien im TLfV nicht ausgewertet worden.

15. Mai: Laut »taz« zählte das Thüringer LKA Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe 1998 »zum harten Kern der Blood & Honour-Bewegung«.

21. Mai: Der »Focus« berichtet von Fehlern bei den Ermittlungen zum Heilbronner Mord: Das Wohnmobilkennzeichen und DNA-Spuren seien nicht bearbeitet worden.

21. Mai: Der Thüringer NSU-UA befragt ehemalige Minister sowie Leiter von LKA und TLfV. Sie berichten von Kontroversen in den Behörden und personellen Defiziten. Ex-Justizminister Hans-Joachim Jentsch (CDU) verweigert die Aussage.

24. Mai: Bayerns früherer Innenminister und Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) streitet im NSU-UA des Bundestags Versäumnisse der Bayerischen Polizei ab. 2000 hatte er ein rassistisches Motiv für den Mord in Nürnberg vermutet.

25. Mai: Der Haftbefehl gegen Holger G. wird aufgehoben. Es gebe keinen dringenden Tatverdacht, eine Unterstützung des NSU werde aber angenommen.

29. Mai: Carsten S. und Matthias D. kommen frei. S. habe umfassend ausgesagt. Beiden wird weiter vorgeworfen, den NSU unterstützt zu haben.

29. Mai: Der »Berliner Kurier« schreibt, Zschäpe sei am 4. November 2011, nachdem sich Böhnhardt und Mundlos in Eisenach erschossen hatten und sie ihre Wohnung in Zwickau in Brand gesetzt hatte, mehrfach von einer Telefonnummer angerufen worden, die auf das Sächsische Innenministerium registriert ist.

30. Mai: Ein Zielfahnder des Thüringer LKA wird versetzt. Polizeigewerkschaft und Opposition kritisieren dies als »Bauernopfer«.

31. Mai: Das BKA glaubt, Zschäpe habe das NSU-Bekennervideo mit erstellt und sei maßgeblich an der Organisierung des Trios beteiligt gewesen.

2. Juni: Das »Bündnis gegen das Schweigen« diskutiert auf einer Anhörung in Berlin Konsequenzen aus der rassistischen Mordserie.

5. Juni: Der MDR veröffentlicht Auszüge aus dem »Gasser-Bericht«. Demnach habe sich das TLfV unter Helmut Roewer der Kontrolle durch das Innenministerium entzogen. Roewer habe nur dem damaligen Innenminister Richard Dewes (SPD) berichtet. Auch Roewers Personalpolitik, seine Tarnfirma und Informanten werden kritisiert.

11. Juni: Im Thüringer NSU-UA zeigt sich, dass das TLfV in der Region Jena einen weiteren V-Mann führte. Günther Holland, Leiter der ehemaligen »Soko Rex«, bestätigt die Gefährlichkeit der damaligen Neonazis. Von Ungereimtheiten bei der Kooperation zwischen LKA und Geheimdiensten spricht der frühere Saalfelder »Staatsschützer« Klaus-Dieter Isselt.

Juni: Die »Berliner Zeitung« berichtet von der »Operation Rennsteig«, einer gemeinsamen Aktion des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV), des TLfV und des »Militärischen Abschirmdiensts« zwischen 1997 und 2003. Ziel war der »Thüringer Heimatschutz«, zu dem auch die späteren NSU-Mitglieder gehörten. Zeitweise führten die Dienste mindestens zehn V-Leute in der Struktur. Relevante Akten wurden 2011 vom BfV vernichtet. Weder die UA noch die »Schäfer-Kommission« wurden offenbar über diese Aktion informiert.

28. Juni: Es wird bekannt, dass das BfV im November 2011 Akten zur »Operation Rennsteig« vernichtet hat.

2. Juli: Der »Spiegel« berichtet, dass im BfV Computerdaten manipuliert wurden. Nicht alle V-Leute seien erfasst worden.

2. Juli: Heinz Fromm, Chef des BfV, erklärt seinen Rücktritt.

3. Juli: Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) entlässt den Präsidenten des TLfV Thomas Sippel. Er habe das Vertrauen des Parlaments verloren.

# Rechte GeheimdienstlerInnen

Gesteigerter Antikommunismus und eine Affinität zur Rechten waren offenbar Einstellungsvoraussetzungen für MitarbeiterInnen unter Thüringens früherem Geheimdienst-Chef.

**von Martina Renner und Paul Wellsow**



^ *Es wird schwer werden, Licht ins Dunkel des Thüringer VS zu bekommen.*

Helmut Roewer war der Ludwig II. der deutschen Geheimdienste. Zwischen 1994 und 2001 war er, der auch unter dem Decknamen »Stephan Seeberg« agierte und heute im extrem rechten »Ares Verlag« publiziert, Chef des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV). Mal gondelte er mit dem Fahrrad als Observant am Rande einer Demonstration, mal verkleidete er sich als General Ludendorff mit Pickelhaube, Uniform und Pferdehandpuppe. Sein bizarres Auftreten verleitete BeobachterInnen, die Skandale um das Amt mit seiner Person zu erklären. Doch damit geraten die von der Politik eingeräumten Befugnisse in Vergessenheit, die ihm sein Handeln ermöglichten.

**Günstlinge**

Unter Roewer machten QuereinsteigerInnen Karriere. KunsthistorikerInnen und ÄrchologInnen, Alt-PhilologInnen, ChemikerInnen oder LyrikerInnen bevölkerten das Amt. Einige stiegen zu ReferatsleiterInnen auf. Altgediente beäugten die Neuen kritisch, von »Günstlingen« war die Rede. Umgeben von jungen AkademikerInnen sah sich Roewer vermutlich als Spiritus Rector einer verschworenen Gemeinde zur Rettung des Staates vor Antifa, Gewerkschaften und PDS. Die Basis war ein tiefsitzender Antikommunismus, der den realistischen Blick auf die Gefahr des Neonazismus verhinderte. Dabei nahm man es offenbar mit Recht und Gesetz nicht so genau. Mit 50.000 DM Startkapital und Aufträgen aus dem Amt sowie dubiosen Finanzpraktiken wurde 1997 das Tarnunternehmen »Heron Verlag« gegründet. Dort erschienen unter anderem Sammelbände mit Vorträgen aus dem TLfV, die kostenlos an Hochschulen, öffentliche Bibliotheken und Schulen in Thüringen verteilt wurden. So entstanden losgelöst von politischer Kontrolle jahrelang de facto Neben-Verfassungsschutzberichte (»Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz«).
Wer gegen die Jungakademiker ohne Behördenerfahrung aufmuckte, wurde degradiert. So erging es dem Referatsleiter »Rechtsextremismus«, der seinen Stuhl für den jungen Historiker Stefan Schäfer freimachen musste. Dieser kam 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins TLfV und leitete ab Ende 1999 jene Abteilung, die die untergetauchten Thüringer Neonazis nie finden konnte oder wollte. Zusammen mit der ehemaligen Mitarbeiterin des TLfV Claudia Timpel (»Referat 23 Ausländerextremismus«) verfasste Schäfer 1997 im »Heron Verlag« das geschichtsklitternde Buch »... dich brenn´ ich eigenhändig an... Buchenwald – Kristallisationspunkt für Extremisten?«. Darin geht es historisch und politisch munter durcheinander: Der Massenmord der Nazis sowie die Zwangsarbeit und Folter in dem KZ treten dort undifferenziert neben Tote im Sowjetischen »Speziallager 2 Buchenwald«.

**Rechter Verlag**

Unbelastet von praktischem Verwaltungswissen stieß der Ingenieur und Literat Joachim Werneburg als Pressesprecher zum TLfV (1994-1997). Fünf seiner literarischen Werke publizierte er im rechten Kleinverlag »Edition Arnshaugk« von Uwe Lammla aus dem thüringischen Neustadt an der Orla. Auf den ersten Blick scheint der Verlag rechts-esoterisch. Man stößt auf »deutsche Naturlyriker«, auf Runenschrift und Antimoderne. Unter den Autoren der eigenen Publikationen sowie der angebotenen Bücher anderer Verlage findet sich das Who-is-who der rechten und faschistischen Intelligenz: Julius Evola, Armin Mohler, Oswald Spengler oder Ernst Jünger, und aus der heutigen Zeit vor allem neu-rechte Autoren wie Till Kinzel, Baal Müller, Günter Rohrmoser oder auch der Neonazi Jürgen Schwab. Ausdrücklich preist Lammla die Bücher der extrem rechten Verlage »Ares«, der »Edition Antaios« oder des »Hohenrain Verlag« an. Auch die Restbestände der extrem rechten »Staatsbriefe« vertreibt er. In der Ausgabe 2009 der vom Verlag selbst als konservativ beschriebenen hauseigenen Publikation »Diktynna – Jahrbuch für Natur und Mythos« trifft der Ex-Geheimdienstler Werneburg auf Mitautoren aus der extremen Rechten. Doch der Verleger Lammla verkauft nicht nur rechte Literatur und nahm 1993 an der Sommerakademie der »Jungen Freiheit« (JF) teil, er griff dort auch selbst zur Feder. Auf seiner Website will er »Hitler von rechts […] kritisieren« und glaubt, der Zweite Weltkrieg sei »Deutschland aufgezwungen« worden. Noch abstruser wird es, wenn er über den NS schreibt: »Auch daß die Juden nach ihrer Amsterdamer Kriegserklärung ausgegrenzt wurden, zeigt neben dem totalitären auch den antiimperialistischen Zug des Regimes.« Damit bezieht er sich auf eine Propaganda-Lüge der Nazis, die mit einer angeblichen »jüdischen Kriegserklärung« gegen Deutschland, 1933 auf einer Konferenz in Amsterdam ausgesprochen, die Verfolgung der Jüdinnen und Juden rechtfertigen sollte.
Ein weiterer Akademiker, den Roewer als Dauerautoren in seine Publikationen holte, war Michael Ploenus (Pseudonym »Egon Serén«). Sein Thema ist die »Aufarbeitung« der DDR-Geschichte. In den Publikationen des »Heron Verlags« nahm er vor allem die PDS und linke Geschichtsschreibung unter Feuer und warnt vor dem Erstarken einer politischen Linken. Später promovierte er bei dem »Extremismus-Theoretiker« Eckhard Jesse. Ideologisch ähnlich verortet war auch der »Heron Verlag«-Autor Henrik Eberle. Die Forschungsschwerpunkte des Historikers, der heute an der Martin-Luther-Universität Halle lehrt, sind »beide deutschen Diktaturen und extremistische Parteien der Gegenwart«.
Roewer und seine Mannschaft im Amt bliesen zur Attacke gegen Linke. Gleichzeitig päppelten sie mit hohen Summen über V-Mann-Gehälter die militante Thüringer Neonazi-Szene, die sich da bereits auf den Weg in den »Rassenkrieg« gemacht hatte.




Anfang der 1990er Jahre standen in Gera, ebenso wie in anderen Gegenden Ostdeutschlands, Angriffe von Neonazis auf der Tagesordnung. Es gab Straßenschlachten mit brennenden Barrikaden um die Vorherrschaft in Plattenbaugebieten. Zugleich gab es 1990 in der ostthüringischen Stadt mit damals noch 130.000 EinwohnerInnen die ersten linken besetzten Häuser Ostdeutschlands. In diesen Jahren rekrutierten hier aber auch die »Wiking Jugend« (WJ) sowie die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) Mitglieder, und auch »Die Republikaner« traten in Erscheinung. Am 3. Oktober 1991 kamen zum »Deutschlandtreffen« der NPD rund 600 AnhängerInnen nach Gera. Der damalige Bundesvorsitzende der Partei, Günter Deckert, zählte die Stadt zu einem Schwerpunkt der Partei. Die Gegend war ein Zentrum von Aktionen rechter Skinheads – die Szene erfuhr Aufwind.

# 20 Jahre »Kampf um die Straße«

Seit zehn Jahren findet in Gera das Neonazi-Festival »Rock für Deutschland« statt. Und erst jüngst verübten hier bisher Unbekannte einen Sprengstoffanschlag auf das Büro der Partei »DIE LINKE«. Ein Blick in die Geschichte zeigt einen zwanzigjährigen Kampf von Neonazis um die Straßen der ostthüringischen Stadt.

**von Sören Frerks**

### »Kameradschaften« in die Partei

Eine der frühen Strukturen, in denen sich die Neonazis sammelten, war die »Kameradschaft Gera«, 1993/94 entstanden. Der 1974 geborene Gordon Richter gilt als einer ihrer Gründer. Heute ist er eines von zwei NPD-Mitgliedern im Stadtrat von Gera. Schon damals zeichnete sich seine Nähe zu Frank Schwerdt ab, der die Einheit zwischen »Kameradschaften« und Parteigängern anstrebte. Schwerdt führte ab 1993 die Wählervereinigung »Die Nationalen e. V.«, ein Sammelbecken für freigesetzte Mitglieder durch die 1992 begonnene Verbotswelle gegen rechte Organisationen und Parteien. Im März 1996 gründete sich schließlich in Gera der damals einzige Thüringer Kreisverband der »Nationalen«. Richter saß zeitweilig auch im Bundesvorstand und ein weiterer Aktiver tauchte auf: der 1978 geborene Jörg Krautheim. Er war die Nummer Zwei der »Kameradschaft Gera«.

Um einem Verbot zu entgehen, löste sich der Verein schon eineinhalb Jahre später offiziell wieder auf, jedoch nicht ohne ein »Zusammenrücken der verschiedenen nationalen Gruppierungen« zu verkünden. Schwerdt hatte damals eines der bedeutendsten ostdeutschen Netzwerke aus »Freien Kameradschaften« um sich gebildet. Nach seinem erneuten Eintritt in die NPD 1999 forciert er ab 2001 als Vorsitzender der Thüringer NPD bis 2012 den radikalen und militanten Kurs des Landesverbandes.

Doch schon vorher begannen die »Freien Kameradschaften«, die »nationalrevolutionäre« Öffnung der NPD voranzutreiben, gedeckt vom 1996 verabschiedeten »Drei-Säulen-Konzept« des Bundesverbandes unter dem Vorsitz Udo Voigts. Zahlreiche Mitglieder aus dem Verein »Die Nationalen« und dem überregionalen »Thüringer Heimatschutz« (THS), dem 1999 etwa 120 Personen zugerechnet wurden, traten in die Partei ein. Die Zahl der Parteimitglieder schnellte zwischen 1997 und 1999 von 90 auf 260. Die NPD fungierte fortan als Dach der Szene.

Die gewichtige Stellung der Geraer Neonazis in diesem Radikalisierungsprozess wurde bei den Landtagswahlen 1999 deutlich. Mit Richter, Krautheim und dem 1979 geborenen Jan Stöckel stellten der NPD-Kreisverband und die »Kameradschaft Gera« in Personalunion mindestens drei Kandidaten der Landesliste. Dem elfköpfigen Landesvorstand gehörten damals neben Tino Brandt und Ralf Wohlleben auch die drei Geraer an. Zwar traten sie in der Öffentlichkeit nicht explizit als THS auf, dennoch wurden Richter und Krautheim vom Geheimdienst als dessen »Angehörige« beziehungsweise »Mitglieder« geführt. Die Geraer Gruppe der überregionalen Struktur entstand mit dem 1994 erstmals aufgetretenen THS-Vorgänger »Anti-Antifa-Ostthüringen« und war eine Größe in der Thüringer Szene. Die AktivistInnen nahmen an regionalen sowie bundesweiten Aufmärschen teil und unterstützten oder koordinierten Aktionen: So zum Beispiel beim »Hess-Gedenken« am 22. August 1998, als der THS in Gotha und die »Kameradschaft Gera« in ihren eigenen Städten aufmarschierten.

### Alltäglicher »Terror«

Den »Kampf um die Straße« und Anti-Antifa-Hetze erledigten die Geraer Neonazis selbst. Im Sinne von propagierter Einheit und Radikalisierung diente der Kreisverband als Wahl- und Aufmarschorganisation, während die »Kameradschaft« den inoffiziellen Ableger für halblegale Aktionen und Angriffe auf GegnerInnen mimte. Dass die Grenzen fließend waren, zeigten Richter und Krautheim, die bei NPD-Aufmärschen Abzeichen der »Kameradschaft« trugen.

Mit dem Aufstieg der NPD und des THS im Landesverband der Partei gab es um die Jahrtausendwende mehrere große Veranstaltungen und Aufmärsche in Gera. So tagte dort im April 1998 die NPD-nahe »Gesellschaft für Freie Publizistik« und Ende Oktober des Jahres der Bundesvorstand im nahen Crossen. Ebenfalls 1998 sollte Gera als Ausweichort dienen, wäre der Großaufmarsch zum 1. Mai in Leipzig, an dem letztlich 5.000 Neonazis teilnahmen, verboten worden. Am 4. September 1999, nur wenige Tage vor der Landtagswahl, marschierten etwa 400 bis 500 Neonazis auf. Es war der Wahlkampfabschluss, mit dem der Kreisverband und die »Kameradschaft Gera« Stärke demonstrieren und innerhalb von



**<** *Gordon Richter und Frank Schwerdt 2003 in Gera*

NPD und THS die eigene Rolle festigen konnten – untermauert vom besten Ergebnis der Thüringer Kreisverbände bei den Landtags- und den gleichzeitigen Europawahlen. Wenige Monate später folgte ein weiterer Aufmarsch gegen das einzige örtliche Heim für AsylbewerberInnen. Angemeldet von Krautheim, kamen am 12. Februar 2000 etwa 500 bis 600 Neonazis. Darunter die THS-Aktivisten Brandt und André Kapke sowie Thorsten Heise und die »Kameradschaft Northeim«, ferner die »Blood & Honour«-Sektionen (B&H) Thüringen, Brandenburg, Süd-Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Das letzte Mal zog die NPD am 10. November 2001 – in unmittelbarer Nähe zum Jahrestag der Reichspogromnacht – mit 300 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Kein deutsches Blut für fremde Interessen« durch Gera. Mit dabei auch Gerd Ittner sowie Matthias Fischer von der (seit 2004 verbotenen) »Fränkischen Aktionsfront«.
Seit Anfang der 1990er Jahre kommen regelmäßige Kleinaufmärsche, Infostände, »Heldengedenken« sowie Drohungen und gewalttätige Angriffe dazu. Die »Kameradschaft Gera« hatte derart wenig zu fürchten, dass sie nicht nur Punks und jugendliche Antifas ins Visier nahm. Im April 2000 veröffentlichte sie Informationen mit Fotos von einem DGB-Gewerkschafter und PDS-Politiker in einem Internet-Steckbrief und auf Aufklebern in der Stadt. Im Mai richteten sich die Anti-Antifa-Umtriebe der Gruppe gegen einen Jugendpfarrer. Einen Monat später setzten Neonazis den Kampf um »National Befreite Zonen« in die Tat um und schlugen am 27. Juni die Scheiben eines muslimischen Gebetshauses ein. Krautheim wurde in der Nähe festgenommen, im Prozess jedoch freigesprochen. Die »Thüringer Allgemeine« spekulierte danach über eine mögliche Tätigkeit als Informant des Geheimdienstes. Im April 2001 rief dann die »Kameradschaft Gera« im Internet dazu auf, gegen ein besetztes Haus vorzugehen. Der Angriff von 20 Neonazis folgte am Vorabend des 1. Mai. Heute, elf Jahre später, traf es in der Nacht zum 12. Juni 2012 das Büro der LINKEN – mittlerweile zum zehnten Mal. Dieses Mal explodierten Sprengstoffkapseln, die an den Fensterscheiben befestigt waren.

**Wahlkampf**

Erinnerte der Aufmarsch 2001 noch an die typischen Bilder der Neunzigerjahre, war davon beim »Rock gegen Krieg« 2003 nur wenig zu spüren. Lediglich die Mode gewordene antiimperialistische Attitüde und ein paar übriggebliebene »Stiefelnazis« retteten sich über die Zeit. An frühere Mobilisierungserfolge konnte vorerst nicht mehr angeknüpft werden. Nachdem der THS-Anführer und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Brandt 2001 als V-Mann enttarnt wurde, schien zudem das Vertrauen in die beiden Organisationen infrage zu stehen. Im Januar 2001 hatte bereits das Verbotsverfahren gegen die NPD begonnen, in dessen Vorlauf auch der THS ein Verbot fürchtete, wie Wohlleben im September 2000 per SMS an den späteren »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) schrieb. Bis heute gab es keine offiziellen Auflösungen, doch nach 2001 traten THS und »Kameradschaft Gera« nicht mehr in Erscheinung.
Ein neues Profil war nötig, sollte der Landesverband – wie Schwerdt warnte – nicht auseinanderdriften. Der einsetzende Mitgliederschwund musste gebremst und bei der Bundestagswahl 2002 ein Debakel wie 1998 verhindert werden, sollte der »Kampf um die Parlamente« nicht zur Farce werden. Damals scheiterte der Thüringer Landesverband bereits daran, genügend Unterschriften für den Antritt zu sammeln. 2002 ging die NPD auf Nummer sicher und organisierte bereits ab Dezember 2001 Infostände, um UnterstützerInnen zu sammeln. Schließlich holte der Geraer Kreisverband bei der Wahl im September zum dritten Mal in Folge die meisten Stimmen im Bundesland.
Als Teil des Strategiewechsels, der mit dem Bundestagswahlkampf zusammenfiel, setzte man auf öffentliche RechtsRock-Konzerte. Am 1. Juni 2002 versuchte Wohlleben mit dem »Thüringentag der nationalen Jugend« erstmals, in Thüringen eine rechte »Erlebniswelt« zu schaffen. Zwar kamen nur 130 Neonazis nach Jena, trotzdem war eine neue Aktionsform geschaffen: RechtsRock gepaart mit Wahlkampf. Über unterschiedliche Bands und RednerInnen konnte die gesamte Szene angesprochen werden und die NPD für sich werben. Der Geraer Kreisverband schloss sich dem Konzept an und veranstaltete am 21. Juni 2003 ein »Rock gegen Krieg« beziehungsweise »No war – Open Air« mit 150 bis 200 Neonazis und wiederholte dies ein Jahr später am 10. Juli. Bei der Ankündigung wurde die Kooperation zwischen Partei und »Freien Nationalen Kräften« betont. Doch erst 2005 konnte das Festival an frühere Mobilisierungserfolge anknüpfen. Bis zu 750 Neonazis nahmen am 9. Juli teil, was auch dem Beginn des Bundestagswahlkampfes und dem dadurch ausgefallenen »Pressefest« des Verlags der »Deutsche Stimmen« zu verdanken war. Seither firmiert das Festival bei meist konstanten BesucherInnenzahlen unter dem Titel »Rock für Deutschland« (RfD). Wieder sorgte die Geraer NPD für einen Erfolg des Landesverbandes, der den Freistaat mit dem »Thüringentag der Nationalen Jugend«, dem »Eichsfelder Heimattag« und dem »Fest der Völker« als rechtes »Festivalland« etablierte.

**»Blood & Honour«**

Nicht nur aufgrund des langen Bestehens und der Mobilisierungsfähigkeit von bis zu 5.000 Gästen im Jahr 2009 ist das RfD wichtig. Die NPD finanziert damit einen Teil ihrer Ausgaben und die Geraer RechtsRock-Bands und Plattenlabels können ihrem langjährigen guten Ruf in der Szene gerecht werden. 1993 nannte der Geheimdienst »Oithanasie« als eine der ersten rechten Skinheadbands in Thüringen, es folgten unter anderem »Legion Ost« und »Oigenik«. Seitdem bildete sich in Gera parallel zur »Kameradschaft« und der NPD eine eigenständige RechtsRock-Szene aus, die der seit 1997 bestehenden B&H-Sektion Thüringen nahestand. Kein Zufall, dass zwei führende Köpfe des militanten Netzwerks, Marcel Degner und Mike Bär, in Gera wohnen. Degner flog wie Brandt 2001 als V-Mann auf. Auch die deutsche B&H-Jugendorganisation »White Youth« wurde in Thüringen gegründet, in der der Sänger der Band »Oigenik«, Jens Fröhlich, aktiv war. Er organisierte zahlreiche Konzerte und spielt mit Denis Schoner seit längerem in der 1998 entstandenen Band »Totenburg«. Beide sind bundesweit in der Szene bekannt, weshalb sich ihre Einbindung in die Organisation des RfD sowohl für das Festival als auch für ihre Labels »Ewiges Eis Records« und »Hammerbund« lohnen sollte. Mit mindestens fünf rechten Vertrieben liegen die Geraer Neonazis auch hier in Thüringen vorn.

# Modell Volksgemeinschaft

Seit Herbst vergangenen Jahres protestieren im sachsen-anhaltischen Dorf Insel EinwohnerInnen gegen den Zuzug von zwei haftentlassenen Sexualstraftätern. Bald nach dem Beginn der Proteste beteiligten sich Neonazis daran – durchaus mit Zustimmung der Organisatoren.

**von Michael Hebner**




*^ Nazis aus Tangerhütte am 7. Januar 2012 bei einer Kundgebung mitten unter den BürgerInnen*

Eine gezielte Indiskretion aus der »Bundesagentur für Arbeit« versetzte die BewohnerInnen des 450-Seelen-Dorfes Insel in der Altmark in Aufruhr. Durch sie wurde bekannt, dass es sich bei zwei im Sommer 2011 Jahres zugezogenen Männern um entlassene Sexualstraftäter handelt. Daraufhin begannen im September unmittelbar vor dem Haus der beiden Männer massive Proteste gegen ihren Zuzug. Von Beginn an bediente man sich dabei Argumentationsfiguren, die in der extremen Rechten gängig sind. Und die ließ nicht lange auf sich warten. Unter dem Titel »Insel – Ein Dorf steht auf« veröffentlichte der Bundesvorstand der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) am 11. September 2011 eine Solidaritätserklärung für den Protest in Insel. Darin hieß es: »Die Dorfgemeinschaft – einig wie wohl seit Jahrzehnten nicht mehr – stellt sich quer und wendet sich absolut nachvollziehbar gegen die sogenannten Ex-Knackis. Erfolg soll ihnen beschieden sein – wir gönnen es ihnen. Ihre schnell zusammenwachsende Gemeinschaft wird gegen das Fremde, Erschreckende, vielleicht Widerwärtige siegen.« Für die NPD-Jugendorganisation ist der Fall ein »gefundenes Fressen«, denn seit mehr als einem Jahrzehnt ist der sexuelle Missbrauch von Kindern und Vergewaltigung ein Kampagnenthema der neonazistischen Szene. Ziel war und ist es dabei, Fälle, die vermeintlich oder tatsächlich von den Behörden der Öffentlichkeit verschwiegen wurden, aufzugreifen und in den Regionen bekannt zu machen und mit Forderungen wie »Todesstrafe für Kinderschänder« zu versehen.

In Insel nehmen Neonazis bereits seit September 2011 an den Protesten teil. Ihr Koordinator ist der Neonazikader Heiko Krause aus Tangerhütte, der auch Anmelder der für den 29. September 2012 angekündigten Demonstration der NPD in Stendal ist. Mit der unzutreffenden Unterstellung, bei den Männern handle es sich um sogenannte »Kinderschänder«, verliehen die Neonazis dem Protest zusätzlich Schärfe. Medial geben die protestierenden EinwohnerInnen des Dorfes indes vor, ihr Anliegen werde von den Neonazis missbraucht. Tatsächlich jedoch kam es immer wieder zu einer direkten Interaktion zwischen dem EinwohnerInnenprotest und den Neonazis. Die Protestierenden setzen darauf, die Landespolitik mit der Beteiligung der Neonazis an ihrem Protest zu Konzessionen an ihre Forderungen nach Wegzug der beiden Männer bewegen zu können. Und so kam auch im Verlauf des Konflikts der Eindruck auf, die Politik würde sich den Forderungen der Protestierenden beugen und die beiden ehemaligen Straftäter zum Wegzug bewegen. Gleichwohl erfuhren die regionalen neonazistischen Akteure durch die Akzeptanz ihrer Beteiligung eine gesellschaftliche Aufwertung als legitime Interessenvertreter.

Eine die Situation in Insel verstärkende Rolle spielte dabei der Ortsbürgermeister Alexander von Bismarck (CDU). Dieser hatte sich lautstark für einen Wegzug der ehemaligen Straftäter eingesetzt und blieb in seinen Forderungen auch von einem Parteiordnungsverfahren des Landesverbandes der CDU unbeeindruckt. Fernsehbilder zeigten von Bismarck anlässlich einer Demonstration in Insel im vertraulichen Gespräch mit Neonazi Heiko Krause. Später behauptete von Bismarck, nicht gewusst zu haben, um wen es sich bei Krause und seinen AnhängerInnen gehandelt habe.

Ende Mai eskalierte der Protest in Insel zum bundesweit wahrgenommenen Skandal. Im Verlauf einer Kundgebung der Bürgerinitiative in Insel versuchten TeilnehmerInnen, das Haus der beiden Männer zu stürmen. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die wütenden Protestierenden zurück zu halten. Als in der darauffolgenden Nacht zwei ortsbekannte Neonazis bei einem erneuten Versuch des Vordringens auf das Anwesen gestellt wurden, löste das eine scharfe landespolitische Debatte um das Versagen der Ministerien für Inneres und Justiz aus. Zuvor war der Versuch gescheitert, einen der beiden Männer dauerhaft nach Chemnitz überzusiedeln. Bereits wenige Tage nach seinem Umzug gab die Chemnitzer Ausgabe der »Bild« den Zuzug des Mannes aus Insel bekannt. Daraufhin startete die Chemnitzer JN eine Kampagne gegen ihn, was zur Folge hatte, dass er an seinen ursprünglichen Wohnort zurückkehrte.

Schließlich ergriffen gar die Abgeordneten des Landtags Position und demonstrierten am 8. Juni 2012 mit dem Transparent »Die Würde des Menschen ist unantastbar« in dem Dorf. Schon im Vorfeld hatte der NPD-Landesverband eine Kundgebung unter dem Titel »Wir für Euch – Jetzt erst recht« angemeldet, doch die wurde verboten. In seiner Bestätigung dieser Entscheidung kam das Oberverwaltungsgericht Magdeburg zu dem Schluss, die Proteste in Insel und die Kundgebung der NPD seien dazu geeignet, eine pogromähnliche Stimmung der Vertreibung vor Ort zu erzeugen.

Der Fall Insel zeigt exemplarisch das Interaktionsverhältnis zwischen BürgerInnen-Protest und Neonazis in der gesellschaftlichen Debatte über den Umgang mit entlassenen Sexualstraftätern. Anders als in anderen Fällen erweisen sich die Forderungen der Protestierenden als nahezu deckungsgleich mit denen der Neonazis. Und während jene, die in Insel protestieren, die Neonazis als Katalysatoren ihres Protests ansehen, profitieren die Neonazis von der Zustimmung aus Teilen der Bevölkerung zu ihren Forderungen. Das Modell Volksgemeinschaft ist somit nicht nur eine neonazistische Wunschvorstellung, sondern spiegelt sich durchaus im Protest von Insel wider.

# Internet und Anti-Antifa

Berlins aktivistische Neonaziszene kennzeichnet eine sehr geringe Mobilisierungsfähigkeit, gemessen an der Bevölkerung des Großraums Berlin. Ausnahme ist das Webportal »nw-berlin«. Das von der gesamten Szene genutzte Portal sowie die aus diesen Strukturen organisierte und sich immer weiter professionalisierende Anti-Antifa-Arbeit sind die einzigen Leuchttürme des politischen Engagements.

**von Fabian Kunow**




^ *Aufkleber der Berliner Nazis*

Als am ersten Februarwochenende diesen Jahres Sebastian Schmidtke den Posten des Berliner NPD-Landesvorsitzenden übernahm, wurde nur das umgesetzt was seit geraumer Zeit in Berlin Fakt ist. Ohne die Strukturen des »Nationalen Widerstand Berlin« läuft nämlich in der Hauptstadt für die NPD nicht viel.
Schmidtke, der schon als »... Sebastian Schmidtke vom Nationalen Widerstand in Berlin« bezeichnet wurde, betreibt mit dem »Hexogen« ein Geschäft für Militariabedarf. Dieses, sowie seine Wohnung dienen nach Behördenangaben als Landesparteibüro. So wurden dort bei einer Durchsuchung am 23. März 2012 (s. drr Nr. 136) wegen der Internetseite von »nw-berlin« unter anderem »zahlreiche Parteiunterlagen aufgefunden«. Es lägen daher »keine Anhaltspunkte vor, dass der Beschuldigte weitere Büroräume nutzt«. Neben Schmidtke wurde der 25-jährige Neuköllner NPD-Funktionär Sebastian Thom und der gleichaltrige AN-Aktivist Patrik W. durchsucht.
Derweil weist Schmidtke jegliche Beteiligung an der Internetseite von »nw-berlin« zurück. Laut einer Erklärung vom Januar 2012 auf der Homepage der NPD-Berlin behalte er sich vor, »rechtliche Schritte einzuleiten, wenn weiter behauptet wird, ich sei Voll- oder Teilverantwortlich für diese Seite« (Fehler im Original).

**nw-berlin – Label, Struktur, Internetportal**
Der Schriftzug »nw-berlin« wird in der Anti-Antifa-Arbeit Berliner Neonazis genutzt. Neben Haken- und Keltenkreuzen fand sich »nw-berlin« auf den Wänden und Jalousien von alternativen Projekten in Kreuzberg, Neukölln und anderen Stadtteilen. Auch zu Brandanschlägen kam es in diesem Zusammenhang. Viele dieser Objekte finden sich in der Rubrik »Linke Läden« auf der Internetseite von »nw-berlin« mit detaillierter Beschreibung und entsprechenden Aufforderungen aktiv zu werden. Zu Anti-Antifa-Attacken kommt es rund um Daten, die für die Szene bedeutend sind, sowie nach gelungenen Antifamobilisierungen; zuletzt nach dem verkürzten Aufmarsch in Hamburg am 2. Juni. Dabei verlor offenbar ein NPD-Funktionär seine Brieftasche in der Nähe eines alternativen Jugendclubs, der in dieser Nacht unter anderem mit »nw-berlin« besprüht wurde.
Knapp 130 Anti-Antifa-Attacken auf alternative Projekte, private Wohnanschriften von NeonazigegnerInnen und Parteibüros zählt die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin« (MBR) seit November 2009.
Gleichzeitig ist »nw-berlin« Berlins bedeutendste neonazistische Plattform im Internet. Diese Homepage entstand im Jahr 2005 aus dem Milieu der am 9. März 2005 verbotenen »Kameradschaft Tor«, welche die erste Generation der »Autonomen Nationalisten« (AN) gebildet hatte. Mittlerweile wird das regelmäßig ergänzte Portal nicht nur von der »Schriftführung«, sondern auch von »npd-berlin« und »NBFB« gefüttert. Hinter »NBFB« verbirgt sich der Kreis, der als »FN-Mitte« eine Zeit lang in Berlin aufgetreten ist.
Inhaltlich lassen sich die Beiträge auf »nw-berlin« in drei Sparten einteilen: Aufmarschaufrufe und Aktionsberichte, Rezensionen und Artikel mit einem positiven Bezug auf den historischen NS und Anti-Antifa-Artikel wie zum Beispiel die bezirklich aufgeteilte Zusammenstellung »Linke Läden«. Diese Mischung brachte den formal unbekannten Betreibern der Seite jahrelang Anzeigen von Betroffenen ein, die aber nicht in Betriebsamkeit der Behörden mündeten. So wurde jahrelang auf den Serverstandort in den USA verwiesen. Erst Mitte Februar 2012 wurde nach langem Zögern ein Rechtshilfeersuchen an die USA gestellt.

**Professionalisierung der Anti-Antifa-Arbeit**
Mit dem Aufkommen der AN nahm der Kampf gegen die Antifa eine immer bedeutendere Rolle in der Berliner Neonaziszene ein. Dieser trifft mittlerweile nicht nur autonome AntifaschistInnen, sondern vor allem Engagierte aus der Zivilgesellschaft und Parteien sowie JournalistInnen aller Medien. Dabei wird systematisch Recherche betrieben, indem nicht nur NeonazigegnerInnen bei Gegenaktivitäten fotografiert, sondern auch allgemein bei linken Aktivitäten Fotos geschossen werden. Mit Kameras sind bei entsprechenden Anlässen die Berlin-Lichtenberger Neonazis Björn W., David G. und Christian B. anzutreffen.
Ähnlich funktioniert die Anti-Antifa-Arbeit bei Gerichtsterminen, die ebenfalls vor allem von Lichtenberger Neonazis besucht werden, um an Namen und Anschriften zu kommen. Die Ergebnisse finden sich dann in der »chronik-berlin«, die an »nw-berlin« angedockt ist, oder werden in Postings verarbeitet. Die Rechercheergebnisse werden aber auch in den nächtlichen Attacken verwandt. Wie eng die Zusammenarbeit ist, zeigt das Beispiel einer alternativen Kneipe aus Neukölln. Diese wurde mehrfach nachts besprüht. Am 25. März 2011 wurde dort der Briefkasten aufgebrochen und die Post geklaut sowie ein NPD-Aufkleber angebracht. Wenig später wurden die Namen der Betreiber auf »nw-berlin« veröffentlicht.

# Brutale Szene(n) im Südwesten

Nach einem rassistischen Mordversuch an drei Menschen im baden-württembergischen Winterbach im April letzten Jahres gingen etwa 1.000 Menschen auf die Straße. Auch diesem Druck war es zu verdanken, dass Anfang diesen Jahres ein umfangreicher Prozess gegen zwei der Beschuldigten folgte, der mit einer Verurteilung wegen Körperverletzung endete.

**von Lucius Teidelbaum**

Vom 9. auf den 10. April 2011 fand in der Nähe von Winterbach im Rems-Murr-Kreis eine Neonazi-Party mit etwa 70 TeilnehmerInnen statt. Nicht zum ersten Mal und nicht ohne das Wissen der Polizei. Der Nutzer des Grundstücks ist ein bekannter Neonazi und war Sprecher des NPD-Kreisverbands Rems-Murr. Auf dem Nachbargrundstück feierten am selben Abend Jugendliche türkischer und italienischer Herkunft. Später am Abend wurden sie von zahlreichen Teilnehmern der Neonazi-Party angegriffen, ein Teil der Attackierten flüchtete sich in eine Holzhütte. Diese wurde von einer bis heute nicht genau ermittelten Person aus der Gruppe der Neonazis in Brand gesetzt. Nur mit knapper Not entkamen die Jugendlichen, zum Teil erheblich verletzt, dem Tod. Der Schuppen brannte komplett nieder.

Am 16. Januar begann am Landgericht in Stuttgart der Prozess gegen zwei wegen dieses Angriffs Angeklagte. Die Anklage lautet Mordversuch und Körperverletzung. Die Angeklagten Dominik F. und Dennis K. befanden sich zu Prozessbeginn bereits seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft, die im Prozessverlauf aber aufgehoben wurde.

Beide jungen Männer sind keine Unbekannten, sie bewegen sich seit Jahren in der braunen Szene. Der Angeklagte Dennis K. hat seinem während der U-Haft geborenen Sohn den Vornamen der RechtsRock-Legende Ian Stuart Donaldson gegeben.

Während des Prozesses war auch der Vater von Dominik F. – ein Kripo-Beamter – anwesend und sympathisierte erkennbar mit seinem Sohn.

Der Prozess zog sich über insgesamt zweieinhalb Monate hin. Selbst der vorsitzende Richter meinte am Ende der 17 Verhandlungstage, der Prozess habe den »Rahmen des Üblichen gesprengt«. Kern der Anklage war der Vorwurf gewesen, dass die drei jungen Männer in der Hütte »dem Feuertod übergeben werden« sollten. Auf das Reizwort »Kanacken« hin wurde, so der Richter, »eine regelrechte Hetzjagd« veranstaltet. Die Opfer hätten auf Grund dieser »Jagdsituation« Todesängste ausgestanden. Dieser Vorwurf konnte nicht erhärtet werden, denn, so der Richter, es wurde »gelogen bis sich die Balken biegen«. Der Richter war überzeugt: »Es gibt Menschen unter den Zeugen, die wissen wer die Hütte in Brand gesetzt hat«. Im Verlauf des Prozesses wurde deswegen die U-Haft aufgehoben und der Vorwurf auf gemeinschaftlich begangene Körperverletzung reduziert.

Am 26. März 2012 wurde das Urteil verkündet, das für beide Angeklagten gleich lautete: zwei Jahre und fünf Monate ohne Bewährung.

Nach Medienberichten haben die Anwälte der beiden Angeklagten inzwischen Revision gegen das Urteil eingelegt. Damit geht die Entscheidung an die nächst höhere Instanz, in diesem Fall an den Bundesgerichtshof. Derweil sitzen elf weitere mutmaßliche Mittäter der beiden Verurteilten in Untersuchungshaft und warten auf ihre Prozesse.

**Die braune Szene im Südwesten**

Die Bilder, die vor Gericht an die Wand geworfen wurden, zeigten vor allem Neonazis in klassischer Skinhead-Montur: kurze Haare, Hosenträger und T-Shirts mit dem Namen bekannter RechtsRock-Bands.

Häufig kamen die ZeugInnen der Beklagten klar erkennbar aus der extrem rechten Szene, waren aber keiner Gruppe zuzuordnen. Die Organisationsdichte von Neonazis in Baden-Württemberg ist vergleichsweise gering, dafür gibt es eine lebendige Neonazi-Subkultur und weniger kontinuierliche Organisationen. Neben den politisch aktiven »Kameradschaften« gibt es zahlreiche Gruppen, die nur nach innen wirken. Zwei davon, die



^ *die Reste der Holzhütte*

»Blood Brothers« aus Fellbach und »Nationale Rebellion Calw«, tauchten auch während des Winterbach-Prozesses auf. Es dürfte sich hierbei nicht um politisch arbeitende Gruppen im engeren Sinne handeln, sondern um Zusammenschlüsse von Neonazis zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Ein Blick in die diversen sozialen Netzwerke zeigt, dass viele Personen in Baden-Württemberg mit neonazistischem Weltbild sich keiner explizit politischen Organisation angeschlossen haben, sondern derzeit eher in den oben erwähnten Zusammenschlüssen organisiert sind. Die Gefahr, die auf der Straße von ihnen ausgeht, bleibt freilich bestehen.

In jüngerer Zeit gab es in Baden-Württemberg mehrere brutale Neonazi-Angriffe. In der Nacht vom 11. auf den 12. März 2011 attackierten drei Neonazis in der Leonberger Altstadt einen 17-jährigen Antifaschisten mit einer Gaspistole und verletzten ihn dabei irreparabel am Auge. An diesem Angriff war auch der im Winterbach-Prozess angeklagte Dominik F. beteiligt. Am 1. Oktober 2011 wurde ein junger Antifaschist in Riegel im Landkreis Emmendingen von Florian S. gezielt angefahren und hierbei schwer verletzt. In der Nacht vom 7. auf den 8. Januar 2012 kam es zwischen BesucherInnen einer Showtanzveranstaltung in Trillfingen bei Rottenburg und provozierenden Neonazis zu einer Massenschlägerei. Einer der Neonazis setzte sich in sein Auto, fuhr in die Menge und verletzte drei Menschen.

Hinter diesen Angriffen in Baden-Württemberg steckt kein System, vielmehr sind sie Ausdruck einer menschenverachtenden Ideologie, die zum Selbstverständnis der in den »Freizeit-Kameradschaften« organisierten AkteurInnen gehört. In diesem Gewaltmilieu wird offenbar vor allem durch Musik und gegenseitige Bestärkung eine Atmosphäre erschaffen, bei der die bloße Tatsache, dass nebenan MigrantInnen grillen, genügt, um rassistische Gewalttaten auszulösen.

# Dortmunder Neonazis vor Gericht

Jahrelang agierten die Neonazis der »Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld« und des »Nationalen Widerstands Dortmund«, ohne von polizeilichen oder staatsanwaltlichen Ermittlungen behelligt zu werden. Dies führte so weit, dass sich Neonazikader im Fernsehen süffisant äußerten, sie verstünden selbst nicht, warum da nichts geschehe.

**von Mascha Lewandowska**

Von April bis Juni 2012 standen zwei führende Neonazis des »Nationalen Widerstands Dortmund« (NWDO), Alexander Deptolla und Dennis Giemsch, vor dem Dortmunder Amtsgericht. Deptolla und Giemsch gelten als »Aktivisten der ersten Stunde« des NWDO. Giemsch ist Betreiber des Nazi-Versands »resistore« und Anmelder des »Antikriegstags« am ersten Septemberwochenende, zu dem 2010 rund 1.000 Neonazis aus dem In- und Ausland anreisten (s. drr Nr. 120, 132). Beide sind angeklagt, am 1. Mai 2009 – vor drei Jahren! – maßgeblich an dem Überfall eines ca. 400 Personen starken Nazi-Mobs auf die DGB-Demo in Dortmund beteiligt gewesen zu sein. Sechs Verhandlungstage waren angesetzt.



^ *Dennis Giemsch in Dortmund*

Die Kameradschaftsszene beobachtete den Prozess akribisch und verfasste nach jedem Verhandlungstag Berichte. Man versuchte sich in demonstrativen Posen: So trug ein Zeuge am vierten Verhandlungstag einen Pullover mit dem Logo der griechischen faschistischen Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgendämmerung«). Als er aufgefordert wurde, diesen auszuziehen, trug er darunter ein T-Shirt mit Nazi-Slogans. Als Zeugen traten überwiegend Polizisten auf, die den beiden bislang jedoch keine konkrete körperliche Gewalthandlung nachweisen konnten. ZeugInnen aus der Demo, die solches bezeugen könnten, gab es nicht. Das hängt mit den fehlenden Ermittlungen unmittelbar nach dem Angriff zusammen. Insgesamt ist das ein falsches politisches Signal und stärkt die Neonazis, die sich in ihren Foren darüber entsprechend amüsierten. Am 19. Juni sprach die Staatsanwaltschaft Giemsch und Deptolla frei, da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, dass sie an diesem Tag zur Gewalt aufgerufen hatten. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung in anderen Fällen erhielt Deptolla jedoch eine Bewährungsstrafe von 7 Monaten und eine Geldbuße von 1.000,- Euro.
Stärker in der öffentlichen Wahrnehmung ist das Verfahren wegen eines Angriffs von vier Neonazis der »Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld« auf dem Weihnachtsmarkt im November 2011 auf zwei jugendliche Männer mit Migrationshintergrund, die sie krankenhausreif prügelten. Seitdem sitzen zwei von ihnen in U-Haft: Einer ist Sven Kahlin, der 2005 als 17-Jähriger den Punk Thomas »Schmuddel« Schulz erstochen hatte (s. drr Nr. 94), dafür sieben Jahre Jugendstrafe erhielt und nach fünf Jahren auf Bewährung entlassen wurde. Kurz darauf war er an einem bewaffneten Überfall auf die Szene-Kneipe »Hirsch-Q« beteiligt, was allerdings seiner Bewährung keinen Abbruch tat. Im November 2011 schlug und trat der jetzt 24-Jährige auf die zwei Jugendlichen ein und beschimpfte einen Sicherheitsbeamten, der ihn verfolgte, mit den Worten: »Dreckiger Jude, Scheißjuden, ich bringe euch alle um.«
Jan Kahlin, der 19-jährige Bruder von Sven Kahlin, ebenfalls in Haft, hat weitere Verfahren wegen Körperverletzung, unter anderem wegen eines rassistischen Angriffs auf einen Tunesier, den er mit einem weiteren hier Angeklagten im Dezember 2010 in Oberhausen zusammengeschlagen hatte und wegen eines Angriffs auf AntifaschistInnen bei einer Neonazi-Demo im Januar 2011 in Wuppertal. Dabei hatte er einem auf dem Boden Liegenden gegen den Kopf getreten. In diesem Verfahren wird das Urteil Mitte Juli erwartet.
Ein drittes Verfahren muss von der Jugendkammer des Landgerichts noch terminiert werden: Zehn Nazis der »Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld«, darunter erneut Sven Kahlin, sind wegen des Überfalls auf die »Hirsch-Q« am 12. Dezember 2010 angeklagt. Die Zehn hatten mit Messern die BesucherInnen der Kneipe attackiert und verletzt. Die Ermittlungen kamen erst in Gang, nachdem das »Dortmunder Antifa-Bündnis« (DAB) ein Video vom Überfall öffentlich machte und die Staatsanwaltschaft damit zum Handeln genötigt war.

**Spätes Handeln**

Der Mythos um die Neonaziszene in Dortmund wuchs parallel zu ihren Gewaltverbrechen – nicht zuletzt aufgrund der Untätigkeit und Ignoranz staatlicher Behörden. Nach Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und möglicher Verbindungen zur Naziszene in Dortmund wird nun öffentlichkeitswirksam Druck gemacht. Im Rahmen des von Ralf Jäger, Innenminister aus Nordrhein-Westphalen, im Dezember 2011 verkündeten 8-Punkte-Programms gegen Rechts heißt es nämlich, der »Ermittlungsdruck auf rechtsextreme Straftäter [sei zu] erhöhen«.
Dass jetzt überhaupt Verfahren stattfinden, ist neben den erwähnten politischen Umständen dem jahrelangen Druck der Dortmunder Antifa-Szene geschuldet.
Um diesen Druck zu verstärken und um den Naziaufmarsch am 1. September 2012 zu verhindern sowie die davor laufenden »nationalen Aktionswochen« unterbinden zu können, planen bundesweit antifaschistische Gruppen und radikale Linke vom 24. August bis zum 2. September 2012 ein bundesweites Antifa-Camp in Dortmund.

*Weitere Infos siehe www.antifacamp.org*

# Prozess gegen die Rädelsführer des »Sturm 34«

Seit nunmehr etwa sechs Jahren beschäftigt die neonazistische Kameradschaft »Sturm 34« aus dem Raum Mittweida die sächsische Justiz. Mit Gewalt hielten ihre Mitglieder eine ganze Region in Angst und Schrecken. Im letzten Revisionsverfahren gegen die Rädelsführer verhängte die Staatsanwaltschaft Dresden lediglich Bewährungsstrafen.

**von Volkmar Wölk**



*^ Polizei präsentiert beschlagnahmte Gegenstände nach Razzia gegen den »Sturm 34«*

PolitikerInnen stehe »keinerlei wie auch immer geartete Einmischung in die Rechtsfindung zu«. Es sei nicht die Aufgabe von unabhängigen Gerichten, »die Straferwartung von Politikern gegenüber rechten Gewalttätern zu erfüllen«, sagte Carsten Biesok, Landtagsabgeordneter der FDP in Sachsen am 12. Juni 2012.
Der FDP-Rechtspolitiker verteidigte damit das Landgericht Dresden, das am 11. Juni 2012 in einem Revisionsverfahren über die fünf Rädelsführer des »Sturm 34« geurteilt hatte. Vier Bewährungsstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und eine Geldstrafe waren die Quittung für Matthias R., Alexander G., Tom W., Peter W. und Nico T. für eine ganze Serie von Gewalttaten in der Region Mittelsachsen in den Jahren 2005 – 2007, bei denen die Angeklagten die Hauptaktivisten und treibenden Kräfte gewesen waren. Das erste Urteil vom August 2008 war durch den Bundesgerichtshof (BGH) kassiert worden, da die Juristen in Dresden die Maßstäbe für das Bestehen einer kriminellen Vereinigung falsch angelegt hatten. Damals verurteilte das Dresdner Landesgericht drei der fünf Angeklagten lediglich wegen Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zu Jugendstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren, die teilweise zur Bewährung ausgesetzt wurden. Das Gericht sah es als nicht erwiesen an, dass sie an der Bildung einer kriminellen Vereinigung beteiligt gewesen waren. Zuvor hatte das sächsische Innenministerium den »Sturm 34« als kriminelle Vereinigung eingestuft und die Kameradschaft am 26. April 2007 verboten.
Die Angeklagten mussten sich nun wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« vor Gericht verantworten. Allerdings fielen die Urteile deutlich milder aus als im ersten Verfahren.
»Die verhängten Strafen dürften bei den Angeklagten ein ebenso belustigtes wie zufriedenes Grinsen zur Folge haben«, hatte die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Kerstin Köditz, das Urteil kommentiert und in diesem besonderen Fall Richterschelte ausdrücklich für notwendig gehalten. Sie hat angekündigt zu prüfen, ob nicht gar eine Anzeige wegen Strafvereitelung im Amt gegen die Verantwortlichen sinnvoll sei. Das hatte den Zorn Biesoks hervorgerufen, dessen Parteifreund Dr. Jürgen Martens Justizminister im Freistaat Sachsen ist. Dabei ist die Oppositionspolitikerin beileibe nicht die einzige, die den juristischen Umgang mit »Sturm 34« als skandalös empfanden. Selbst Mittweidas CDU-Oberbürgermeister Matthias Damm, in dessen Stadt die Neonazi-Gruppe gegründet worden war, und dem der Ruf der Stadt lange Zeit wichtiger gewesen war als die Verfolgung der Täter, hatte deutliche Worte gefunden. Er hatte von einem »Justizskandal« gesprochen, da mehr als zwei Jahre nach dem BGH-Spruch das Verfahren noch nicht wieder aufgerollt worden war. Der studierte Jurist Damm monierte: »Auch die Richter haben eine Verantwortung.« Er bezog sich auf die überlange Verfahrensdauer und sprach eine so genannte »Verzögerungsrüge« aus – wohl wissend, dass genau diese gerügte Verfahrensdauer zwangsläufig zu milderen Urteilen führen würde. Die Rüge wurde erwartungsgemäß abgeschmettert – mit der formalen Begründung, dieses rechtliche Mittel stünde nur direkt am Verfahren Beteiligten zu. Das treffe auf die Stadt Mittweida nicht zu. Während Damm noch ein gewisses Verständnis dafür aufbrachte, dass das zuständige Gericht notorisch und chronisch überlastet sei, konnte dessen Pressesprecher Ralf Högner überhaupt kein Problem erkennen. Selbst wenn die fünf Neonazis schneller verurteilt worden wären, »wären sie schon wieder auf freiem Fuß«, erklärte er vor laufender Kamera.
Als das Verfahren im Mai dieses Jahres wieder aufgenommen wurde, war auch ohne hellseherische Fähigkeiten der Urteilstenor rasch absehbar. Die Angeklagten seien inzwischen weitgehend in die Gesellschaft integriert, hieß es unisono und wiederholt. Fast alle hätten eine feste Arbeitsstelle, seien verheiratet und einer studiere gar. Na, dann kann ja nichts mehr passieren, könnte zynisch geschlussfolgert werden. Fast alle Medien erwiesen sich mit diesem Bild als Multiplikatorinnen der Position der Verteidigung.
Doch es gibt auch ein anderes Bild, das einen »Albtraum am Bodensee« in der Nähe von Ravensburg zeichnet. Dorthin hat es Alexander G., genannt »Stürmer«, den eigentlichen Gründer des »Sturm 34«, verschlagen - den, der nach eigenen Aussagen vor Gericht immer nur abseits gestanden haben will, wenn seine »Kameraden« zuschlugen. Ja, er ist verheiratet und hat eine kleine Tochter. Resozialisiert? Sein Pitbull, so die NachbarInnen, heiße Odin, an der Wand hinge eine Hakenkreuzfahne, auf dem T-Shirt prange »White Power«. Die NachbarInnen, die damit nicht einverstanden sind, werden regelrecht terrorisiert. Im Prozess in Dresden spielt all dies keine Rolle. Auch »Stürmer« bekommt seine Bewährung und kann die NachbarInnen weiterhin einschüchtern.
Seit April 2007 ist »Sturm 34« verboten. Doch er ist wahrlich trotz Verbots nicht tot. Ein früheres Mitglied ist jetzt NPD-Ortsvorsitzender in Rochlitz. Die Verbindungen zu dieser Partei waren ohnehin stets eng. Ein anderes Mitglied mischt regelmäßig in Colditz mit, einem Schwerpunkt rechter Straftaten in Sachsen. Und nicht zuletzt wird aus Limbach-Oberfrohna berichtet, frühere Aktivisten des »Sturm 34« hätten ihre Aktivitäten in die Stadt verlagert. Carsten Biesok ficht das freilich nicht an. Für ihn ist juristisch alles in Ordnung. Dass in einem Gerichtsverfahren auch das Umfeld von Tat und Täter beleuchtet werden muss, interessiert ihn ebenso wenig wie die Richter selbst. Und der Begriff »generalpräventive Wirkung eines Urteils« wird so ein Fremdwort bleiben. Ist das die Strafe für fast drei Jahre Nazi-Terror?

# »Thüringentag der nationalen Jugend«

Am 9. Juni 2012 fand in Meiningen die elfte Auflage des neonazistischen »Thüringentags« statt – die Resonanz hielt sich in Grenzen.

**von Silke Heinrich**

Die Polizei schirmte den Parkplatz neben der Großmutterwiese in der südthüringischen Kleinstadt Meiningen gut ab. Nur wer gezielt die Veranstaltung der Neonazis besuchen wollte, wurde von den BeamtInnen durchgelassen – knapp 260 fanden sich schließlich ein. Ein Flop, hieß es daraufhin. Im Vergleich zu 2011, als 800 Gäste nach Sondershausen zum »Thüringentag der nationalen Jugend« kamen, mag das stimmen. Im Vorjahr war das ein Besucherrekord. Doch 2010, als die Versammlung in Pößneck durchgeführt wurde – das Konzept des Thüringentags sieht vor, jedes Jahr eine andere Stadt im Land heimzusuchen – waren es deutlich weniger als 200. Dort hatte die Polizei einen Sicherheitsgürtel errichtet, der nicht nur die Stimmung der Neonazis drückte, sondern einige auch zum Umkehren bewog. Im Gegensatz zu 2009, als die Neonazis im schönsten Abschnitt des Stadtparks von Arnstadt gastieren durften. Rund 300 BesucherInnen kamen damals, die Polizei kontrollierte kaum, die Stimmung war entsprechend positiv.
Die Initiative für die »Thüringentage« stammt ursprünglich vom NPD-Kreisverband Jena um Ralf Wohlleben in Kooperation mit der »Nationalen Jugend Jena«, die 2002 den ersten »Thüringentag« ausrichteten. In den Folgejahren trat Wohlleben immer wieder als Anmelder auf. Während sich ab 2005 das mittlerweile nicht mehr stattfindende »Fest der Völker« als parteifreies Event zu etablieren begann, blieb der »Thüringentag« immer vor allem eine NPD-Veranstaltung. Doch auch wenn die NPD federführend ist, wird stets die enge Zusammenarbeit mit den »Freien Kräften« betont. Die TeilnehmerInnenzahlen schwankten in all den Jahren zwischen 130 und 400 – mit Ausnahme von 2011.
Versuchte die NPD in der Anfangszeit noch öffentlichkeitswirksame Plätze für ihr Fest zu bekommen, so beschied sie sich im Laufe der Zeit immer mehr mit abgeschiedenen Parkplätzen und Gewerbegebieten. Und der »Thüringentag« etablierte sich als reine Szeneveranstaltung. Für Leute außerhalb der Szene war die Veranstaltung selten interessant, nicht zuletzt die Polizei schreckt ›normale‹ jugendliche BesucherInnen wohl regelmäßig ab. Entsprechend setzen sich die jährlichen Veranstaltungen aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 18 und 35 Jahren zusammen. Stärker als bei ähnlichen Veranstaltungen in Thüringen, wie dem »Rock für Deutschland« oder dem »Eichsfeldtag« wird Wert auf eine Familienfest-ähnliche Ausrichtung gelegt, so dass Kinderbetreuung und Hüpfburg in den vergangenen Jahren obligatorisch waren.
2012 jedoch fehlte nicht nur die Hüpfburg, sondern auch der sonst unvermeidliche Liedermacher im Programm. Dafür gab es die gewohnten Verkaufsstände des »Germania«-Versands von Patrick Weber aus Sondershausen wie auch einen von »Ansgar Aryan« aus Oberhof. Das »Gedenkbündnis Bad Nenndorf«, das Dresdener »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« um Maik Müller, der relativ neue Sanitätsdienst »Kameradschaftsdienst« und die NPD hatten Informationsstände aufgebaut.

Auch wenn die meisten Gäste vermutlich in erster Linie wegen der Musik gekommen waren, nahmen doch die Redebeiträge viel Zeit in Anspruch. Zunächst sprachen der »freie Nationalist« und Anmelder der Veranstaltung, Sven Dietsch aus Meiningen, der NPD-Landesschatzmeister Hendrik Heller sowie der erst im Mai 2012 zum neuen Landesvorsitzenden gewählte Patrick Wieschke. Wieschke konzentrierte sich in seiner Rede vor allem auf die neonazistische »Volkstod«-Propaganda, wiederholte aber auch die üblichen Floskeln zur angeblichen Überfremdung und zu den Repressionen gegen »Kameraden«. Als er zum wiederholten Male die Todesstrafe für Sexualstraftäter forderte, wurde ihm dafür von einem der Teilnehmer mit dem verbotenen »Sieg-Heil«-Ruf applaudiert. Nach ihm trat die Gruppe »Preußenstolz« aus Potsdam auf. Jedoch scheinen Neonazi-Konzert und das von den Behörden verhängte Ausschank-Verbot für Alkohol in den Augen vieler SzenegängerInnen nicht zusammen zu passen, so dass trotz Bratwurst und schönen Wetters zu keinem Zeitpunkt wirklich Stimmung aufkam.



^ *v. l. n. r.: Tobias Kammler und Hendrik Heller*

Der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel polemisierte in einer halbstündigen Rede gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, gegen »Überfremdung«, die angeblich falschen Verdächtigungen im Kontext des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und den »Euro-Rettungsschirm«. Seine Stippvisite endete bereits während des nach ihm stattfindenden Auftritts der Band »Strongside« aus Sachsen-Anhalt.
Nachdem am frühen Nachmittag bereits eine Antifa-Demonstration kurz lautstark den Ablauf störte, führte während des nachfolgenden Auftritts der Band »Projekt Anonym« auch eine Demonstration des Meininger »Bündnisses für Demokratie und Toleranz« direkt am Veranstaltungsgelände vorbei. Immer wieder beschwerten sich die Neonazis über das angeblich schikanöse Verhalten der Polizei in den Vorkontrollen und vor Ort. Den NPD-Landesgeschäftsführer Tobias Kammler trieb indes die Sorge um, dass »auch die Thüringer Klöße von orientalischen Imbissbuden verdrängt werden.« Mit den Auftritten der Thüringer Gruppe »Kinderzimmerterroristen« (KZT) sowie »Faust« aus dem Raum Frankfurt/Main ging der elfte »Thüringentag« zu Ende.
Angesichts der relativ geringen Resonanz, auch aus den eigenen Reihen, mag es verwundern, dass die Thüringer Neonaziszene alljährlich diesen logistischen Aufwand betreibt. Eine kritische Nachbetrachtung seitens der Veranstalter fehlt völlig.

# Rock für Deutschland

Am 7. Juli 2012 fand die 10. Auflage des Neonazi-Festivals »Rock für Deutschland« statt. Die Mischung aus RechtsRock und politischen Rednen lockte auch in diesem Jahr wieder hunderte Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet ins thüringische Gera.

**von Silke Heinrich**



^ *am 7. Juli spielte auch die Band Oidoxie in Gera*

Zwei landesweite Bündnisse hatten zu Protesten gegen das »Rock für Deutschland« aufgerufen. Im Vorfeld gab es in Gera mehrere Informationsveranstaltungen zur Bedeutung dieses Nazi-Events sowie zu Neonazi-Konzerten generell. In der Nacht nach einer dieser Veranstaltungen explodierten selbst gebastelte Sprengsätze an den Fenstern eines Büros der »Linken«. Erst im Mai hatte der Stadtrat mit einer Änderung der Nutzungssatzung unterbunden, dass die seit Jahren etablierte sogenannte Spielwiese von den Neonazis erneut als Veranstaltungsort genutzt werden kann. So mussten diese in diesem Jahr erstmals an einen anderen Ort ausweichen. Auf einem Platz in direkter Nähe zum Hauptbahnhof fanden sich Polizeiangaben zufolge 750 Anhänger von NPD und »Freien Kräften« ein.

Der Anmelder und NPD-Kreisvorsitzende Gordon Richter eröffnete die Veranstaltung. In direkter Nähe zum »Rock für Deutschland« waren die Gegenproteste deutlich zu hören. Diese Tatsache sowie das zunächst schlechte Wetters veranlassten den Landesvorsitzende Patrick Wieschke zu der Aussage, dass sie »jedem Gegenwind trotzen« und ihnen »eher der Regen etwas anhaben kann, als das antideutsche Gesindel«. Nach Wieschke trat »Words of Anger« (WoA) auf, eine Neonazi-Band aus Lübeck, die mit dem Song »Anti-Antifa« ebenfalls in Richtung der Gegendemonstranten hetzte. Im Oktober 2011 spielten WoA in Belgien für die in der Bundesrepublik verbotene Organisation »Blood & Honour«. Sänger Marco E. betrat wenig später als Gitarrist von »Oidoxie« erneut die Bühne. Auch »Oidoxie« um den Sänger Marko G. aus Dortmund tritt immer wieder im Zusammenhang mit »Blood & Honour« und deren Ableger »Combat 18« auf. Mehrmals spielten »Oidoxie« in Gera ihren Song »Ruhm und Ehre der deutsche Wehrmacht«, der von den Anwesenden begeistert mitgegrölt wurde.

Nach WoA trat der erst im Herbst letzten Jahres aus der Haft entlassene Matthias Fischer vom »Freien Netz Süd« ans Rednerpult. Fischer bezeichnete die Landtagspräsenz der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern als »keine nennenswerten Erfolge« des »nationalen Widerstandes«. Er rief dazu auf, weiterhin Grundstücke und Häuser zu kaufen um unabhängig vom öffentlichen Druck agieren zu können. Nicht allen Rednern gelang es, erfolgreich gegen die Trommeln, Musik und Rufe der Nazigegner anzuschreien. So ging die anschließende Rede von Patrick Schröder fast völlig unter. Schröder betreute auch den Verkaufsstand der Bekleidungsmarke »Ansgar Aryan« aus Oberhof, für die er mittlerweile hauptberuflich arbeitet. Auch der Vertreter der niedersächsischen Kampagne »Tag der deutschen Zukunft«, Dieter Riefling war als Redner geladen. Zunächst bezeichnete Riefling die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer als Mittel eines Krieges der »Ostküstenkapitäne« gegen »das deutsche Volk«, den diese schon 1939 begonnen hätten. Er sprach vom bislang noch relativ »homogenen Volkskörper« in »Mitteldeutschland« sowie vom »Rassekrieg«, der Hamburg, Frankfurt am Main oder München beherrscht. Offen rief Riefling zur »nationalen Notwehr« auf und träumte davon, die »Majorität in der politischen Landschaft« zu erlangen und mit Hilfe von Bundesbahn und Lufthansa alle »Fremdrassigen« zu deportieren. Applaus erhielt Riefling für seine Hetze nicht nur von den zahlreichen jugendlichen Zuhörern. Auch der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt applaudierte kräftig. Im Anschluss sprach der ehemalige Vorsitzende der »Deutschen Volksunion« (DVU) und stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Matthias Faust. Die Brandenburger Band »Exzess« kündigte an, am Abend ein weiteres Konzert zu spielen und verwies Interessierte für nähere Informationen an den Stand des Cottbusser Internet-Versandes »Rebel Records«. Udo Voigt war dann vor dem Auftritt von »Tätervolk« der letzte Redner des Tages. Fast alle Bands und Redner forderten Freiheit für ihre inhaftierten Gesinnungsgenossen wie Horst Mahler, Erich Priebke und »Wolle« (Ralf Wohlleben).

Die Bühne war in diesem Jahr mit einem Transparent des Thüringer Heimatschutzes (THS) geschmückt. Darauf stand ein Zitat des auch in Neonazi-Kreisen beliebten nationalistischen Schriftstellers Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860) aus dessen »Vaterlandslied«: »Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte«. Ein ähnliches Transparent wurde über Jahre von der thüringischen Neonazi-Szene genutzt, bevor es Mitte Juni diesen Jahres Antifaschisten in die Hände fiel. Der THS war ein seit Mitte der 1990er Jahre bestehender Zusammenschluss thüringischer Neonazi-Kameradschaften, in welchem auch die drei bekannten Mitglieder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« aktiv waren. Die letzte Band des Tages war »Tätervolk« aus Berlin, die bereits Anfang Mai beim »Eichsfeldtag« in Leinefelde auftrat. Sie gab konsequenterweise auch eine vertonte Version des »Vaterlandliedes« zum besten. Der Auftritt der im Vorfeld ebenfalls angekündigte US-amerikanische RechtsRock-Band »Max Resist« musste abgesagt werden. Die Veranstalter gaben an, dass dem Sänger die Einreise in die Bundesrepublik verweigert wurde. Sie kündigten auf ihrer Internetseite zwar an, sich um Ersatz zu kümmern, hatten damit offensichtlich jedoch keinen Erfolg. Trotzdem dürfte sich die Reise für die meisten Besucher gelohnt haben. Sei es wegen er zahlreichen Verkaufs- und Infostände oder der Gratis-CD, die den ersten 1.000 Besuchern versprochen wurde.

# »Es soll deutsch klingen«

Die deutsche RechtsRock-Szene ist um einen Protagonisten reicher. Mit Sacha Korn hat sie jetzt auch erfolgsorientierten Pop-Rock im Angebot.

**von Frank Metzger**

Der Musiker Sacha Korn aus Teltow bei Berlin mag nicht so recht ins RechtsRock-Muster passen. Zum Einen zielt sein vergleichsweise professionell gespielter und produzierter Pop-Rock auf Massentauglichkeit. Zum Anderen weist Sacha Korn keine typische RechtsRock-»Karriere« auf und war nach bisherigen Kenntnissen in den letzten Jahren nicht in neonazistischen Strukturen aktiv. Doch er arrangiert sich bestens mit dieser Szene. Auch inhaltlich zeigen seine nach eigenem Bekunden »unpolitischen« Song-Texte und Statements eine deutliche Nähe zur extremen Rechten. Kritik an seiner Person begegnet Sacha Korn mit einem in solchen Fällen üblichen Reflex: Er stilisiert sich zum Opfer einer »Hetz- und Treibjagd […] betrieben von fragwürdigen Journalisten und Internet-Seiten, die natürlich nur anonym arbeiten«. Die Behörden sind sich in ihrer Einschätzung uneins. Während Berliner Polizei und Verfassungsschutz sehr verhalten reagieren, wird Korn im Brandenburger Verfassungsschutzbericht 2011 unter »rechtsextremistische Hass-Musik« genannt.




**Auf der Suche nach Erfolg**

Im Frühjahr 2011 tauchte Sacha Korn mit drei Beiträgen auf einer Schulhof-CD der NPD auf, zudem fand ein Song von ihm Verwendung in einem NPD-Wahlkampfclip. Bis dato war Korn sowohl KennerInnen der extremen Rechten als auch passionierten Musikinteressierten gänzlich unbekannt. Dabei hatte er laut autobiographischen Angaben auf seiner Website viel daran gesetzt, im internationalen Musikbusiness Erfolg zu haben: Gitarrenstudium in Los Angeles; mehrjähriger Aufenthalt in Osteuropa; Gründung seiner eigenen internationalen Produktionsfirma; Kooperation als Musiker, Produzent und Berater mit mehr oder weniger bekannten Rock- und Popstars. Warum ihm der große Durchbruch verwehrt blieb, erklärte er im Frühjahr 2011 in einem Interview mit der neonazistischen Zeitschrift »Hier&Jetzt«. So sei ein Majordeal nicht zustande gekommen, weil er sich der »nach 60 Jahren Besatzung und Umerziehung« vorherrschenden »politische[n] Korrektheit« nicht habe beugen wollen. Seine Musik beschreibt Korn wie einen »Panzer, den man nicht sehen oder orten, sondern nur spüren kann«. Wichtig sei ihm, dass die Musik »marschiert« – »es soll deutsch klingen«.

Nachdem Korns Wahlkampfhilfe für die NPD öffentlich kritisiert wurde und sich einige KooperationspartnerInnen abwandten, ging Korn in die Offensive. Er bestritt, die Songs der NPD wissentlich zur Verfügung gestellt zu haben. Für die Lizenzierung sei sein kanadisches Management verantwortlich gewesen. Sein Gespräch mit der »Hier&Jetzt« verteidigte er mit dem Statement »Ich gebe jedem ein Interview«.

**Ist der Ruf erst ruiniert …**

Statt auf Distanz zu gehen, dient sich Sacha Korn seitdem zunehmend extrem rechten Strukturen an. Im Juni 2011 erschien eine mehrseitige Homestory in der extrem rechten Monatszeitschrift »Zuerst!«. Im Januar 2012 folgte ein weiteres Interview. Anlass dafür war die Veröffentlichung der Doppel-CD »Wie lange noch – Links/Rechts«, nach »Deviationist« Korns zweites CD-Release 2011. Zu beziehen sind beide Tonträger fast ausschließlich über Korn direkt oder aber in unzähligen Nazimusik-Versandunternehmen.

Auch bei der Durchführung von Konzerten bewegt sich Sacha Korn mittlerweile mehr und mehr im Spektrum der RechtsRock-Szene. Seit Anfang Juni kündigt er ein Konzert mit der extrem rechten Hooligan-Band »Kategorie C« an. Stattfinden soll das Konzert am 11. August in Nienhagen (Sachsen), einem für Nazikonzerte bekannten Ort. Erst im Mai 2012 spielte dort unter anderem »Endstufe« vor etwa 1.200 Neonazis. Bereits 2011 gab Korn ein Konzert in Sachsen, zusammen mit einer extrem rechten Metal-Band. Außerdem soll er in Brandenburg laut Verfassungsschutzbericht 2011 im Rahmen einer NPD-Veranstaltung aufgetreten sein. Bei seinen letzten beiden Konzert-Versuchen in Berlin stieß Korn auf Widerstand. Ein Auftritt in einem Rocker-Club Anfang März 2012 wurde vereitelt, das Nachhol-Konzert im April konnte nur aufgrund eines kurzfristigen Ortswechsels stattfinden.

**Alles andere als »unpolitisch«!**

Korn betont beharrlich, sich den Mund nicht verbieten zu lassen, an Politik allerdings kein Interesse zu haben. Viele seiner Song-Texte sind jedoch keinesfalls »unpolitisch«, sondern durch eine nationalistische und revisionistische »Schlussstrich«-Metaphorik geprägt. In »Mein Land« heißt es: »Wie lang warst du besetzt und hast dich verloren […] Ein Teil von mir ist ein Teil von dir. Warum werd ich denn verbannt, wenn ich sag: Ich liebe dieses Land. […] Zwölf Jahre deiner Geschichte sind tausend Jahre Fluch. Alles in dir regt sich und ich weiß, du schämst dich.« Ähnlich im Song »Freiheit«: »Fehlt in der Welt wieder mal Geld, weisen sie darauf hin – 12 Jahre kommen ihnen in den Sinn. Wenn wir nicht wollen oder einfach nicht mehr können, bin ich auch der Letzte, der aufrecht geht – kriminalisiert und verschwiegen. Freiheit – ich hab genug von dem Betrug«. In Interviews schürt Korn rassistische Ressentiments. So sei die Wohnsituation in Berlin wie »in einem Zigeunerviertel oder im Orient«. An anderer Stelle äußert er, möglicherweise nach Polen ziehen zu wollen, denn die dortigen »Großstädte […], die sind halt noch nicht so überfremdet wie zum Beispiel Berlin«. Allerdings könne er es nicht ertragen, wenn jemand erklären wolle »wie schön die polnischen Städte sind und dann Danzig, Stettin und Breslau aufzählt«.

Sacha Korn nimmt derzeit noch eine Sonderrolle am Rande des RechtsRock-Milieus ein. So mag er zwar nicht fest in neonazistische Strukturen eingebunden sein. Aufgrund seiner inhaltlichen und strukturellen Nähe fällt eine Einordnung in das Spektrum der extremen Rechten jedoch zunehmend leichter. Er ist auf dem besten Wege, sich dort zu einem beständigen RechtsRock-Akteur zu etablieren.

## Haftstrafe für Rechtsterroristen

Martin Wiese soll nach nur zwei Jahren in Freiheit erneut ins Gefängnis. Das Amtsgericht Gemünden verurteilte den Neonazi am 9. Mai 2012 zu einer Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten. Das Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig, da Wiese in Berufung gegangen ist. Vorgeworfen werden ihm Volksverhetzung, Bedrohung sowie das Tragen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Im August 2011 soll er auf dem »4. nationalen Frankentag« in Roden-Ansbach Journalisten bedroht haben. Diesen habe er gedroht, dass sie vor einem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt würden. Zudem soll der 36-Jährige an diesem Tag ein T-Shirt mit der Aufschrift: »Seine Idee – Unser Weg« getragen haben, darunter die Signatur von Adolf Hitler. Wiese wurde bereits 2005 wegen der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Waffen- und Sprengstoffdelikten zu sieben Jahren Haft verurteilt. Im Jahre 2003 hatte er als Anführer der »Kameradschaft Süd« zusammen mit Kameraden über Anschläge diskutiert, unter anderem auf die feierliche Grundsteinlegung für den Bau des jüdischen Gemeindezentrums in München. Nach seiner Haftentlassung 2010 wurde Wiese wieder in der Neonazi-Szene aktiv und war am Aufbau neuer Kameradschaftsstrukturen beteiligt.

## Aufmarsch vierter »Tag der deutschen Zukunft«

Am 2. Juni 2012 haben sich in Hamburg rund 500 Neonazis unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) zu einem Aufmarsch versammelt. Die gleichnamige Kampagne schafft es seit vier Jahren, ohne direkten Bezug zum Nationalsozialismus, Kameraden aus der ganzen Bundesrepublik auf die Straße zu bringen. In den vorherigen Jahren fanden die Aufmärsche in Pinneberg (2009), Hildesheim (2010), Braunschweig und Peine (2011) statt. Ähnliches war in der Vergangenheit nur durch Themen wie die Glorifizierung der Wehrmacht oder die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen gelungen. Im Rahmen der Gegenveranstaltungen versammelten sich auf dem Hamburger Rathausplatz über 10.000 Menschen unter dem Motto »Hamburg bekennt Farbe«. Im Stadtteil Wandsbek, dem Versammlungsort der Nazis, demonstrierten zeitgleich mehrere Tausend Menschen unter anderem mit Sitzblockaden gegen den Aufmarsch. Infolge dessen musste die Polizei die Demo deutlich verkürzen. Wie in den vorherigen Jahren traten die Neonazis äußerst aggressiv gegenüber PressevertreterInnen und GegendemonstrantInnen auf. Am Rande kam es zu Auseinandersetzungen, unter anderem als Nazis versuchten GegendemonstrantInnen anzugreifen. Zudem griffen Neonazis auf ihrem Heimweg mehrfach vermeintliche Linke an. Die Kampagne hat für den 1. Juni 2013 bereits den nächsten »Tag der deutschen Zukunft« in Wolfsburg angekündigt.

## Razzien bei Neonazis

**Bayern**: Am 3. Mai 2012 kam es in Oberbayern zu umfangreichen Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Kameradschaft »Jagdstaffel D.S.T. (Deutsch, Stolz, Treu)«. Auslöser waren Schießübungen in Tschechien, von denen die Neonazis »Erinnerungsfotos« auf der eigenen Homepage veröffentlicht hatten. 2003 hatte Dominik B. – ein Kameradschaftsmitglied – Martin Wiese eine scharfe Waffe samt Munition verschafft. Es wurden die Wohnungen und Arbeitsplätze von insgesamt 16 Personen durchsucht.

**Berlin**: In Berlin hat die Polizei am 14. Juni die Wohnung von Arnulf Priem durchsucht. Auslöser war die Bedrohung eines Nachbarn durch Priem. Gefunden wurden unter anderem ein Revolver und zwei scharfe Maschinenpistolen. Priem ist seit Anfang der 1970er Jahre in der Nazi-Szene aktiv. Zu den Stationen seines Wirkens zählen die NPD, eine Wehrsportgruppe, die »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) sowie der Nazi-Rocker-Club »Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft«.

**Köln**: Am 10. Mai 2012 wurde in Köln die »Kameradschaft Walter Spangenberg« (KWS) verboten. Im Zuge des Verbots durchsuchte die Polizei die Wohnungen von 14 Mitgliedern der KWS. Der Name Walter Spangenberg bezieht sich auf ein im Straßenkampf umgekommenes SA-Mitglied.

Brandenburg: Die »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg« wurde am 19. Juni vom brandenburgischen Innenminister verboten. Die Wohnungen von 27 Beschuldigten in Brandenburg und Sachsen wurden durchsucht. Ein Verbotsgrund sind die aus dem Kreis der »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg« durchgeführten, nicht angemeldeten Aufmärsche der so genannten »Unsterblichen«. Weiter wird die Gruppierung mit Sachbeschädigungen und einem Anschlag auf das Redaktionsgebäude der »Lausitzer Rundschau« in Verbindung gebracht. Auch im Bereich des Kampfsports hatte die Widerstandsbewegung beträchtliche Aktivitäten gezeigt und 2009 sogar ein überregionales Treffen unter dem Motto »nationale Kampfsporttage« veranstaltet.

**Hamburg**: Am 30. Mai 2012, wenige Tage vor dem »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ), fanden in Hamburg zwei Hausdurchsuchungen statt: Wegen des Verdachts der Holocaustleugnung wurde in der Hansestadt die Wohnung des Anmelders des TddZ durchsucht. Zeitgleich klopfte die Polizei auch bei einem weiteren Beschuldigten an die Tür. Grund hier war der Verdacht der Teilnahme an einem nicht angemeldeten Aufmarsch der »Unsterblichen«.

## »Honour & Pride«-Konzert

1.200 Neonazis konnten am 26. Mai 2012 im sachsen-anhaltischen Nienhagen bei Halberstadt ungestört bei der »European Skinhead Party« feiern. Müssen solche Neonazi-Konzerte in Deutschland meist konspirativ organisiert werden, so war das braune Musik-Spektakel in Nienhagen unter Auflagen und den Augen von 400 PolizeibeamtInnen genehmigt worden. Nur ein Holzzaun erschwerte die Sicht auf das Veranstaltungsgelände. Vom Gebäude hing ein riesiges Transparent mit der Aufschrift »Honour & Pride Deutschland«. Auf der Bühne gaben sich an diesem Abend die RechtsRock-Bands »Endstufe« (Bremen), »The Brassic« (USA), »Faustrecht« (Bayern), »Les Vilains« (Belgien) und »Legittima Offesa« (Italien) das Mikro in die Hand. Der Name der »European Skinhead Party«, organisiert von Oliver Malina, war Programm: Die Gäste kamen durchweg im klassischen Skinhead-Outfit. Von Grauzone und Oi bis hin zum Nazi-Skin mit einschlägigen Tattoos und Kleidung war alles dabei. Besonders die seit über 30 Jahren bestehende Bremer Band »Endstufe« schien die BesucherInnen anzulocken, trug doch der Großteil deren Fan-Shirt. Einige Gäste reisten extra aus dem europäischen Ausland an. Nienhagen scheint sich zum Paradies für RechtsRock-Fans zu entwickeln. Bereits im Juli 2011 hatte auf dem Gelände ein braunes Musik-Spektakel mit rund 1.100 Gästen stattgefunden (s. drr Nr. 132). Für den 11. August 2012 ist schon das nächste Konzert angekündigt: Es spielen »Kategorie C«, »Sacha Korn« und »Hausverbot«.

## PC-Records

Yves Rahmel, Betreiber des Rechtsrock-Labels »PC Records«, ist am 20. Juni 2012 vom Amtsgericht Chemnitz wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe in Höhe von 14.400,- Euro verurteilt worden. Er soll unter anderem CDs der Bands »Stahlgewitter« und »Spirit of 88« produziert und vertrieben haben, die volksverhetzende Texte beinhalten. Vor Gericht ließ sich der 30-jährige Rahmel vom Szene-Anwalt und ehemaligen Anführer der verbotenen »Wiking Jugend«, Wolfram Nahrath, vertreten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da beide in Berufung gegangen sind. Doch Yves Rahmel steht bald erneut wegen Volksverhetzung vor Gericht. Grund ist der »Döner-Killer«-Song, in dem bereits 2010 die Morde des NSU an neun Kleinunternehmern verherrlicht werden. Rahmel soll das Lied, das auf dem Album »Adolf Hitler lebt« von »Gigi & Die braunen Stadtmusikanten« zu finden ist, produziert und vertrieben haben.

## »Thiazi abgeschaltet«

Nach drei Jahren polizeilicher Ermittlungen wurde am 14. Juni 2012 »Thiazi«, das größte und bedeutendste Online-Forum der deutschen Neonazi-Szene, wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« abgeschaltet. Unter Führung des Bundeskriminalamts (BKA) wurden Wohnungen und Geschäftsräume von insgesamt 26 Beschuldigten durchsucht. Gegen vier Personen lagen Haftbefehle vor, darunter Klaus R., einen 30-jährigen Erzieher aus Barth und Daniela W., eine 30-jährige Hausfrau und Mutter aus dem baden-württembergischen Untereisesheim als Hauptverantwortliche. In der »germanischen Weltnetzgemeinschaft« nahmen Neonazis kein Blatt vor den Mund, die Server standen in den USA. Von Aufrufen zu Straftaten über Verherrlichung des Nationalsozialismus bis hin zur Holocaustleugnung war hier jahrelang alles möglich. Das Forum hatte mehr als eine Million Beiträge und mehrere Tausend angemeldete NutzerInnen.

## DVU am Ende

Die verbliebenen DVU-Landesverbände haben im Mai endgültig aufgegeben, gegen die 2010 erfolgte Fusion mit der NPD vorzugehen. Am Ende fehlte es offenbar an Geld, um den Weg durch die Gerichtsinstanzen zu gehen. Stattdessen will man nun die »Energie anderen Projekten zuwenden«. Während die ehemaligen Kameraden um Siegfried Tittmann in Bremen einen Landesverband der »UNION DEUTSCHER PATRIOTEN« gründeten, sehen die Reste der niedersächsischen DVU ihr Heil in den »pro-Parteien«. Ex-DVU-Funktionäre aus Schleswig-Holstein gründeten unter Federführung des einschlägig vorbestraften Neonazis Christian Worch die Partei »DIE RECHTE«. Die Gründung soll am 27. Mai 2012 in Hamburg stattgefunden haben, »teilweise von früheren DVU-Mitgliedern, teilweise von bisher noch nicht parteipolitisch organisierten Aktivisten«. Da man »Störungen oder aber Subversion aus politisch rechten Kreisen« befürchtete, fand die Gründung im Geheimen statt. Neuer Bundesvorsitzender ist Christian Worch. Stellvertretende Bundesvorsitzende und Schatzmeisterin ist Ingeborg Lobocki, Beisitzer ist Martin Ziegler. Beide waren zuvor im DVU-Landesvorstand in Schleswig-Holstein aktiv. Das Parteiprogramm soll inhaltlich weniger radikal als das der NPD werden, dafür radikaler als das der »pro-Parteien« und Republikaner. Weiter heißt es, das Programm sei von der alten DVU übernommen, »allerdings in etlichen Punkten sprachlich wie inhaltlich modernisiert [sic] und ergänzt«. Parteipolitisch scheint es durchaus Platz zu geben für eine rechte Sammlungspartei, die weniger offen nationalsozialistisch als die NPD auftritt. Wie dies der Partei »DIE RECHTE« ausgerechnet mit einem bekennenden Neonazi an ihrer Spitze gelingen soll, bleibt abzuwarten.

## »pro NRW« vs. Salafisten

Die selbsternannte »Bürgerbewegung pro NRW« hatte zur vorgezogenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen eine »Moscheentour« unter dem Motto »Freiheit statt Islam« angekündigt. Die Rechtspopulisten wollten in verschiedenen Städten vor muslimischen Gotteshäusern provokativ Mohammed-Karikaturen zeigen. Reaktionäre Salafisten lieferten sich daraufhin gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Kleiner Aufwand, aber große Wirkung – das Kalkül der »pro«-Partei ging auf. Bundesweit berichteten Medien über die Gewalt am Rande der Kundgebungen. Die pro-Anhänger bekamen so die Bilder, die sie für ihren anti-muslimischen Wahlkampf brauchten: Hier die friedlichen Verteidiger des «christlichen Abendlandes«, dort die gewalttätigen Islamisten. Landesweit kam die Partei um Markus Beisicht am Wahlabend dann auf 1,5 Prozent der WählerInnenstimmen und kann sich so erneut über eine staatliche Parteienfinanzierung freuen. Nur wenige Wochen vor der Wahl durchsuchte die Polizei ein Büro der Partei und nahm zwei Parteimitglieder fest. Der Vorwurf lautete »Bildung einer kriminellen Vereinigung« (s. drr Nr. 136). Die NPD sackte in NRW von 0,7 auf 0,5 Prozent ab.

## Kronauer-Preis für Ernst Nolte

Der emeritierte Professor Ernst Nolte hat den mit 10.000 Euro dotierten Historiker-Preis der »Erich und Erna Kronauer-Stiftung« für sein «umfangreiches wissenschaftliches und geschichtsphilosophisches Gesamtwerk« erhalten. Die rechtskonservative Stiftung will nach eigenen Angaben, »Arbeiten auf dem Gebiet der Neueren Geschichte unterstützen, die nicht nur dem häufig bequemeren Mainstream oder der Political Correctness folgen«. Die Laudatio sollte der Historiker Arnulf Baring halten. Baring meldete sich krank, für ihn sprang Günter Scholdt ein, Autor im Verlag Edition Antaios. Ernst Nolte löste 1986 mit seinen Thesen den so genannten Historikerstreit aus. Für ihn waren der Holocaust und Nationalsozialismus in erster Linie eine Reaktion auf den Bolschewismus in Russland. Beides seien vergleichbare Ideologien mit vergleichbaren Verbrechen, nur habe die Oktoberrevolution zuerst stattgefunden. Diese Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Relativierung der deutschen Kriegsschuld verschafft dem heute 89-Jährigen seit Jahren politische Unterstützung von rechter Seite. Im vergangenen Jahr war Nolte mit dem »Gerhard-Löwenthal-Preis« der »Jungen Freiheit« ausgezeichnet worden.

## »Blood & Honour« Russland

Am 29. Mai 2012 verbot das Oberste Gericht Moskaus den russischen Ableger des neonazistischen Netzwerks »Blood & Honour«. Es stufte »Blood & Honour«- Russland als extremistisch ein und verbot sämtliche Tätigkeiten. In der Begründung der Generalstaatsanwaltschaft heißt es, die Ideologie von »Blood & Honour« beruhe auf der rassischen, nationalen, religiösen und sozialen Feindschaft gegen Staatsbeamte, Juden, Angehörige der Kaukasus- und der Nahost-Völker und der Völker Asiens. Anhänger verfolgen unter anderem das Ziel, die Verfassungsordnung Russlands mit Gewalt ändern zu wollen.

# »Schlimm, wie die gehaust haben«

Tausende Menschen beteiligten sich im August 1992 an den rassistischen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen. Fünf Tage lang dauerte die Gewaltorgie, ohne dass Polizei oder Politik eingriffen. Wenige Ereignisse der frühen 1990er Jahre verdeutlichen so offensichtlich die rassistische Stimmung jener Zeit, die sich in Gewalttaten, Übergriffen und Morden äußerte.

**von Andreas Speit**

Eine Fahrschule, ein Telefonanbieter, ein Heimeinrichtungsfachmarkt. Schön ordentlich ist es vor dem Haus mit dem großen Sonnenblumenmosaik. Schön ist der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen in die Dienstleistungs- und Warenwelt eingebunden. »Nach der Wende wurden diese Geschäfte und die anderen Läden eröffnet«, sagt eine Rentnerin. Seit über 35 Jahren lebt sie mit ihrem Mann in der längst sanierten Plattenbausiedlung. Nach der Wende? »Ja, ja«, sagt ihr Mann. »Die Lebensmittelketten dahinter auch erst«, betont der Rentner. Gleich nach 1989? »Ja, glauben Sie es mal«, schiebt die Frau nach. Am 22. August 1992 standen hier aber noch keine Läden, sondern Neonazis und Nachbarn mit Bier und Molotow-Cocktails.

**Spurensuche**

Vor 20 Jahren griff ein Mob in der mecklenburg-vorpommerischen Stadt über mehrere Tage hinweg die »Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber« (ZASt) und ein Wohnhaus mit VietnamesInnen in der Mecklenburger Allee 18 und 19 an. Eine Volksfeststimmung herrschte auf der Wiese, als Phuong Kollath mit ihren MitbewohnerInnen um ihr Leben bangte. »Das Feuer, der Rauch erinnerte mich an den Vietnamkrieg, den ich als Kind erlebt hatte«, sagte sie Jahre später gegenüber Spiegel-TV. Kein Hinweis, keine Gedenktafel zu den Ereignissen findet sich in dem elfstöckigen Plattenbau. »Ist doch lange her, damit haben wir doch nichts zu tun«, wiegelt ein junges Pärchen am Mittag beim Eisessen an einer Eisdiele im Sonnenschein ab. Über jene Tage möchten AnwohnerInnen nicht so gerne reden. »Schlimm muss es gewesen sein«, sagt eine Frau mit Kind, bevor sie schnell in das Geschäft einer Lebensmittelkette verschwindet. Ein Mann, ein Bier in der Hand, raunzt: »Ich war dabei, und? Dann waren die endlich weg.« »Ach, das meinen Sie«, sagt die Rentnerin. »Da hatte es gebrannt«, erinnert sich ihr Mann und zeigt auf das Haus mit der Sonnenblume. »Aber glauben Sie mal nicht, was die Presse da so alles schrieb. Wir waren da, wir wissen, wie es war«, sagt er weiter. Seine Frau stimmt ihm zu, um gleich anderes zu sagen: »Vor der Wende mussten wir 100 Mark Miete zahlen, heute über 600 Euro und nichts wurde in der Wohnung gemacht. Der Arzt war früher kostenlos, jetzt müssen wir immer zahlen.« Erst ein diskretes mehrfaches Nachfassen bewegt das Rentnerpaar, »das« noch etwas zu erläutern. »Da war was los, schlimm, wie die vor dem Haus gehaust haben«, sagt er, und sie meint: »Erst waren die Kubaner da, dann die Vietnamesen, nun die Türken. Seitdem nur noch Mord und Raub.«

**»Fahrt nicht rein«**

Von der Innenstadt ist man über die Stadtautobahn schnell in Lichtenhagen. Am Abend des 22. August 1992, einem Samstag, fährt Andreas Meyer mit mehreren Leuten diese Strecke. »Wir wollten den Betroffenen der Angriffe helfen, das beenden, uns dem entgegenstellen – wie naiv. Wir hatten die Größenordnung unterschätzt«, sagt Meyer, der damals 19 Jahre alt war. Einer, der vorgefahren ist, winkt sie zuvor am Straßenrand raus: »Der war ganz aufgelöst und meinte: Fahrt nicht rein, da kommt ihr nicht lebend raus.«

Seit 1990 bestand in dem Wohnblock die ZASt, bei der die Flüchtlinge ein mehrtägiges Registrierverfahren über sich ergehen lassen mussten. Im August 1992 waren die Räume völlig überfüllt und es fehlte an Personal. Rund 200 Flüchtlinge mussten ausharren. In ihrer Not lebten die Betroffenen, überwiegend Sinti und Roma, auf der Wiese, campierten tagelang im Dreck ohne lebensnotwendige Versorgung und sanitäre Anlagen. Einige krochen unter die Balkone in den Erdgeschossen des Häuserblocks. Im Stadtteil kam aber kein Mitleid auf. »Über die Ferkel, Drecksäue, die überall hinscheißen und pissen, wurde geschimpft«, erinnert sich Meyer. »Jetzt kommen auch noch die Zigeuner«, hieß es. In der Lokalpresse beschwerten sich zwei Wochen vorher AnwohnerInnen über »die«. Die zuständigen Behörden reagierten nicht. Die örtliche Politik auch nicht.
Schon an dem Nachmittag jenes Samstags im August 1992 beginnen Neonazis und NachbarInnen, die vor der ZASt im Freien ohne Versorgung ausharrenden Flüchtlinge anzupöbeln und zu schlagen. Mehr als 400 Menschen rotten sich zunächst auf der Wiese zusammen. Ein Polizist wird vermöbelt, ein Polizeiwagen angezündet. Aus ganz Rostock fahren Neonazis, »rechte Hooligans« nennt Meyer sie, in den Stadtteil. »Auf der Stadtautobahn hielten bewaffnete Neonazis Autos an, um zu schauen, wer drinnen sitzt.« Die Situation für die Flüchtlinge wird immer bedrohlicher.

**Steine und Molotow-Cocktails**

Am Samstag kommen immer mehr normale AnwohnerInnen und offenkundige Rechte, um ihren »Unmut« laut kundzutun. »Wenn man die erste Phase des späteren Pogroms mit dem Wort ›Unmut‹ überhaupt erfassen kann«, überlegt Meyer. Es wird gesoffen und gegrölt. In der Nacht zu Sonntag, dem 23. August, eskaliert die Situation. Überwiegend junge RostockerInnen umzingeln den Plattenbau mit der Sonnenblume. Aufgestauter Hass auf die AusländerInnen und Wut über die Auswirkungen der Wende brachen damals aus, glaubt Meyer. »Jetzt zeigen wir es den Ausländern mal, jetzt zeigen wir es Bonn, jetzt zeigen wir es Schwerin. Jetzt sind wir endlich wieder wer«, so war der Mob drauf, denkt Meyer, der seitdem in der antifaschistischen Szene mitwirkt. Unter Applaus der NachbarInnen fliegen, als es dunkler wird, die ersten Steine auf die Flüchtlinge, werden die Fensterscheiben eingeschmissen. Bis in die Morgenstunden schleudern Neonazis Molotow-Cocktails gegen das Gebäude. Die AnwohnerInnen applaudieren nur. Einer, so berichtete ein Reporter des »Sterns« damals, habe ihn stolz auf die Beteiligung seines Sohnes bei den Angriffen hingewiesen: »Der hängt sich richtig rein, um die Ausländer fertig zu machen.« Die Einsatzleitung der Polizei scheint völlig überfordert. Erst drei Stunden, nachdem die ersten Brandsätze geflogen sind, werden Wasserwerfer eingesetzt, 18 Stunden später wird Verstärkung gerufen. Die Polizei lässt dazwischen den Mob allein weitermachen.

**Magnet für die Neonaziszene**

Am Mittag des 23. Augusts rottet sich die Meute vor der Wiese wieder zusammen. Spätestens jetzt sind Neonazis aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit dabei. »Das Event war ein Magnet für die Neonazisze-



^ *Das Sonnenblumenhaus 2012 – Nichts erinnert vor Ort, auf der Wiese, am Haus, an das, was hier 1992 passierte.*

ne«, sagt Meyer. Ab Montag hätten die Kader die Impulse gegeben und das Know-how für die folgenden Angriffe auf Polizei und Flüchtlinge mitgebracht. In den Tagen zuvor waren auch fast 100.000 Flugblätter einer Aktion »Rostock bleibt deutsch« verteilt worden. Unter der Überschrift »Widerstand gegen die Ausländerflut« hieß es: »Heute haben wir sechs Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehört jetzt ihnen.« Verantwortlich für die Aktion: Michael Andrejewski, heute in zweiter Legislaturperiode NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin. Im Deutschlandradio erklärte er 2007 zum Flugblatt ausweichend: »Da wird kein Bezug genommen auf dieses Asylbewerberheim, es wird nur generell von Ausländern gesprochen, es wird zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen.«

**Angriff auf das Wohnhaus der VietnamesInnen**

Am Sonntag senden Fernsehsender live die Bilder von der grölenden Menge. Erst am dritten Tag, am Montag dem 24. August, werden die Flüchtlinge unter starkem Polizeischutz evakuiert. Über 3.000 Menschen sind vor dem Sonnenblumenhaus in Volksfeststimmung. Trotz des sich feiernden Mobs rückt die Polizei ab. In der Nacht wird aus der Menge heraus der Plattenbau Mecklenburger Allee 19 angegriffen. Hier leben rund 150 VietnamesInnen. Unter »Zugabe, Zugabe«-Rufen fliegen wieder Brandsätze. Die Notausgänge zum Nachbarhaus hatten NachbarInnen verrammelt, mit Ketten verschlossen, berichteten später Thomas Eutin und Jochen Schmidt, die für das ZDF in dem Wohnheim waren. Eutin schreibt seiner Frau einen Abschiedsbrief. Er notiert: »Man will verhindern, dass diese lästigen Ausländer rüberkommen könnten.« Bei den Menschen aus Vietnam sind auch AntifaschistInnen. »Wir waren am Samstag fast paralysiert, diese Mobstimmung hatten wir nicht erwartet, dann organisierten wir uns, gingen eben auch zum Wohnheim, um Schutz leisten zu können«, sagt Meyer. Früh morgens huschen sie schnell unbemerkt ins Haus. Mit Hilfe von Antifa-Kalendern rufen sie Gruppen an, eine Mobilisierung ohne Handy und Internet. Im Stadtteil werden später Neonazis angegriffen. »An der ganzen Situation änderte es nichts«, sagt Meyer. Ein Molotow-Cocktail nach dem nächsten fliegt, Wohnungen und Balkone brennen. Mit Äxten und Baseballkeulen stürmen Randalierer das Gebäude, Benzin für die Brandsätze wird kanisterweise herangeholt. Die Feuerwehr wird über Stunden gehindert, zu löschen. Stockwerk für Stockwerk flüchten die Flüchtlinge, JournalistInnen und AntifaschistInnen nach oben. »Wir versuchten, aufs Dach zu kommen. Das war verschlossen. Das waren sehr schlimme Minuten«, berichteten Eutin und Schmidt. Später gelingt es den Eingeschlossenen, das Dach zu erreichen. Gebückt können sie sich über ein Nachbarhaus retten. Eine Anwohnerin hilft ihnen. »Die Evakuierung der Flüchtlinge am Tag zuvor hat den Mob ermutigt«, glaubt Meyer.

**Kontext: Asyldebatte**

»Bis heute ist die Rolle der Politik bei den Angriffen und der Zusammenhang mit der Asyldebatte nicht aufgearbeitet worden«, sagt Stefan Ahorn, der in der Bildungsarbeit aktiv ist. Von bloßen Pannen der Zuständigen will der damals 18-Jährige nicht reden. Der Situation wurde die Möglichkeit zur Eskalation gegeben, mit der Intention, die damals heftige Asyldebatte zu befeuern, meint Ahorn. Mit dieser Meinung ist er nicht alleine. Jochen Schmidt wirft in seinem Buch »Politische Brandstifter« der Politik vor, die Krawalle inszeniert zu haben: »Rostock-Lichtenhagen war eine kontrollierte Eskalation des Volkszorns mit dem Ziel, die SPD zum Einlenken in der Asylfrage zu zwingen.« Keine Verschwörungsidee: Anfang der 1990er Jahre herrschte in Medien und Politik ein heftiger Streit über die Asylgesetzgebung. Schon vorher sprachen CDU und CSU immer mehr von »Wirtschaftsflüchtlingen« und »Asylbetrügern«. Nicht ohne Erfolg, von dem vor allem die extrem rechte Szene profitierte. Die Republika-

ner (REP) zogen ab 1989 mit über sieben Prozent in Landesparlamente und ins Europarlament. Ihr Plakat »Das Boot ist voll«, auf dem ein Schiff »Arche Deutschland« mit Flüchtlingen überfüllt ist, wurde von ihnen ergänzt mit »bitte Original wählen«. In Lichtenhagen, weiß Ahorn noch, hing das REP-Plakat, »obwohl gar kein Wahlkampf war«. Im Jahr 1992 suchten über 440.000 Menschen in Deutschland Asyl – ein Höhepunkt der Entwicklung, der auch durch den Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien bedingt war. Dass nicht einmal fünf Prozent der Flüchtlinge Asyl erhielten, beschwichtigte die Debatte nicht. Im Gegenteil, Edmund Stoiber (CSU), damals bayerischer Ministerpräsident, drohte der CDU, falls sie wie SPD und Grüne das Grundrecht auf politisches Asyl nicht ändern wolle, mit dem »Ende der Einheit der Union«.

In den Medien verdichtete sich nicht bloß bei »Bild« und »Welt am Sonntag« die Kritik am Grundrecht. Am 9. September 1991 titelte der »Spiegel«: »Ansturm der Armen. Flüchtlinge – Aussiedler - Asylanten«. Auf dem Cover war neben der Überschrift ein Schiff mit schwarz-rot-goldenem Rumpf abgebildet, vom Zustrom bedroht. Eine Assoziation an das REP-Plakat »Das Boot ist voll« drängte sich auf. Am 19. April 1992 titelte der Spiegel erneut gegen das Grundrecht. Das Cover zierten die Aussagen »Asyl. Die Politiker versagen« und die Bildmontage von einem Sturm vermeintlich südländischer Menschen, die durch ein von deutschen Beamten bewachtes Eisentor drängen.

**Übergriffe und Morde**

Auch einen anderen Erfolg konnte die extrem rechte Szene in diesen Jahren feiern. Parallel zu der Debatte stiegen die Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Angriffe auf Unterbringungen für Flüchtlinge an. Nicht bloß in Rostock-Lichtenhagen applaudierten die ganz gewöhnlichen Deutschen den tatkräftigen Deutschen zu. Vor dem Pogrom in Rostock, erzählt Ahorn, wären in seinem damaligen Wohnort Angriffe auf das Flüchtlingsheim üblich gewesen. Über CB-Funk hätten die Neonazis die Angriffe koordiniert. »Oft übernachteten wir bei den Betroffenen, nicht nur einen Angriff wehrten wir zusammen ab«, sagt Ahorn, der selbst von einem Neonazi zusammengeschlagen wurde. »Ich dachte, das war's, als ich zu Boden ging und die Tritte nicht aufhörten.« Keine zwei Wochen nach den Pogromen in Lichtenhagen erfolgten laut »Spiegel« allein vom 5. bis zum 11. September 1992 über 40 Angriffe gegen AusländerInnen und ihre Unterkünfte – von Brandanschlägen bis zu schweren Ausschreitungen. Am 23. November jenen Jahres zündeten Neonazis in Mölln zwei von türkischen Menschen bewohnte Häuser an, die zehn- und vierzehnjährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayse Yılmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben in den Flammen. Von 1990 bis 1992 töteten rechtsmotivierte Täter allein 41 Menschen. Die Morde lösten eine breite gesellschaftliche Betroffenheit aus. Mit Lichterketten protestierten mehrere Tausend Menschen gegen »Fremdenhass, Rechtsradikalismus und Antisemitismus«. Zeichen, die aber die Tonlage in der Asyldebatte kaum beeinflussten.

**Abschaffung des Asylrechts**

Am 25. August erklärte der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite: »Die Vorfälle der vergangenen Tagen machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.« Zu der lebensbedrohlichen Situation der Betroffenen sagte der CDU-Politiker nichts. Die Reaktion ist für Jochen Schmidt ein Indiz von vielen, dass nichts ein Zufall war. »Die geschaffene Situation war für die Neonazis eine ideale Gemengelage – ein Elfmeter von der Politik, den sie verwandelten«, sagt Meyer. Ahorn führt weiter aus: »Und die Politik nutzte die rassistischen Ausschreitungen.« Noch während der Ausschreitungen nahm die SPD ihr Nein zur Änderung des Grundrechts auf Asyl zurück. Am 6. Dezember 1992 stimmten im Bundestag CDU, CSU, FDP und SPD für einen Asylkompromiss, mit dem das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft wurde.




*^ Den Schienenübergang vom Stadtteil Lichtenhagen nach Groß Klein konnte man in den Tagen des Pogroms als Nicht-Rechter kaum betreten.*

**Feindselig empfangen**

»Nie wieder Deutschland« – die Kritik der radikalen Linken an dem nationalistischen Wiedervereinigungstaumel materialisierte sich. »Deutschland halt´s Maul«, wurde wieder zur Parole. Am 29. August 1992 demonstrierten rund 15.000 Menschen gegen die Ausschreitungen in Rostock. »Eine unglaubliche Medienhetze begann, jetzt kommen die linken Chaoten, hieß es«, sagt Meyer. An dem Samstag ging freilich, was Tage zuvor nicht möglich gewesen war. Kurzfristig hatte die Polizei offiziell 3.000 BeamtInnen im Einsatz, alle Zufahrtswege nach Rostock waren gesperrt, der Bahnverkehr eingestellt. Mit Hubschraubern wurden Polizeitrupps abgesetzt um DemonstrantInnen anzugehen. Tausende Menschen kesselten die BeamtInnen ein. »Wir wurden äußert feindselig empfangen«, sagt Ahorn. An diese Demonstration kann sich das Rentnerpaar auch erinnern. »Was da für Leute kamen«, sagt die Frau ablehnend und kopfschüttelnd.

# Unaufgearbeitetes Schlüsseljahrzehnt

Die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen läuteten ein Jahrzehnt neonazistischer Mobilisierung ein, dessen Ursachen, Verlauf und Folgen bis heute unaufgearbeitet sind.

**von Liane Richter und Klaus Niebuhr**




^ *»Revolte-Rostock« Aufkleber von Hooligans kleben an einem Pfeiler im Stadtteil*

Bereits am Vorabend der Wiedervereinigung begann im Sommer 1990 mit der zunehmenden Zahl der Angriffe auf ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen aus Kuba, Mozambique und Angola eine Serie rechter und rassistischer Gewalt. Die von Ausgrenzung und gesellschaftlicher Isolierung ins soziale Abseits Gedrängten wurden so zum ersten Ziel der nationalistischen und rassistischen Mobilisierung in der sich auflösenden DDR.

**Zeitgeschichtliches Vakuum**

Ihre nahtlose Fortsetzung fanden die Angriffe nach der Wiedervereinigung in der steigenden Zahl von Ausschreitungen gegen nunmehr in den neuen Bundesländern untergebrachte AsylbewerberInnen. Die rasche Ausbreitung rassistischer Gewalt zu Beginn der 1990er wurde durch ein über Jahre bestehendes zeitgeschichtliches Vakuum begünstigt. Dieses war dadurch gekennzeichnet, dass der rapide Autoritätsverlust der DDR-Institutionen nicht bruchlos durch ihre bundesrepublikanischen Pendants aufgefangen wurde. Insbesondere Polizei und Justiz zeigten sich bis Mitte der 1990er Jahre weder willens noch in der Lage, extrem rechte Repräsentanz in die Schranken zu weisen. Die nach der Wende zerschlagenen Strukturen der Soziokultur- und Jugendarbeit hinterließen eine sozialräumliche Einöde, welche die damalige Bundesjugendministerin Angela Merkel mit dem »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) zu rekultivieren gedachte, in dessen Folge es jedoch zu einer nachhaltigen Stabilisierung rechter Milieus kam. Das Programm sah vor, sozialpädagogische Konzepte der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen anzuwenden. Die dadurch gestärkten rechten Milieus wiederum schufen die Basis für rechte jugendkulturelle Hegemonieräume, von denen die Neonazistrukturen in den ländlichen und kleinstädtisch geprägten Regionen der neuen Bundesländer bis heute profitieren.

**Behördliche Fehleinschätzungen**

Zu den strukturellen Ursachen für die mangelhafte Verfolgung neonazistischer und rassistischer Straftaten traten politische. Jenen westdeutschen BeamtInnen, die ab Mitte der 1990er mit der Umstrukturierung der Polizei und dem Aufbau des Verfassungsschutzes in den neuen Ländern betraut wurden, verstellte ihre antikommunistische Doktrin den Blick auf die sich entwickelnde neonazistische Bewegung in Ostdeutschland. Der Feind stand für sie weiterhin links. Diese Haltung korrespondierte mit den weitverbreiteten Auffassungen jener PolizistInnen im Dienst des neuen Staates. Bereits zu DDR-Zeiten konzentrierten sich die staatlichen Repressionsdrohungen stärker auf die Punk-, Öko- und Friedensszene als auf rechte Schläger. So gingen westdeutsch sozialisierter behördlicher Antikommunismus und ostdeutsch-autoritärer Ordnungssinn in den Sicherheitsbehörden eine Allianz ein, deren Ergebnis die bewusste behördliche Ignoranz gegenüber Nazis war.

**Die Rolle westdeutscher Neonazis? Überschätzt!**

Kommt die Rede auf die Ursachen der Explosion rassistischer Gewalt in den neuen Ländern zu Beginn der 1990er Jahre, so verweisen Medien, Politik und Justiz oft auf die angeblich zentrale Rolle, die westdeutsche Neonazis beim Aufbau von Strukturen im Osten gespielt hätten. Diese Argumentation ignoriert aber häufig, dass sich bereits in der DDR neonazistische Milieus gebildet hatten, die nach dem Fall der Mauer umso aggressiver auftraten. Zwar ist es zutreffend, dass sich so unterschiedliche rechte Akteure wie »Die Republikaner« und die »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) Michael Kühnens um die Rekrutierung von Neonazis in den neuen Ländern bemühten und beispielsweise an dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen teilnahmen [vgl. den Artikel »Ein Pogrom mit Vorankündigung« in diesem Heft]. Die Annahme, Leute wie Kühnen, Bela Ewald Althans und Gottfried Küssel hätten steuernden Einfluss auf den Verlauf der rassistischen Mobilisierung in den neuen Ländern genommen, fällt auf deren medial verstärkte Propaganda herein. Real waren die Neonazis der alten Bundesrepublik mit der Integration des sich ihnen bietenden AnhängerInnenpotentials überfordert, profitierten aber dennoch von der ostdeutschen Entwicklung. Erstmals seit langem erwiesen sich ihre Inhalte in breiten Bevölkerungskreisen als kampagnenfähig. Dass Neonazis wie Kühnen und Küssel daraus den Schluss zogen, der Wiederaufstieg der NSDAP stünde vor der Tür, spricht mehr für ihre hybride Selbstüberschätzung als für politischen Realitätssinn.

Entscheidender als die Rolle westdeutscher Neonazis dürfte die jener gewesen sein, die als ehemalige politische Häftlinge oder Republikflüchtlinge in die neuen Länder zurückkehrten. Bei ihnen handelte es sich um eine kleine, bereits zu DDR-Zeiten offensiv nazistisch auftretende Gruppe von künftigen Führungsakteuren der ostdeutschen extremen Rechten. In den Wendewirren gelang es ihnen in der Regel, alte Kontakte zu reaktivieren. Ihre Kenntnis ostdeutscher Mentalitäten und Lebensumstände verschaffte ihnen – anders als westdeutschen Neonazis – Authentizität bei der nach politischer Orientierung suchenden Generation von jungen Erwachsenen.

**Die 1990er Jahre wirken fort**

Die Entwicklungen der 1990er Jahre wirken bis heute fort. Über dem rassistischen Terror jener Jahre und der dazugehörenden gesellschaftlichen Atmosphäre liegt der Schleier des Vergessens. Diesen zu durchbrechen bedeutet, eine Gesamtschau aus nationalistischer Mobilisierung, rassistischem Asyldiskurs und rechter Gewalt zu wagen und zu fragen, wie es zum Versagen der Politik kommen konnte.

# Ein Pogrom mit Vorankündigung

Wenn das Deutschland des Jahres 1992 ein Gesicht bräuchte, wäre es das Konterfei von Harald E. aus Rostock. Der arbeitslose Baumaschinist in vollgepinkelter Jogginghose hatte vor 20 Jahren mit Hitlergruß und Bier dem deutschen Mob in Rostock-Lichtenhagen zugejubelt. An den Ausschreitungen beteiligten sich AnwohnerInnen gleichermaßen wie organisierte Neonazis. Die strafrechtliche Verfolgung ließ jahrelang auf sich warten.

**von Kai Budler**

Das Pogrom in der Hansestadt fiel nicht vom Himmel: Die Frage, wie bedeutsam die Beteiligung organisierter Neonazis an den Übergriffen in Rostock war, ist zwar noch nicht endgültig beantwortet [vgl. den Artikel »Unaufgearbeitetes Schlüsseljahrzehnt« in diesem Heft]. Jedoch gab es in der westdeutschen Neonaziszene langfristige Planungen, zum Jahrestag des Pogroms im sächsischen Hoyerswerda, das im September 1991 stattgefunden hatte, »ein Fanal zu setzen«. Nach Angaben des britischen Magazins »Searchlight« fanden lange vor dem Jahrestag mehrere Vorbereitungstreffen in Hamburg statt. Daran nahmen unter anderem Mitglieder der »Deutschen Alternative« (DA), der »Freiheitlichen Arbeiter Partei« (FAP), der »Nationalen Liste« (NL), der »Nationalistischen Front« (NF), der Republikaner und »Wotans Volk« um Arnulf-Winfried Priem aus Berlin teil. Bereits ein Vierteljahr vor den Ausschreitungen waren in Lichtenhagen Flugblätter der NPD-nahen »Hamburger Liste für Ausländerstopp« verteilt worden, um mit dem Titel »Rostock bleibt deutsch« den Rassismus noch einmal zu schüren. Presserechtlich verantwortlich für die Flugblätter, in denen zur Bildung einer »Ausländerstopp«-Initiative aufgerufen wurde, zeichnete der heutige NPD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern, Michael Andrejewski. Vier Tage vor dem Pogrom meldete sich eine »Interessengemeinschaft Lichtenhagen« telefonisch bei einer Lokalzeitung und drohte: »Wenn die Stadt nicht bis Ende dieser Woche für Ordnung sorgt, dann machen wir das.«




^ *Die mediale Aufklärung steht im Stadtteil auch 20 Jahre nach den Angriffen nicht an.*

**Organisierte Neonazis in Rostock**

Als der rassistische Mob dann wirklich zuschlug, war die organisierte Neonaziszene nicht weit, wie die damaligen Recherchen von »Searchlight« belegen. Demnach waren Mitglieder der von Neonazi Michael Kühnen gegründeten »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) an den Ausschreitungen beteiligt, die Anfang der 1990er Jahre die Schlüsselorganisation der extrem rechten Szene bildete. Für ihren österreichischen Ableger, die »Volkstreue Außerparlamentarische Opposition« (VAPO) reiste Gerhard Endress ebenso an wie Neonazis aus anderen europäischen Ländern. AugenzeugInnen zufolge waren auch Christian Malcoci vom Vorstand der »Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene« (HNG), Michael Büttner von der DA aus Cottbus und der damalige DVU-Parteichef Gerhard Frey in Lichtenhagen anwesend. Nach Angaben des »Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung« (DISS) wurden aus dem PKW des damaligen GdNF-Chefs in Hamburg, Christian Worch, Neonazis per Funk angewiesen und koordiniert, andere hörten Polizeifunk ab und hatten Störfunkgeräte und Propagandamaterial mitgebracht. Sie gaben Interviews, während Steine und Molotow-Cocktails in die Heime flogen, oder posierten für die Kameras wie die damals führenden Neonazis Ewald Althans und Ingo Hasselbach. Als einziger aus der bekannten Neonazi-Riege wurde Endress in Lichtenhagen festgenommen. Welchen Fanalcharakter das Pogrom für die Neonazi-Szene hatte, zeigt der damalige telefonische Ansagedienst von Althans: »Unsere Zeit ist da, die Revolution hat begonnen.« Sowohl Hasselbach als auch Althans haben mittlerweile der Neonazi-Szene den Rücken gekehrt.

**Juristische Aufarbeitung**

Die strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die an den Pogromen beteiligt waren, lief sehr schleppend an. Von den mehreren hundert eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurde der Großteil wieder eingestellt. Nur in 32 Fällen erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, die Verfahren vor dem Amtsgericht Rostock endeten meist mit geringen Bewährungsstrafen oder Jugendarrest. Drei Neonazis verurteilte das Landgericht Rostock wegen schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruchs zu Haftstrafen zwischen zwei und drei Jahren.
Anders als ihre Rostocker Kollegen erhob die Staatsanwaltschaft Schwerin 1995 gegen vier Schweriner Beschuldigte Anklage, unter anderem wegen versuchten Mordes. Da Brandsätze in das Wohnheim in Rostock geschleudert worden waren, kam die Strafverfolgungsbehörde zu dem Schluss, ein Molotow-Cocktail, der in einem Raum explodiert, sei für die dort Anwesenden lebensgefährlich. Zu dieser veränderten Rechtsprechung hatte 1994 der Bundesgerichtshof beigetragen, als er in einem vergleichbaren Fall den Wurf eines Molotow-Cocktails gegen ein bewohntes Haus als versuchten Mord einstufte. Bis zum Prozessbeginn vor dem Schweriner Landgericht 2001 dauerte es noch einmal sechs Jahre – in der offiziellen Begründung dafür war von einer Überlastung der Jugendkammer die Rede. Als der Prozess schließlich 2001 begann, war ein anderes Verfahren bereits wegen Verjährung eingestellt worden. Das Verfahren war so lange verschleppt worden, dass der verantwortliche Richter wegen Rechtsbeugung und Strafvereitlung angezeigt wurde. Die übrigen drei Angeklagten verurteilte das Gericht wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu Bewährungsstrafen von einem beziehungsweise eineinhalb Jahren.
Auch Harald E. musste juristische Konsequenzen spüren: Wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhielt er einen Strafbefehl über 300 DM. Die geistigen Brandstifter und diejenigen, die applaudierten und jubelten, kamen ohne Ermittlungsverfahren davon.

# Mannheim-Schönau 1992

Nicht nur im Osten Deutschlands gab es zu Beginn der 1990er Jahre rassistische Gewalt. Neben heimlichen und von kleineren Gruppen verübten Taten waren auch offene, von größeren Menschenmengen getragene Angriffe wie in Hoyerswerda oder Rostock kein alleiniges Phänomen der neuen Bundesländer.

**von Matthias Möller**

Die Schönau, ein Stadtteil von Mannheim, war zu Beginn der 1990er Jahre ein sozial benachteiligtes ArbeiterInnenviertel, das vom Strukturwandel der Industriestadt besonders betroffen war. Hohe Arbeitslosigkeit, geringe Bildung, soziale Probleme und eine von Migration geprägte Bevölkerung kennzeichneten damals den knapp 15.000 Menschen umfassenden Stadtteil.



^ *Hinter diesem Zaun in Schönau befand sich die ehemalige Kaserne in der die Flüchtlinge lebten.*

#### Rassistische Diskurse

Als US-amerikanische Streitkräfte 1990 die Aufgabe ihrer Schönauer Kaserne bekannt gaben, erhofften sich viele im Viertel von der künftigen Nutzung eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Groß war dagegen die Enttäuschung, als das Land bekannt gab, dass eine Sammelunterkunft für über 200 Flüchtlinge eingerichtet würde. Im Folgenden vermischten sich auf der Schönau kommunale und quartiersbezogene Probleme mit dem damaligen bundespolitischen Diskurs um Asyl, was schließlich in ein versuchtes Pogrom mündete.

#### Bürgergewalt

In Mannheim-Schönau gingen nicht zugereiste Neonazis, sondern die »normale« Nachbarschaft gegen das Flüchtlingsheim vor. Abgesehen von dieser Besonderheit folgten die Ereignisse jedoch einem Muster, das typisch für den Ablauf von kollektiver Gewalt gegen Minderheiten ist: In einer ersten Phase artikulierte sich schriftlicher Protest gegenüber der Politik in Form von offenen Briefen und Unterschriftenlisten. Wichtige Personen und Institutionen der Schönau, etwa Schul- und Jugendhausleiter, Stadträte oder Elternbeiräte der Schulen, positionierten sich mit dem Verweis auf die sozialen Probleme des Viertels gegen das geplante Lager. Als dieses im Januar 1992 belegt wurde, verschob sich die Wahrnehmung rasch. Nicht mehr politische Entscheidungen, sondern die anwesenden Flüchtlinge galten als Problem. Sie standen zunehmend unter Beobachtung und Gerüchte über sie wurden intensiv im Viertel kommuniziert. In dieser zweiten Phase formierten sich breite Teile der lokalen Bevölkerung als eine gegen die Flüchtlinge gerichtete Gemeinschaft von Benachteiligten. Die dritte Phase der offenen Gewalt wurde – wie in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen auch – durch ein Gerücht eingeleitet, das tief verankerte rassistische Vorurteile mit einer akuten Bedrohungssituation verknüpfte: Aufgepeitscht von der Nachricht einer angeblichen Vergewaltigung eines Schönauer Mädchens durch einen schwarzen Bewohner der Unterkunft, zogen ab dem 26. Mai 1992 mit Stöcken bewaffnete Jugendliche vor die Kaserne. Am 28. Mai 1992 wurde diese unzutreffende Anschuldigung zum bestimmenden Thema auf einem Vatertagsfest in der Nähe der Unterkunft. Im Anschluss daran zogen zahlreiche BesucherInnen vor die Kaserne, warfen Scheiben ein, skandierten rassistische Parolen und bedrohten Flüchtlinge.

#### Tagelange Angriffe

Vermutlich hat nur die rasch anrückende Polizei damals eine Erstürmung des Heims verhindert. Trotzdem blieb die Kaserne in den folgenden Tagen Aufmarschort aggressiver FlüchtlingsgegnerInnen, von denen sich bis zu 400 allabendlich einfanden, um rassistische Parolen zu rufen. Begleitet waren die bierseligen Aufläufe von Versuchen auf das Gelände vorzudringen, Bedrohungen und einem versuchten Brandanschlag mit Molotow-Cocktails. Die Polizei schirmte das Gebäude zwar ab, ging aber insgesamt zurückhaltend vor. Trotz mitgeführter Bewaffnung und zahlreicher aus der Menge heraus begangener Straftaten, bei denen auch vereinzelt Beamte verletzt wurden, räumte sie nur vorsichtig den unmittelbaren Bereich vor der Kaserne. Ebenso nachsichtig zeigten sich Stadtverwaltung und Lokalpresse, die nur empörte und besorgte BürgerInnen sowie alkoholisierte Krakeeler am Werk sahen. Von rassistischen Übergriffen war dagegen kaum die Rede.

#### Protest von AntifaschistInnen

Dies änderte sich mit dem Eintreffen von antifaschistischen AktivistInnen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten und den Ansammlungen entgegenstellten. Fortan galt die öffentliche Sicherheit und Ordnung als bedroht. Stadtverwaltung und Polizei reagierten mit Versammlungsverboten und die Presse warnte vor reisenden Chaoten. Der Versuch einer antirassistischen Demonstration endete schließlich am 6. Juni 1992 darin, dass die Polizei sie gewaltsam auflöste und zahlreiche DemonstrantInnen verletzte oder vorübergehend festnahm. In der Folge überlagerte eine Debatte um Polizeigewalt und Demonstrationsfreiheit die rassistischen Mobilisierungen auf der Schönau.

#### Unpolitische Ereignisse?

Die damaligen Ereignisse wurden im lokalen Kontext häufig zu unpolitischer Randale beziehungsweise spontanen Protesten gegen soziale Missstände erklärt. Dahinter steckte auch das Bestreben der Stadtverwaltung, die Stadt nicht mit rassistischer Gewalt in Verbindung zu bringen. Dass auf der Schönau keine organisierten Neonazis auftraten, kam dem entgegen. Der pogromartige Ablauf trat schließlich soweit in den Hintergrund, dass Mannheim-Schönau – anders als Hoyerswerda oder Rostock – weitgehend in Vergessenheit geriet. Dabei zeigte sich dort nicht nur wie sich Anfang der 1990er Jahre eine Pogromstimmung auch im Westen formieren konnte. Ein ebenfalls oft vergessener Aspekt ist die damalige Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Angriffen auf Unterkünfte von MigrantInnen.

*Von Matthias Möller erschien 2007 zu dem Thema: »Ein recht direktes Völkchen«? Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge, Frankfurt a. M. 2007.*

# 20 Jahre Rostock, 20 Jahre Antifa – eine Bestandsaufnahme

Als Reaktion auf die rassistische Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre engagierten sich viele Menschen in antifaschistischen Gruppen. Das hat die Antifa-Bewegung maßgeblich geprägt. Was hat Rostock damals bei Antifas ausgelöst? Welche Bedeutung hat das Thema heute für die deutsche Linke – ist es für Jüngere nicht eigentlich schon »Geschichte«? Für der rechte rand sprach Viktoria Kenze mit Jana (19) aus Köln, Frank (40) aus Moers und Sophie (32) aus Dresden. Alle drei sind aktive AntifaschistInnen.



**drr: Was war der Auslöser dafür, dass Ihr politisch aktiv wurdet?**
Sophie: Einen einzigen Auslöser politisch aktiv zu werden, gab es für mich nicht, vielmehr war das ein längerer Prozess, der in etwa 1992/93 begann. In dieser Zeit waren in Dresden Nazis und Nazigewalt allgegenwärtig – auf der Straße, im Wohngebiet, in der Schule. Eigentlich war es für mich in dem Alter eine zwangsläufige Entscheidung – entweder mitmachen oder nicht. Ich habe nicht mitgemacht. Meine Schule, an der Anfang bis Mitte der 1990er zum Glück nicht die Nazis dominierten, wurde mehrfach von großen Nazi-Gruppen überfallen, Leute durchs Wohngebiet gejagt und zusammengeschlagen. Ein kurzzeitig von Punks besetztes Haus wurde angezündet. Also war für es für mich ein logischer und notwendiger Schritt, mit meinen Freunden und Freundinnen im Viertel etwas gegen diese Nazicliquen zu tun. Wir gründeten dann eine Stadtteilantifa, das war, glaube ich, 1995/96.

Jana: Für mich war es der »Anti-Islamisierungs-Kongress« der rechtspopulistischen Partei »Pro Köln« am 20. September 2008 in Köln. Das war meine erste Demonstration, die ich damals mit Leuten aus der Schülervertretung meiner Schule besuchte. Dort hatte ich dann auch meine ersten Berührungspunkte mit zivilem Ungehorsam, beziehungsweise Massenblockaden. Das Gefühl, als der Kongress von der Polizei abgesagt wurde, und unsere Blockaden erfolgreich waren, war unglaublich toll für mich. Ab diesem Tag ging ich regelmäßig auf Demonstrationen und lernte so auch mehr Leute kennen, die antifaschistisch aktiv waren.

Frank: Auslöser für eine Organisierung in der Antifa waren für mich zunehmende Anfeindungen und Übergriffe auf ausländische Freunde und Freundinnen von mir. Den Anschluss an organisierte Strukturen habe ich so um 1988 herum in Moers beziehungsweise Duisburg gesucht.

**Frank, wie hast Du Anfang der 1990er Jahre die gesellschaftliche Stimmung erlebt?**
Frank: Gesellschaftlich habe ich eine immer unverhohlenere Hetze gegen AusländerInnen und Flüchtlinge erlebt, die massiv von der Bild-Zeitung und anderen »geistigen Brandstiftern« geschürt wurde und letztendlich in der Änderung des Asylgesetzes im Mai 1993 mündete. Der Unterschied zwischen Ost und West bestand meiner Meinung nach darin, dass sich die RassistInnen im Westen nach den Übergriffen und Pogromen im Osten zunehmend aus ihrer Deckung heraustrauten. Ich kann mich noch gut an eine Unterschriftenliste gegen die Eröffnung eines Flüchtlingsheims in Moers-Schwafheim erinnern, mit der NachbarInnen die Ansiedlung von Flüchtlingen in »ihrem« Viertel zu verhindern suchten. Wurden rassistische Vorurteile und rassistische Ressentiments vor dem Pogrom von Rostock von bürgerlichen Kräften zuvor zumeist nur hinter vorgehaltener Hand oder besoffen am Stammtisch geäußert, so kippte danach die Stimmung.

**Im August 1992 fand das Pogrom in Rostock statt. Frank und Sophie, könnt ihr Euch erinnern, wie Ihr auf die Nachrichten reagiert habt?**
Frank: Mit Wut und Entsetzen. Besonders als ich im Fernsehen die ersten Bilder von dem Beifall klatschenden Rassistenmob gesehen habe.

Sophie: Ich weiß noch, dass ich das in den Nachrichten verfolgt habe. Wie gesagt: Es war die Zeit, als ich gerade anfing, mich zu orientieren und in der die von Nazis ausgehende Gewalt sehr präsent war. Ich habe also weniger auf Rostock speziell reagiert, sondern vielmehr auf die Gesamtsituation. Die Spezifika der Pogrome in Rostock und zuvor auch in Hoyerswerda habe ich erst später reflektiert, was wiederum einen Einfluss auf meine politische Entwicklung, das heißt auf Analysen, Politikansätze und so weiter hatte.




^ *Natürlich gab es in den letzten zwei Jahrzehnten missglückte antifaschistische Aktionen, aber auch sehr erfolgreiche, beispielsweise gegen »Pro Köln« …*

Frank: Von Moers aus hat dann eine Gruppe von Antifas an der Demonstration in Rostock-Lichtenhagen teilgenommen. In Moers selber haben wir Nachtwachen als Schutz von Flüchtlingsheimen und Telefonketten organisiert.

**Was machte die Besonderheit von Rostock aus?**
Frank: Rostock hatte damals Signalwirkung für die militante Neonaziszene. Diese tagelangen, von der Polizei nicht unterbundenen Angriffe auf die Flüchtlingsunterkunft und deren Belagerung wurden von den Neonazis quasi als Einladung zum Pogrom verstanden und entsprechend als »Volksaufstand« verkauft. Der besondere Stellenwert des Rostock-Pogroms für die Neonazis spiegelte sich später auch in der Veröffentlichung des widerlichen Albums »Barbecue in Rostock« von der britischen Nazi-Band »No Remorse« wider.

Sophie: Im Vergleich zu Hoyerswerda liegt eine Besonderheit Rostocks sicherlich darin, dass es eine bundesweite antifaschistische Mobilisierung zur Intervention vor Ort gab. Die wichtigste Besonderheit war meines Erachtens aber, dass Rostock mehr oder weniger den Höhepunkt einer monatelangen rassistischen Gewaltwelle bildete, in deren Folge dann das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde. Der Mob hatte sozusagen auf der Straße umgesetzt, was zuvor bereits in rassistischer Manier in Politik, Gesellschaft und Medien diskutiert oder vielmehr gegen Flüchtlinge gehetzt worden war.

**Aus Protest gegen die rassistischen Diskurse, die Pogrome und Übergriffe sind Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Menschen aktiv geworden. Was bedeutet das Thema für Euch persönlich? Sind die Geschehnisse von damals für die antifaschistische Linke heute überhaupt noch relevant?**
Sophie: Für mich persönlich sind die Ereignisse in Rostock und Hoyerswerda nach wie vor relevant, weil sie einen Einfluss darauf hatten, auf welche Weise ich mich später politisch zu engagieren begann. Sie haben deutlich gemacht, dass Rassismus kein Randproblem von ein paar Nazis darstellte, sondern quer durch die Gesellschaft geteilt wurde und sich im Ernstfall in Pogromen entlud.

Frank: Als historisches Erlebnis war es prägend und hat für mich persönlich eine »Schlüsselrolle« inne. Die persönlich gemachten Erfahrungen haben nachhaltig mein Verhältnis zur Polizei geprägt und mir vor Augen geführt, wie notwendig militanter Antifaschismus in der Praxis ist. Ob das

Thema für die antifaschistische Linke heute noch Relevanz besitzt, das würde ich generell in Frage stellen.

Sophie: Ich habe auch den Eindruck, dass heute weder Hoyerswerda noch Rostock für eine bundesdeutsche Linke eine große Rolle spielen. Das mag zwar der Zeit geschuldet sein, doch waren die Ereignisse eine Zäsur. Die Debatten, die danach in der Linken geführt wurden, die Analysen, die daraus resultierten, waren prägend für die Folgezeit. Dennoch sind sowohl die Ereignisse selbst als auch die daraus gezogenen Erkenntnisse und Konsequenzen zunehmend in Vergessenheit geraten. Dass zum 20. Jahrestag der Pogrome in Hoyerswerda im letzten Jahr nur 200 Leute an der antifaschistischen Demonstration teilnahmen, war ein Zeichen dafür. Die Vermittlung der Bedeutung dieser Ereignisse an Leute, die viel später angefangen haben, antifaschistische Politik zu machen, wurde scheinbar versäumt.

Jana: Als die Pogrome von Rostock stattfanden, war ich noch nicht auf der Welt. Bis ich mich dann mit dem Thema Antifaschismus auseinandersetzte, waren die Vorkommnisse dann auch schon 16 Jahre her, zudem bin ich nie irgendwie in Kontakt mit der Stadt Rostock gekommen, weil das räumlich einfach unheimlich weit weg von mir ist. Ich weiß grob, was damals passiert ist, aus Fernsehen, Internetartikeln oder Redebeiträgen, muss aber gestehen, mich nicht ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt zu haben.
Auch der Großteil der Menschen in meinem politischen Umfeld war Anfang der 1990er selbst noch ziemlich jung und politisch noch inaktiv. Klar muss man Bescheid wissen über die schrecklichen Vorkommnisse zu dieser Zeit, um daraus etwas zu lernen. Aber leider ist das ja »nur« ein Beispiel unter zu vielen, wo extrem rechte Gewalt ohne Widerstand wüten konnte. Für mich zählt es mehr, was ich heute tun kann, und ich denke, in den letzten 20 Jahren haben sich da viele Bedingungen geändert.

**Wie haben sich denn aus Eurer Sicht seitdem die Bedingungen für antifaschistische Politik geändert?**
Sophie: Was größere Städte im Osten angeht, ist antifaschistische Politik nicht mehr nur ein ständiger »Abwehrkampf«. Auf dem flachen Land kann man das derzeit nicht behaupten, im Gegenteil. Was die Situation von linken und alternativen Jugendlichen, die ungestörte Dominanz von Nazis, die Ignoranz von lokalen Verantwortlichen und Polizei, das In-Schutz-Nehmen der Nazis als »unsere Jungs« und dergleichen angeht, findet man sich in vielen Orten 20 Jahre zurückversetzt.

Frank: Ich denke, dass neonazistische Aufmärsche und Kundgebungen heute zum gesellschaftlichen Alltagsbild gehören. Nachdem von Seiten der Politik in den späten 1990er Jahren Aufmärsche von Neonazis gegen die »Wehrmachtsausstellung« genehmigt wurden, besitzen diese heute »Event-Charakter« und spielen bei der Rekrutierung von auf Action fixiertem jugendlichem Nachwuchs eine entscheidende Rolle. Der antifaschistische Protest dagegen ist häufig recht mühsam und kostet viel Zeit und Energie, die an anderer Stelle fehlt und wichtige Ressourcen bindet.




^ *... oder die erfolgreichen Blockaden gegen Nazis in Dresden*

Sophie: Im Hinblick auf antifaschistische Organisierung haben sich die Bedingungen eher verschlechtert. Bundesweite Strukturen sind auseinandergebrochen, aber auch an fehlender lokaler und regionaler Vernetzung gescheitert. Antifaschistische Politik verläuft seit Jahren zunehmend an Events orientiert, weniger an kontinuierlich bearbeiteten Themen, weniger durch verbindliche, kontinuierliche Strukturen getragen, sondern vielmehr vereinzelt und punktuell.
Hinzu kommt eine aktuelle gesellschaftliche Situation, die nach einer kurzen Phase des »Aufstandes der Anständigen« gegen »Rechtsextremismus« den Kampf gegen den »Extremismus« und dabei vor allem gegen den »Linksextremismus« wiederentdeckt. In Sachsen verkündete der Innenminister nach Bekanntwerden der Mordserie des NSU, Antifaschismus sei nicht die richtige Antwort und gleichzeitig werden Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Verfahren u.a. nach §129 StGB überzogen.

Jana: Das erlebe ich ähnlich. Mit der Extremismustheorie werden große Teile antifaschistischen Engagements diffamiert und quasi mit Neonazismus gleichgesetzt. Ich kann nicht ausreichend beurteilen, wie die Situation vor 20 Jahren aussah, um zu sagen, ob es jetzt besser oder schlechter ist. Aber in der Bevölkerung scheint mir die Angst vor einer vermeintlichen »Überfremdung« immer weiter geschürt worden zu sein, so dass diese eher dazu tendiert, rechtspopulistischen Kräften zuzustimmen. Dies erkennt man ja auch an den Morden des NSU: Fremdenfeindliche Hintergründe wurden sofort ausgeschlossen, die Schuld wurde den Opfern selbst zugeschoben.

Sophie: Die Bedingungen für antifaschistische Politik sind alles andere als rosig, aber das sind sie selten und waren es auch im Rückblick nie – nichtsdestotrotz ist und bleibt antifaschistische Politik extrem notwendig.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

# Streit im Streit

Beim diesjährigen Treffen der »Deutschen Burschenschaft« in Eisenach haben sich die völkisch-reaktionären Burschenschaften durchgesetzt. Das Nachsehen hatten die national-konservativen – als »liberal« bezeichneten – Burschenschaften. Der befürchtete Verfall des Dachverbandes schmerzt die »Junge Freiheit« nun ganz besonders.

**von Andreas Speit**

»Die Diskussion bestätigte auf eindrucksvolle Weise die Vielfalt der burschenschaftlichen Bewegung«, redet der Sprecher der »Deutschen Burschenschaft« (DB), Christoph Basedow, den Verlauf schön. In Eisenach endete der »Tag« im nachhaltigen Streit, einzelne Burschenschaften gingen früher, die Vollversammlung endete vorzeitig. In der »Jungen Freiheit« (JF) kommt selbst Michael Paulwitz nicht umhin, den Verlauf als »sektiererische Rechthaberei« und den Verfall als »realitätsnahe Beschreibung« zu skizzieren.

Vom 30. Mai bis zum 3. Juni 2012 richtete die DB, die etwa 105 Bünde mit knapp 1.000 Aktiven und fast 9.000 Alten Herren vereint, in der thüringischen Stadt ihre jährliche Versammlung aus. Seit dem Mauerfall richtet der Dachverband dort bei der Wartburg seinen »Burschen-Tag« aus – mit Festakten und Fackelzug. Am Donnerstag deutete sich jedoch bereits an, was Justus Libig, Sprecher der »Initiative Burschenschafter gegen Neonazis«, am Samstag als Fazit zog: »Die rechtsextremen Burschenschaften haben sich durchgesetzt«. Norbert Weidner wurde am Donnerstag als Schriftleiter der auflagenstarken »Burschenschaftlichen Blätter« bestätigt. Vor dem Burschentag war Weidner, der eine Vergangenheit bei der verbotenen neonazistischen »Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) hat und sich später der FDP anschloss, wegen eines Artikels massiv in die Kritik geraten. Im Bundesbrief 143/2011 der »Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«, schrieb Weidner, selbst Mitglied der »Raczeks«, dass die Hinrichtung des NS-Widerstandskämpfers und Theologen Dietrich Bonhoeffer »rein juristisch« gerechtfertigt gewesen sei und er als »Landesverräter« betrachtet werden könnte. Nach dem Bekanntwerden des Beitrages erklärte die FDP Nordrhein-Westfalen, ein Ausschlussverfahren anzustreben und die Staatsanwaltschaft Bonn kündigte an, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Bei der Vollversammlung des Dachverbandes zeigten sich die Burschenschaften von der externen Kritik an den Positionen aber wenig beeindruckt. Aber auch die interne Kritik an Weidner verpuffte. Fast 600 Burschenschafter, darunter Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), hatten Weidner in einem Aufruf wegen seiner Aussagen kritisiert. Mit 85 zu 76 Stimmen wählten die Burschenschaften jedoch ihren alten Schriftleiter zum neuen Schriftleiter. Das Ergebnis des Misstrauensantrags offenbarte die Kräfteverhältnisse, sagt Libig. Denn jede Burschenschaft hat zwei Stimmen - von den 105 Bünden stimmten demnach nur 38 gegen Weidner. Klare Verhältnisse. Nach dem Wahlergebnis legte der Pressesprecher der DB, Michael Schmidt, der zu den »liberalen« Burschenschaftern gehört, sein Amt nieder. Der Verband, so Schmidt, sei in einem »schrecklichen Zustand«.

Vor einem Jahr hatte Schmidt sich noch bemüht, die Auseinandersetzung auf dem Burschentag 2011 gut darzustellen. Damals wollten die »Raczeks« einen Antrag durchsetzen, nach dem Mitglied einer DB-Burschenschaft nur werden könne, wer deutscher Abstammung sei. Grund: Der Sprecher der »Burschenschaft Hansea zu Mannheim«, Kai Ming Au, hat chinesische Eltern. Der Antrag der »Raczeks« konnte gerade noch vor seiner Abstimmung abgebügelt werden. »Die Kontroverse über diesen Antrag ist damit endgültig beigelegt«, hieß es am 17. Juni 2011 in einer Presseerklärung der DB. Ein Irrtum, wie jetzt wohl auch Schmidt denken dürfte. Interne E-Mails von völkisch-reaktionären Burschenschaften, die der »Tageszeitung« (taz) im Juli 2011 zugespielt wurden, offenbarten Pläne, wie Mehrheiten gewonnen werden könnten. Vor allem die »Karlsruher Burschenschaft Tuiskonia« und die »Raczeks« tauschen sich aus: »Diskutiert die Punkte ruhig mal bei Euch auf dem Haus«, hieß es in einer E-Mail und es wurde gleich gewarnt: »[..] aber schaut das die Gedanken nicht zu unseren Liberalinskis im Verband kommen« (sic).

Der Verlauf des Burschentags 2012 erschütterte aber auch die »Liberalinskis«. »Das letzte Jahr rüttelte mich aber auf«, sagt Libig: Zusammen mit weiteren Burschenschaftern gründete er die Initiative »Burschenschafter gegen Nazis« und betreibt das Blog »QuoVadisBuxe«. Und er räumt ein: »Wir Burschenschafter haben zu lange den Rechten in den eigenen Reihen tatenlos zugesehen«.



^ *Burschenschafter 2012 auf der Wartburg*

Schon am Freitag traten aus dem »liberaleren« Spektrum keine Vertreter mehr bei den Vorstandswahlen an. Auch Kai Ming Au kandidierte nicht mehr. Im Verlauf des Burschentags sollen 25 Burschenschaften Eisenach verlassen haben. Die »Burschenschaftliche Gemeinschaft« (BG), zu der auch die »Raczeks« gehört, hat sich durchgesetzt. Offen tritt die Arbeitsgemeinschaft für einen »volksbezogenen Vaterlandsbegriff« ein. Die Position der BG stört die JF nicht, ihre Machenschaften schon. Die Personalie Weidner könnte sich zum »Pyrrhus-Sieg« für die BG entwickeln, befürchtet Paulwitz in der JF am 06. Juni 2012. Mit »Herausdrängen« und »reaktionärem Dogmatismus«, so Paulwitz, würde »das Ganze aufs Spiel« gesetzt. Fatal, glaubt er, denn »im gleichgeschalteten Bildungsbetrieb der linksgedrehten Antifa-Republik« seien die Burschenschaften ein »Ort, an dem angehende Akademiker nonkonformes Denken […] erlernen können«. Basedow räumt ein, dass mit diesem Ergebnis »große Teile des liberalen Flügels ein Problem« haben. »Offiziell« seien noch keine Austritte erfolgt. »Die kommen noch«, ist sich Libig sicher. Ende des Jahres will die DB auf einem außerordentlichen Burschentag ihre Diskussionen fortsetzen.

# Griechenlands Rechte im Aufwind

»Es ist ein Aufatmen, ganz klar auf beiden Seiten. Ich glaube in Griechenland wie auch auf der Seite der Europäischen Union«, kommentierte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, den Wahlausgang in Griechenland am 17. Juni 2012 – dabei hat dort eine klare Radikalisierung der Konservativen und Rechten stattgefunden.

**von Carolin Philipp**



^ *Faschisten der »Chrysi Avgi« mit Fackeln*

Seit dem Frühjahr 2012 dominieren in Griechenland nicht nur Diskussionen über die Wirtschaftskrise die Schlagzeilen. Auch Migration ist ein brandheißes Thema, forciert von der sozialdemokratischen »Panellinio Sosialistiko Kinima« (PASOK), der konservativen Partei »Nea Dimokratia« (ND), der rechtspopulistischen »Laikós Orthódoxos Synagermós« (»Orthodoxer Volksalarm«, LAOS) und der neonazistischen »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgendämmerung«): Mit fortschreitender Krise kultivieren diese Parteien immer stärker nationalistische Tendenzen. Dabei werden oftmals ImmigrantInnen als das Hauptproblem Griechenlands dargestellt und zudem stets im gleichen Atemzug genannt mit Gewaltverbrechen, organisierter Kriminalität, Prostitution, Drogenhandel oder Krankheiten – ein Diskurs, der den Boden für die Akzeptanz von Gewalt zur Lösung der angeblichen Probleme bereitet. ImmigantInnen-Organisationen verzeichnen einen besonders rasanten Anstieg von gewalttätigen Ausschreitungen nach den Wahlen vom 6. Mai 2012 und dem Einzug der neonazistischen »Chrysi Avgi« ins griechische Parlament.

Doch auch die Partei des neu gewählten Ministerpräsidenten Antonis Samaras (ND) hat sich nach dem schlechten Abschneiden der LAOS bei der Parlamentswahl im Mai zum Auffangbecken für die abgewählten Parlamentarier der Rechtspopulisten entwickelt – Kostas Kiltidis wechselte beispielsweise zu ihnen. Seine politische Karriere hatte bei der faschistischen Partei »4. August« (K4A) begonnen. Auch Makis Voridis ist nun bei der ND. In den 1980er Jahren hatte er die Jugendorganisation der extrem rechten »Pro-Junta Partei Nationale Politische Union« (ΕΠΕΝ) geleitet; eine Position, die er vom Gründer der »Chrysi Avgi«, Nikolaos Michaloliakos, übernommen hatte. Später gründete Voridis seine eigene rechtsradikale Partei, die »Elleniko Metopo« (»Ελληνικό Μέτωπο«, »Griechische Front«), die 2004 in LAOS aufging. Dass ND für LAOS-Mitglieder interessant wird, liegt beispielsweise an Aussagen wie der von Samaras, nicht etwa Budgetkürzungen seien für die schwierige Situation in den Kindergärten verantwortlich, sondern der hohe Anteil von Kindern aus Einwandererfamilien.

Bei der Wahl im Juni zog auch wieder die »Chrysi Avgi« mit 6,9 Prozent ins Parlament. Sie stellt nun 18 Abgeordnete. Aus ihrer politischen Ausrichtung macht sie keinen Hehl: »Wir wollen Griechenland für Griechen, wenn das rassistisch ist, dann sind wir eben Rassisten«, so der Vorsitzende Michaloliakos, der schon seit seiner Jugend in rechtsradikalen Kreisen aktiv ist, auf einer Wahlkampfrede. Anfang der 1980er Jahre gründete er das Magazin »Chrysi Avgi«, 1993 ging aus der Zeitschrift die gleichnamige Partei hervor. Zu Beginn benutzten die Neonazis die »Wolfsangel« als Symbol. Das in Deutschland verbotene Zeichen wurde von Himmlers Nazi-Untergrundorganisation »Werwolf« benutzt. Auch sonst pflegt die Partei gute Verbindungen zu Deutschland. Im November 2005 trafen sich die »Chrysi Avgites« zur gemeinsamen Trauerkonferenz anlässlich des 60. Jahrestages von Hitlers Niederlage mit der NPD in Berlin. Auf Demonstrationen rufen die AnhängerInnen der Partei den Slogan »Blut, Ehre – Chrysi Avgi« – deutlich angelehnt an die Parole der »Hitler Jugend«. Das Parteisymbol »Meandros« ist im Übrigen dem Hakenkreuz ähnlich. Indes legt Michaloliakos auf Mimikry Wert: Bei dem Parteizeichen handle es sich um ein »altes griechisches Symbol«. Auch der Hitler-Gruß, mit dem er zu seiner Zeit als Lokalpolitiker einmal das Athener Stadtparlament betrat, sei ein ›altes griechisches Handzeichen‹.

Der bekannteste Parlamentsabgeordnete neben Michaloliakos ist Ilias Kasidiaris. 2007 ließ er sich noch mit Hakenkreuz-Shirt im Jugendmagazin der »Chrysi Avgi« ablichten. »Berühmt« wurde er indes damit, dass er Anfang Juni in einer morgendlichen Nachrichtensendung der Abgeordneten Rena Dourou (SYRIZA) wütend sein Glas Wasser ins Gesicht schüttete. Als die kommunistische Abgeordnete Liana Kanelli nach der Attacke empört aufstand, stürzte sich Kasidiaris auf sie und schlug ihr dreimal ins Gesicht. Danach flüchtete er aus dem Studio und tauchte für ein paar Tage unter. Abgeordneter ist nun auch Giorgos Germenis, der unter dem Pseudonym »Kaiadas« Bassist der NS-Black-Metal-Band »Naer Mataron« ist. Sein Künstlername erinnert an die Klippe, von der die Spartaner alle – aus ihrer Sicht – kranken und behinderten Kinder warfen.

Auch Ilias Panagiotaros und Ioannis Vouldis sitzen wieder im Parlament – die Abgeordneten waren Anfang Juni festgenommen worden, weil sie einen 31-jährigen Pakistaner angegriffen hatten. Panagiotaros kündigte an, seine Gewaltexzesse auch in Parlamentsversammlungen fortzusetzen, sollten dort Themen nicht in seinem Sinne behandelt werden. Außerhalb des Parlaments gedenkt er in Krankenhäusern und Kindergärten Razzien durchzuführen und PatientInnen und Kinder mit Migrationshintergrund den Zugang zu verwehren, »damit Platz frei wird für Griechen.«

Es ist nicht abzusehen, wie sich die Situation in Griechenland entwickelt. Aber für alle, die nicht in das Schema der Neonazis passen, brechen wohl gefährliche Zeiten an. Vor allem, weil unter den PolizistInnen die Hälfte »Chrysi Avgi« gewählt hat, wie die konservative Tageszeitung »To Vima« berichtete. Dass solche Entwicklungen in Griechenland von PolitikerInnen der Europäischen Union der Stabilität und der Durchsetzung der Austeritätsmaßnahmen wegen ignoriert werden, ist unverantwortlich.

# Feindbild MigrantInnen

In Griechenland sind MigrantInnen in den letzten Jahren zu dem öffentlichen Feindbild geworden. Der Diskurs erinnert deutsche BeobachterInnen mitunter an die in Deutschland am Anfang der 1990er Jahre, die so genannte »Asyl-Debatte«. Über die extreme Rechte und eben dieses neue Feindbild sprach Carolin Philipp für die Zeitschrift der rechte rand mit Dimitris Parsanoglou vom »Zentrum für Gender Studien« an der Panteion Universität, wo er zum Zusammenhang von Gender und Migration forscht.

**Im Gespräch mit Dimitris Parsanoglou**




^ *der Chef von »Chrysi Avgi« Nikolaos Mihaloliakos im Mai 2012 in Athen*

**drr: War das starke Abschneiden der Rechtsradikalen bei den griechischen Wahlen vom 17. Mai 2012 überraschend?**
Parsanoglou: Nein, es gibt generell eine starke nationalistische Geisteshaltung in Griechenland. Das konservative politische Spektrum war immer sehr patriotisch. Aber in den letzten Jahren hat es sich verstärkt. Die erste rechtspopulistische Partei nach dem Ende der Militärdiktatur in den 1970ern war LAOS von Giorgos Karatzaferis. Sie ist das erste Mal zu den Wahlen 2004 angetreten und schaffte 2007 den Einzug ins Parlament. Ich würde sie als das griechische Äquivalent zum französischen »Front National« bezeichnen. Die Partei ist sehr nationalistisch ausgerichtet, gerade wenn es um die »Republik Mazedonien«, die Türkei oder Migration geht. Wie in andere Ländern ist es den Rechtspopulisten gelungen, den allgemeinen Diskurs nach rechts zu drücken. Die Sozialdemokraten der PASOK und die Konservativen der ND folgten – nicht nur hinsichtlich nationalistischer, sondern auch rassistischer Positionierungen.

**drr: Hat in der Gesellschaft generell eine Radikalisierung stattgefunden?**
Parsanoglou: Ja, es gab auf vielen Seiten Radikalisierungen. Die der extremen Rechten verlief Schritt für Schritt. Man muss aber betonen, dass es Unterschiede gibt zwischen der rechtspopulistischen LAOS und der rechtsradikalen »Chrysi Avgi.« Sie haben völlig unterschiedliche Methoden. »Chrysi Avgi« agiert einerseits sehr gewalttätig. Der Athener Stadtteil Aghios Panteleimon wurde ihr Schlachtfeld. Ihre erste Attacke, ein Angriff mit Molotow-Cocktails am 26. Mai 2009, war gegen eine Kirche gerichtet, deren Priester obdachlosen afghanischen Flüchtlingen halfen. Das hatte zur Folge, dass der aktuelle Diskurs über den urbanen Zerfall Athens begann und MigrantInnen immer mehr als abwertender Faktor für Stadtteile erachtet wurden.

**drr: Was gehört noch zur Strategie von »Chrysi Avgi«?**
Parsanoglou: Die Partei versucht andererseits sich vor allem als sozialer Ansprechpartner für die ›kleinen Leute‹ zu verkaufen – nur für Griechen natürlich. Sie begleiten alte Frauen in den Supermarkt oder wenn sie ihre Rente abholen. Vielleicht ist es nur eine düstere Legende, aber ich habe sie schon so oft gehört, dass ich sie glaube: Polizisten sollen oft die Telefonnummer von »Chrysi Avgi« rausgeben und sagen, die würden sich der Sache annehmen. Das ist zum Allgemeinwissen geworden: Du kannst »Chrysi Avgi« anrufen, und die kümmern sich um deine Probleme. Ein Bekannter von mir hat eine ähnliche Telefonnummer wie die Zentrale von »Chrysi Avgi«. Manchmal rufen ihn Leute an und wollen mit »Chrysi Avgi« sprechen. Anfangs antwortete er, sie hätten sich verwählt. Aber irgendwann fing er an zu fragen, was sie wollten. Die Antworten lauteten meistens: »Ich habe ein paar Afrikaner in meinem Haus und ich möchte sie rausschmeißen«. »Chrysi Avgi« bedeutet »Alltags-Mikro-Faschismus«.

**drr: Sie sprachen davon, dass die Partei mit ihrer Politik beziehungsweise Aktionen Einfluss auf den politischen Diskurs im Land ausübt. Wie muss ich mir das vorstellen?**
Parsanoglou: Auf der ideologischen Ebene würde ich die »Goldmedaille für Faschistisierung der Gesellschaft« als Negativpreis an zwei Menschen verleihen: Michalis Chrysochoidis, Minister für Bürgerschutz und Andreas Loverdos, Minister für Gesundheit und Soziales – beide bei der PASOK. Sie forcierten einen Diskurs, der Migration, innere Sicherheit und Hygiene verband. Chrysochoidis kündigte an, landesweit 30 Internierungslager für illegalisierte MigrantInnen zu errichten. Loverdos wollte einen Seuchentest für alle EinwanderInnen ohne Papiere. Sie veröffentlichten Bilder von Sex-Arbeiterinnen, um potentielle Kunden dazu bewegen, sich testen zu lassen. Die erste war Russin und HIV-positiv. Dann folgten elf weitere Bilder, auch von griechischen Sex-Arbeiterinnen. Es ging um die Verbreitung von Angst. Anfang April 2012 gaben beide zusammen eine Pressekonferenz, in der sie über Unsicherheit auf den Straßen sprachen und die »hygienische Zeitbombe« durch MigrantInnen ohne Papiere die – überspitzt gesagt – »das Blut unserer Nation verschmutzen könnten.« Das war meiner Ansicht nach das offenkundigste und spektakulärste Beispiel in der Legitimation des faschistischen Diskurses, weil es die Verbreitung von Angst und die Notwendigkeit von repressiven Maßnahmen zusammendachte.

**drr: Wie meinen Sie, sieht die Zukunft aus in Griechenland?**
Parsanoglou: Obwohl die »Nea Dimokratia« gewonnen hat – und zwar die nationalistischste, konservativste, die es je gab – hoffe ich, dass sie nicht ihr ganzes Programm umsetzen können, weil sie mit den SozialdemokratInnen der PASOK und der links-reformistischen Partei »Dimokratiki Aristera« zusammenarbeiten müssen. Allerdings denke ich, dass dieses Wahlergebnis den Kollaps der griechischen Gesellschaftsordnung lediglich etwas hinauszögert.

**drr: Vielen Dank für das Gespräch.**

# »Heil-Hop« in Polen

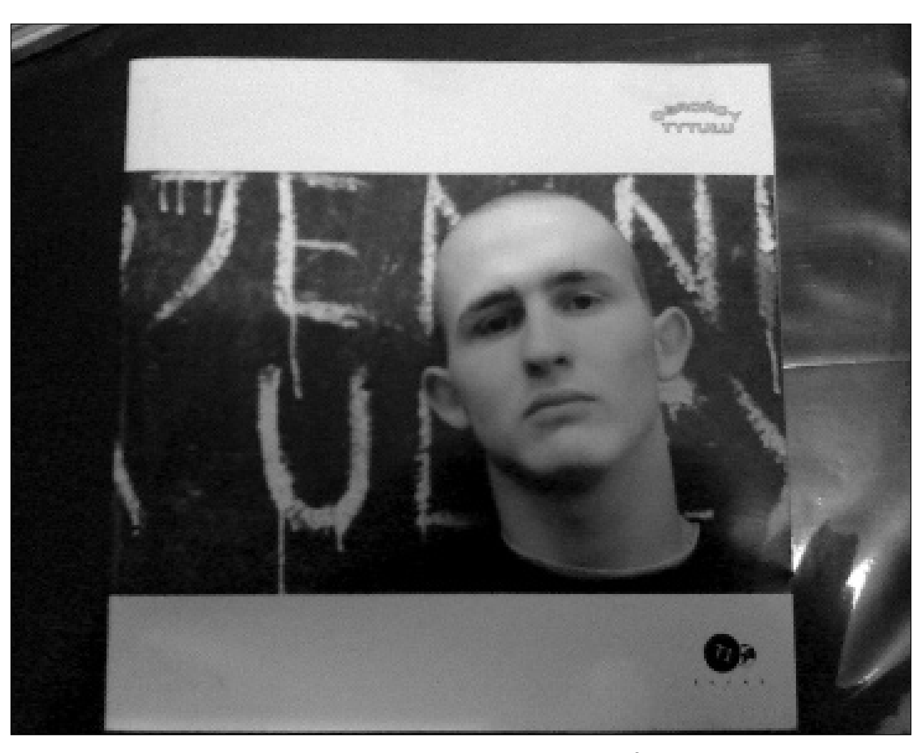
Rechter Rap? Was in Deutschland seit einigen Jahren in der Diskussion ist, stellt auch in Polen ein Problem dar. Verschiedene Interpreten greifen in ihren Texten antisemitische, rassistische und homophobe Vorurteile auf – Mainstream sind sie aber nicht.

**von Wiktor Marszalek**

Weltweit erkennen NeofaschistInnen das Potential moderner Musiktrends, in Samples und in Reimen – auch in Polen. Der herkömmliche RechtsRock hat sich erschöpft. Nun bedienen sie sich, um jüngere ZuhörerInnen zu gewinnen, des Hardcore und des Rap. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass Hip-Hop afroamerikanische Wurzeln hat. In New Yorks Straßen entstand die erste Szene. Reimbildung, Kreation neuer Samples beziehungsweise Verwendung alter Samples wurden zum Lebensstil Jugendlicher, die sozial ausgegrenzt waren. Während Punk und Hardcore der Ausdruck von Jugendrevolte der weißen Jugend in den 1970er und 1980er Jahren war, nahm Rap diese Bedeutung für junge Menschen afro- und lateinamerikanischen Ursprungs an. Die Musiktexte sprachen und sprechen soziale Probleme an, Ungleichheiten, Armut, polizeiliche Gewalt. Mitunter waren die Statements rassistisch.

Rap wird nach verschiedenen Richtungen unterschieden, abhängig von Inhalt, Stil und so weiter – gesprochen wird von »Straßen-Gangster-Rap«, »Party-Rap«, »Psycho-Rap« oder »Death-Rap«. Manchmal wird auch differenziert nach »old school« und »new school«. In Polen kommt noch eine eigene Stilrichtung dazu, »Hip Hopolo«. In den Medien bekannt wurde polnischer Rap im Übrigen durch »Kazik« Anfang der 1990er Jahre – er wurde zum Paten des polnischen Hip-Hop. Mit der steigenden Popularität der Musik in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts begann ein Teil der Szene, sich antisemitisch, neofaschistisch und paradoxerweise sogar rassistisch gegenüber ›Schwarzen‹ zu äußern, die doch eigentlich Ausgangspunkt des Rap waren. »Bilon« (Maciej Bilka) vom Warschauer Duo »Hemp Gru« benutzt beispielsweise das Wort »Jude« als negative Beschreibung eines Ladenbesitzers, der ein Pfandhaus betreibt und greift damit ein noch heute in Polen verbreitetes antisemitisches Stereotyp auf. Andere gehen noch weiter und bedienen sich obszöner Texte wie zum Beispiel die Krakauer Band »Szajka« (»Gang«), die eng verbunden ist mit den Fußballfans des Erstligavereins »Wisła Kraków« (»Krakau Weichsel«), welche für ihre antisemitischen Parolen bekannt sind. »Szajka« überzieht in dem Lied »Jebać Żydów« beispielsweise die Gegner der Fans mit antisemitischen Tiraden. Doch auch rassistische Reime kommen im polnischen Rap vor. »Borixon« (eigentlich Tomasz Borycki) rappt beispielsweise »Du bist ein Neger, ich bin weiß und das ist super. Ich bin stolz, weiß zu sein«. Dieser Song lief sogar auf populären Musiksendern. In Internetforen hat das indes eine kuriose Diskussion ausgelöst, ob das schon rassistisch sei oder nicht nur der Versuch jene Hip-Hopper zu kritisieren, die ihre afroamerikanischen Vorbilder nachahmen würden. Der Interpret »Nowator« (Pawel Lipski) hingegen preist in seinen Texten unverhohlen die Ideologie des US-amerikanischen Neonazis David Lane.

Dass der nationalistische Rap in Polen eine größere HörerInnenschaft zu erreichen versucht, zeigt das Schaffen von »Arkan GMP«. Er bedient sich in seinen Songs zwar nicht direkt rassistischen Gedankenguts, propagiert aber Ideen der faschistischen Jugendorganisation »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«). Mit der paktierte auch »Eldo« (Leszek Kaźmierczak), einer der wichtigsten Figuren in der polnischen Hip-Hop-Szene, der sich sonst negativ über Krieg oder Rassismus äußert. Durch die Zusammenarbeit verlor er viele Fans, so dass er sich auf seiner neuesten CD von seinem Ruf als Faschist zu distanzieren versuchte. Nichtsdestotrotz akzeptierte der zum Islam konvertierte Rapper eine Einladung von Rechtsradikalen, die gegen den Bau einer Moschee in Warschau protestierten.



^ *Titelcover vom Rapper Eldo*

Leider sind auch im polnischen Hip-Hop homophobe Tendenzen zu beobachten. Der MC »Bas Tajpan« (Damian Krepa) rappte bereits 2004 im Stück »Chwasty« (»Unkraut«) davon, Schwule zu töten – später distanzierte er sich davon. Sogar die in der Szene belächelte Richtung Hip-Hopolo hat einen rechten Musiker namens »Cymes«, dessen »Werke« eigentlich ein Fall für die Staatsanwaltschaft wären. Er rappt beispielsweise: »Mama, Papa, wie tötet man? Kauft mir einen Knüppel, dann haue ich einem Juden damit auf die Schnauze. Mama, Papa, kauft mir eine Pistole, dann erschieße ich morgen früh einen Zigeuner. Ich will nicht wie Wałesa Elektriker werden. Ich will so wie Papa ein weißer Krieger sein. Jeder Neger soll mein Sklave sein. Juden ins Gas, am besten sofort. Ich greife zur Waffe. Weg mit den Päderasten und den Schlampen, denn das sind keine Polen«.

Die polnische Hip-Hop-Szene weiß sich indes diesen Tendenzen zu widersetzen. Die MCs »Lony«, »O.S.T.R.y« oder das Duo »Koel« und »Hybris« machen die braune Ideologie lächerlich. Nationalismus, Intoleranz oder Chauvinismus gibt es bei ihnen nicht. Und ein großer Teil der MusikerInnen unterstützt antirassistische Aktionen wie beispielsweise »Hip-Hop Rasizm Stop«.

*Der Artikel erschien zuerst in der antifaschistischen polnischen Zeitschrift »NIGDY WIĘCEJ« (Ausgabe 19, 2011).*

# Der lachende Dritte

Am 22. April 2012 ist die niederländische Regierung aus den Christdemokraten »Christen Democratisch Appel« (CDA) und der »Für Freiheit und Demokratie / Voor Vrijheid en Democratie« (VVD) gescheitert. Sie hatte nur regieren können, da Geert Wilders sie unterstützte – der ›Pakt mit dem Teufel‹ riss sie nun in den Abgrund ... und Wilders triumphiert.

**von Jeroen Bosch (alert!)**

Auf die Stimmen der rechtspopulistischen »Partei für die Freiheit / Partij voor de Vrijheid« (PVV) angewiesen, hatte die Minderheitsregierung Kritik an Wilders` rassistischen und fremdenfeindlichen Ausfällen zurückgewiesen. Schließlich war die Islam-feindliche PVV das Zünglein an der Waage und konnte im Parlament der Regierung eine Mehrheit von einer Stimme verschaffen. Auch als die PVV im Februar 2012 eine Hotline für Beschwerden über osteuropäische MigrantInnen einrichtete, sank Wilders´ Stern nicht. Dabei war das politische Echo - zumindest aus dem Ausland - deutlich. Die Botschafter der betroffenen Staaten schrieben einen offenen Brief an die niederländische Regierung; Premierminister Rutte (VVD) lehnte es indes ab, die Aktion zu verurteilen. Im März 2012 verließ mit Hero Brinkman einer der engsten Vertrauten von Geert Wilders die PVV. Ausschlaggebend waren die »Hotline-Affäre« sowie sein Scheitern bei der Demokratisierung der PVV. Brinkmanns Weggang traf die PVV und die von ihr tolerierte Minderheitsregierung schwer, denn er behielt seinen Sitz im Parlament. Das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als harte Sparmaßnahmen der Regierung zur Debatte standen, die bislang von der PVV mitgetragen wurden. Dazu kam, dass bei einem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Begleitung der Königin Beatrix in der Provinz Limburg die beiden Abgeordneten der dort regierenden PVV am offiziellen Empfang teilnahmen. Im Nachgang kam es innerhalb der lokalen PVV zum Konflikt. Im April 2012 löste sich die Koalition aus VVD / CDA und PVV in Limburg auf. Einen Tag später zog sich Wilders aus den Debatten um die Sparmaßnahmen zurück. Angeblich hatten fünf Vertreter der PVV im Parlament gedroht die Partei zu verlassen, sollte er die unpopulären Sparmaßnahmen unterstützen. Wilders sagte, er habe die Verhandlungen abgebrochen, weil er es ablehne die »Aufbaugeneration« weiter zu belasten. Die Minderheitsregierung steht nun ohne ihre Mehrheitsbeschafferin da, Neuwahlen werden angesetzt.



^ *selbstzufrieden: Geert Wilders*

**Rückblick**

Im Oktober 2010 hatte sich in den Niederlanden eine bemerkenswerte Koalition zusammen gefunden. Die Minderheitsregierung der Mitte-Rechts-Koalition aus VVD und CDA mit insgesamt 52 Sitzen im Parlament »Zweite Kammer« (150 Sitze) ließ sich von der PVV tolerieren. Die drei Parteien verfügten über 76 Sitze im niederländischen Parlament. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode einigten sich die drei Parteien auf ein Bündel harter Maßnahmen in den Bereichen Immigration, Integration und Asyl. Die Minderheitsregierung hatte sich dazu verpflichtet, um sich im Gegenzug die Zustimmung der PVV für andere Vorhaben wie zum Beispiel Sparprogramme zu sichern. Auch wenn die PVV ihre Zustimmung für die verhandelten Themen zusagte, ließ sie es sich nicht nehmen, die Regierung in anderen Bereichen wie der Außenpolitik scharf zu kritisieren. Abseits der genannten Vereinbarungen mussten VVD und CDA anlassbezogen für Mehrheiten im Parlament werben.

Ohne Regierungspersonal zu stellen, hatte die PVV es verstanden, ihren Machteinfluss zu erweitern ohne direkt zur Verantwortung gezogen zu werden - auch wenn sich die drei Fraktionsvorsitzenden Mark Rutte (VVD), Maxime Verhagen (CDA) und Geert Wilders (PVV) wöchentlich hinter verschlossenen Türen trafen. Die Regierung hoffte, dass sich die PVV im politischen Alltagsgeschäft »normalisieren« würde. Doch dieses Kalkül ging nicht auf; Wilders wurde nicht moderat. Im Gegenteil: Er trieb die Minister der Regierung vor sich her, beleidigte ausländische Staatsrepräsentanten und Minderheiten. Der Freispruch vom Vorwurf der Diskriminierung und der Aufstachelung zum Hass durch ein Amsterdamer Gericht im Juni 2011 bestärkte ihn in seinem Verhalten.

Das Fehlen einer Mehrheit in der »Ersten Kammer« – hier müssen Gesetze ratifiziert werden - hatte in den ersten Monaten die Arbeit der Regierung erschwert. Das änderte sich nach den Provinzwahlen im März 2011, die PVV erhielt 69 Sitze in zwölf Provinzen. In der Provinz Limburg begab sich die PVV zum ersten Mal in die Regierungsverantwortung und ging eine Koalition mit der VVD und der CDA ein. Aus diesen Mitgliedern der Provinzregierungen wurde am 23. Mai 2011 die »Erste Kammer« gewählt – die PVV stellt dort nun zehn von 75 Mitgliedern.

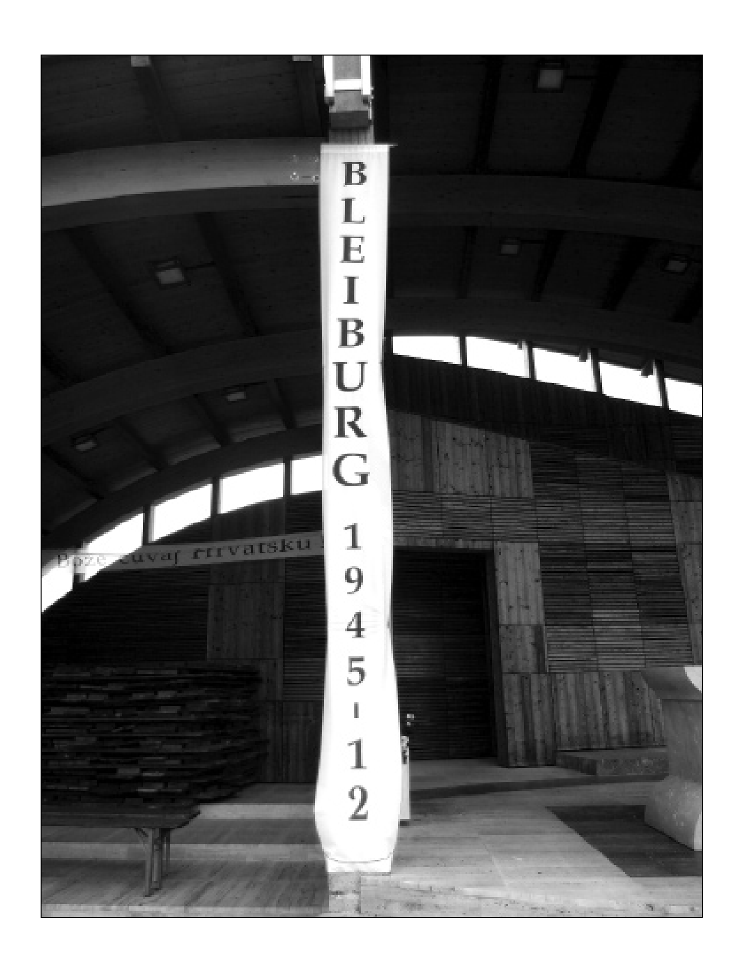
**Weiter wie bisher?**

Zahlreiche im Wahlkampf gemachte Versprechungen hat die PVV im ersten Jahr der indirekten Regierungsbeteiligung gebrochen beziehungsweise nicht eingehalten. Doch weder die WählerInnen noch die PVV selbst kümmert das - die Wahlergebnisse fallen trotzdem weiter zugunsten der PVV aus. Selbst Wilders´ Attacken auf die populäre Königin Beatrix - während ihres Aufenthalts im Sultanat Oman im Januar 2012 trug sie ein Kopftuch beim Besuch einer Moschee, für Wilders ein Kotau vor dem Islam - führten nicht dazu, dass seine Popularität sank. Es ist davon auszugehen, dass die PVV im Wahlkampf in wirtschaftlichen Fragen auf die »linke« Linie der VVD und in kulturellen Themen auf die »rechte« Linie der CDA einschwenken wird. Daneben wird sie versuchen, das nationalistische, rassistische WählerInnenpotential und die »Anti-Europäer« zu mobilisieren. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass in den Niederlanden rechtspopulistische Parteien mit insgesamt 30 Sitzen im Parlament rechnen können. Sollte das auch diesmal zutreffen, könnte die PVV als Wahlsiegerin aus den Neuwahlen hervorgehen. Mit aktuell 23 Sitzen im Parlament, vier Sitzen im EU-Parlament und insgesamt 55 Sitzen in den Provinzparlamenten hat die PVV leider eine gute Ausgangslage.

# Kroatisch-nationalistisches Treffen im südlichen Kärnten/Koroška

»Das Loibacher Feld in kroatischer Hand« übertitelte die »Kleine Zeitung« einen Artikel vom 13. Mai 2012. Am Vortag hatten sich wie jedes Jahr mehrere tausend kroatische NationalistInnen auf dem Loibacher Feld bei Bleiburg/Pliberk (Österreich) zu einer Gedenkkundgebung zusammengefunden.

**von Leela Stein und Lucius Teidelbaum**




Hintergrund für das alljährliche Treffen kroatisch-nationalistischer Exil-Gruppen ist der Mythos von der »Bleiburger Tragödie«. Im Mai 1945 ergaben sich etwa 40.000 Ustaša-Soldaten, Milizionäre, serbische Tschetniks und slowenische Kollaborateure an britische Truppen, diese aber lieferten sie gemäß eines Abkommens an Titos PartisanInnenarmee aus. Einige der Gefangenen sollen durch die jugoslawische Volksarmee ermordet worden sein. Tatsächlich kam es im Zuge des Transports nach Jugoslawien offenbar zu Massenerschießungen und Grausamkeiten, bei denen tausende KollaborateurInnen getötet wurden. Viele ExpertInnen gehen heute aber davon aus, dass die meisten Toten von Bleiburg/Pliberk auf das Konto von Kampfhandlungen in den letzten Kriegstagen gehen.
Diese Geschehnisse verfestigten sich zum Mythos von der »Tragödie von Bleiburg« oder dem »Massaker von Bleiburg«. Befeuert wurden diese Annahmen durch das Buch »Die Tragödie von Bleiburg und Viktring. Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikommunistischen Flüchtlinge im Mai 1945« des Historikers und stellvertretenden Landesobmanns der FPÖ-Jugendorganisation »Ring Freiheitlicher Jugend« (RFJ) Thomas Rulitz. Jedoch ist unklar, woher dieser seine Informationen bezieht.
Organisiert wurde das Zusammentreffen vom Traditionsverband »Bleiburger Ehrenzug«/»Pocasni Bleiburski Vod« (PBV) mit Sitz in Klagenfurt/Celovec. Der PBV wurde in den 1960er Jahren von »Ustaša«- und »Domobranen«-Offizieren gegründet und war auch Mitglied der »Hrvatski oslobodilacki pokret« (HOP, kroatische Befreiungsbewegung), die wiederum von Ante Pavelic, dem Anführer der »Ustaša«, gegründet wurde.

**»Ustaša«-Traditionen bis heute**

Der Name »Ustaša« steht für »Aufständische Kroatische Revolutionäre Organisation«. Diese ultranationalistische und faschistische Organisation wurde 1929 gegründet. In Italien wurden unter der Mussolini-Herrschaft »Ustaša«-Kämpfer in zwei Ausbildungslagern ausgebildet, um Jugoslawien zu destabilisieren. Nach der deutschen und italienischen Besetzung Jugoslawiens wurde der Staat aufgeteilt und unter anderem ein kroatisch-faschistischer Staat gebildet, der mit den Besatzungsmächten kollaborierte. Dieser Staat war ein faschistisches Regime unter dem »Ustaša«-Führer Ante Pavelic. Ähnlich wie beim spanischen Faschismus ging auch der kroatische Faschismus eine enge Verbindung mit dem Katholizismus ein. Diese katholisch-faschistische Synthese führte dazu, dass ein Franziskanerpater Lagerkommandant des KZ Jasenovac war, des größten KZ in Kroatien. Insgesamt forderte der Marionettenstaat der »Ustaša« 1941 bis 1945 etwa 800.000 Opfer, vor allem SerbInnen, Roma und Romnija, Jüdinnen und Juden.

Fast die gesamte kroatische Regierung floh gegen Kriegsende, teilweise als Priester verkleidet, über Italien nach Westeuropa und Südamerika, hier besonders nach Argentinien. Auch der kroatische »Poglavnik« (Führer) Ante Pavelic kam so nach Argentinien. Bei deren Flucht leistete die »Kroatische Bruderschaft« in Rom (bis 1957 aktiv) Hilfe, wobei sich der kroatische Franziskaner Krunoslav Draganovic besonders hervortat.
Die Kontakte über den Atlantik nach Europa blieben bestehen. Der nach Argentinien geflüchtete Dinko Šakic (1921-2008), Kommandant des KZ Jasonevac 1942-1944, war 1990 in Bleiburg/Pliberk. Damals besuchten noch vor allem Exil-KroatInnen und ihre Nachkommen das Treffen. Im Exil organisierten sich die kroatischen FaschistInnen in eigenen Organisationen und versuchten den nach 1945 neu gebildeten jugoslawischen Staat zu destabilisieren. Als infolge des Zerfalls Jugoslawiens ein neuer kroatischer Staat entstand, halfen auch Exil-KroatInnen bei dessen Aufbau und der Gründung ultranationalistischer Parteien und Gruppen. Im Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina kämpfte die HOS-Miliz der »Hravatska Stranka Prava« (HSP), die sich in der direkten Tradition der »Ustaša« sieht.
Auch viele Veteranen des Bürgerkriegs von 1991 bis 1995 pilgern jährlich nach Bleiburg/Pliberk. Unter den niedergelegten Kränzen finden sich welche von Veteranenverbänden des Bürgerkriegs. In den vergangenen Jahren wurden zudem T-Shirts mit den Konterfeis von Kriegsverbrechern aus dem Bürgerkrieg wie Ex-General Ante Gotovina oder dem kroatischen Feldherrn Nikola Šubic Zrinski verkauft und getragen.
Viel »Ustaša«-Symbolik, die in Kroatien selbst verboten ist, war immer wieder vor Ort zu sehen. Diese Zustände führten dazu, dass die neue linksliberale Regierung in Kroatien der Veranstaltung ihren Ehrenschutz und ihre Unterstützung entzogen hat. In vergangenen Jahren hatten immerhin StaatsvertreterInnen bis hin zum Innenminister an dem Gedenken teilgenommen. Hohe Vertreter der katholischen Kirche hingegen waren auch dieses Jahr vor Ort. Die etwa 8.000 TeilnehmerInnen feierten einen Gottesdienst unter anderem mit Ante Ivas, Bischof von Šibenik. Als Veranstaltungsort fungiert das Gelände einer 1985 errichteten Gedenkstätte, wobei eine unfertige Bauruine nebenan auf Pläne zu einem größeren Gebäude verweist.

## RechtsRock und Terror

von Ernst Kovahl

RechtsRock, das ist die Begleitmusik zu Mord und Totschlag. Belege für diese These publizieren antifaschistische Initiativen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen seit Jahren. Doch nach dem Auffliegen der Morde, Anschläge und Überfälle des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) zeigte sich noch einmal viel klarer, wie viel Wahrheit in diesem Satz liegt. Breit wurde nun auch in den Massenmedien über die in der ersten Fassung des NSU-Videos verwendete Musik der Nazi-Band »Noie Werte« berichtet. Auch der mutmaßliche Unterstützer der Nazi-Mörder, Ralf Wohlleben, aus Jena und seine Rolle bei der Organisation von RechtsRock-Konzerten wurde endlich ausführlich beleuchtet. Ebenso geriet das rassistische Lied »Döner-Killer« der Naziband »Eichenlaub« in den Fokus. Offensichtlich ist, wie wichtig die RechtsRock-Strukturen, die das braune Musikgeschäft betreiben, für die gesamte Neonazi-Szene sind. Die Akteure kennen sich zum Teil seit Jahrzehnten, arbeiten still und leise in Netzwerken, die von außen nur schwer einsehbar sind. Auch das internationale Netzwerk »Blood & Honour«, angesiedelt an der Schnittstelle zwischen militanter Naziszene, Waffenhandel und Musik-Geschäft, rückt nun endlich in den Mittelpunkt einer kritischen Öffentlichkeit.
In ihrer Broschüre »Rechtsrock und rechter Terror« werfen Martin Langebach und Jan Raabe am Beispiel des NSU einen Blick auf die RechtsRock-Szene, deren AkteurInnen sowie ihre Vernetzung, und zeigen die politische Bedeutung und Infrastruktur dieser Musik auf. RechtsRock ist für viele ein Einstieg in die Szene, bedeutet ideologische Bestätigung, Finanzierungsmöglichkeit und Strukturerhalt für Teile der Szene. Absolut lesenswert, gerade auch aufgrund der prägnanten Kürze.

*Martin Langebach/Jan Raabe: Rechtsrock und rechter Terror. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 2012, 30 Seiten. Kostenlos bestellbar unter www.thueringen.de/de/lzt*

## Der NSU und seine Hintergründe

von Margarete Schlüter

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass es neue Informationen zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gibt, zu dessen UnterstützerInnenumfeld und den Verstrickungen der Verfassungsschutzämter. Gleichwohl erscheinen derzeit auch die ersten Bücher, die sich dem Thema annehmen – ihre Qualität variiert deutlich.
Hervorzuheben unter den Neuveröffentlichungen ist der Sammelband »Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal«, den Bodo Ramelow herausgibt. Er ist Fraktionsvorsitzender der Partei »Die Linke« im Thüringer Landtag und dort, wo der NSU seinen Ausgang fand, auch Oppositionsführer. Versammelt hat er in dem Band zwanzig AutorInnen aus Politik, Medien, Wissenschaft und Beratungsinitiativen gegen Rechts. Sie tragen den Kenntnisstand zum Thema zusammen, beleuchten kritisch die Arbeit des Thüringer »Landesamts für Verfassungsschutz« (TLfV) und diskutieren die Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Aufklärung – immerhin sitzen einige von ihnen in entsprechenden Gremien.
Nachgezeichnet wird in dem Buch auch die Entwicklung der sächsischen und thüringischen Neonazi-Szene seit den 1990er Jahren, in der sich Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bewegten. Dadurch gelingt es, die Gründung des NSU nicht als ein isoliertes Phänomen, sondern in Abhängigkeit zu den örtlichen Neonazi-Strukturen zu betrachten. Warum sich dieses Spektrum festigen konnte, beantwortet Stefan Wogawa mit Verweis auf den TLfV, der beispielsweise den »Thüringer Heimatschutz« indirekt durch V-Leute alimentierte. Gleichwohl wird betont, dass sowohl die Gesellschaft als auch die Politik daran eine Mitschuld trägt durch ihr ständiges Ignorieren oder Verharmlosen der Gefahren von Rechts. Dennoch fokussiert sich die Kritik stark auf den Verfassungsschutz. Nicht nur aufgrund seines »strukturellen Unvermögen[s]«, sondern auch wegen seiner »grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien« untergrabe er die Demokratie und gehöre deshalb aufgelöst. An seiner statt müsse ein transparentes und unabhängiges Demokratiezentrum eingerichtet werden, lautet eine zentrale Forderung eines vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs, mit dem Perspektiven für eine konsequente antifaschistische Arbeit aufgezeigt werden.
Insgesamt ist der Sammelband zu empfehlen. Er bietet gut strukturiert und leicht verständlich einen Überblick zum NSU und seinen Hintergründen und ermöglicht so auch, diese »Terrorzelle« nicht als isoliertes Phänomen wahrzunehmen, sondern ihn vor dem Hintergrund eines bestimmten gesellschaftlichen und politischen Klimas einzuordnen.

*Bodo Ramelow (Hg.): Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal. Hamburg: VSA Verlag, 2012, 222 Seiten, 12,80 Euro.*

## Schwarzbuch Hardcore

von Christoph Schulze

Seit nunmehr zehn Jahren findet im subkulturellen Neonazismus eine stilistische Öffnung und Ausdifferenzierung statt. Wo es früher nur Seitenscheitel und Glatzkopf gab, sind inzwischen zahlreiche Versatzstücke aus Jugend- und Popkultur nebeneinander und miteinander vermischt zu finden. Ein »Multikulti« von Rechts greift um sich. Der Autor Ingo Taler hat seit Jahren sein Augenmerk auf den Hardcore und damit eine spezielle Facette dieser Entwicklung gelegt. Denn auch am Hardcore orientieren sich relevante Teile des jugendlichen Neonazismus, imitieren die Mode, die Musik und den Gestus einer Szene, die vor über 30 Jahren aus dem Punk hervorging und, wenigstens ästhetisch, politisch links zu verorten war. Der Band »Out of Step« ist nun, nach langer Ankündigungsphase, erschienen und versammelt die Recherchen und Einschätzungen von Taler. Der Autor teilt das umfangreiche Buch etwa gleichermaßen zur Beantwortung von zwei Fragen auf. Erstens: Wo und wie hat sich die originäre Hardcore-Szene bisher offen für rechte, nationalistische, rassistische oder sexistische Ideen gezeigt? Und zweitens: Wie hat sich der »White Power Hardcore«, also die Adaption aus dem harten Kern des Neonazismus, entwickelt und wodurch zeichnet er sich aus?

Taler beschreibt kenntnisreich und kann seine Argumentationen mit einem über 800 Fußnoten langen Anmerkungsabschnitt fundieren. Es handelt sich dennoch – und das ist kein Nachteil – um eine subjektiv gefärbte Schrift, die sich nicht an sozialwissenschaftlichen Standards orientiert. Allerdings dominiert im konkreten Fall eine manchmal schwer verdauliche Schwarzmalerei. Für ein kritisches, treffendes Porträt des originären Hardcore bräuchte es einen Abriss über den emanzipativen politischen Gehalt, der die Szene mehrheitlich bis heute auszeichnet. Wenn es schlechter wird, dann muss es schließlich davor besser gewesen sein. Stattdessen stellt Taler eine Art Schwarzbuch Hardcore zusammen. Eine lange Liste der Verfehlungen, die von der Homophobie der »Bad Brains« bis zur Abtreibungsgegnerschaft mancher Straight Edge Kids reicht. Was fehlt, ist eine Einordnung der Gesamtgröße und Orientierung der Szene sowie des Einflusses unterdrückerischer Ideologien darauf. Taler problematisiert beispielsweise völlig zurecht die Ideen der militantveganen »Hardline«-Bands in den 1990ern – aber unterlässt es, angemessen deutlich zu erläutern, wie umstritten, marginal und personenschwach »Hardline« in den USA und erst recht in Deutschland blieb. Es liest sich reichlich kulturpessimistisch, wenn Taler im Prolog dem gegenwärtigen Hardcore vorwirft, schlechter (»uneindeutig«, »entpolitisiert«) als der von anno dazumal zu sein (»Rebellion gegen Autoritäten«) und sodann aber in den folgenden Kapiteln auch der »old school« ihre reaktionären Versatzstücke ankreidet. Dadurch entsteht ein – sicher übertriebenes und wahrscheinlich fehlerhaftes – Bild: Die Fehler des originären Hardcore hätten erst dafür gesorgt, dass es heute Nazi-Hardcore geben kann; die beiden sind keine Gegensätze, sondern mittlerweile kräftig ineinander verwachsen.

Trotz solcher manchmal grober Argumentationen ist das Buch unbedingt lesenswert. Ein so breit aufgestelltes und quellenreiches Kompendium über reaktionäre Tendenzen im Hardcore gab es bisher nicht. Die antifaschistische Analyse ist durch die Betrachtung des Nazi-Hardcore verdienstreich erweitert und aktualisiert worden.

*Ingo Taler: Out of Step: Hardcore-Punk zwischen Rollback und neonazistischer Adaption, Hamburg, Münster, rat / Unrast, 2012. 348 Seiten, 18,- Euro.*

## Schlesische Jugend

von Paul Wellsow

Volkstanzwochenenden, Zelten, Wandern und nostalgische Schwärmerei für Schlesien. Auf den ersten Blick galt die »Schlesische Jugend« (SJ), der offizielle Jugendverband der »Landsmannschaft Schlesien« (LS), bloß als ein konservativer Verein der organisierten »Vertriebenen«. Doch schon lange wiesen JournalistInnen und Antifas darauf hin, dass die SJ von Neonazis übernommen werde. Selbst aus dem eigenen Verband wurde Kritik laut. Aber noch 2010 erklärte beispielsweise die Thüringer Landesregierung, sie hätte keine Erkenntnisse, dass NPD´ler und ehemalige Mitglieder der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HdJ) in der SJ aktiv sind.

In der Broschüre »Schlesische Jugend. Gefahr von rechts« von Maik Baumgärtner, Martina Renner und Andrea Röpke wird nun umfassend über die völkische Ideologie, Struktur und die extrem rechten Aktivitäten der SJ berichtet. Einleitend beschreiben die AutorInnen die Übernahme der SJ durch Neonazis. Diese Entwicklung könne nicht losgelöst von der HdJ betrachtet werden, denn »Führungspersonen« der SJ kommen aus dem verbotenen Bund. Und dort bestimmen sie nun die Linie mit. Bundesvorsitzender der SJ ist heute Fabian Rimbach, der jüngst durch den Kauf einer Gaststätte in Marlishausen nahe Arnstadt für Schlagzeilen sorgte. Interessant an der Broschüre ist auch ein Interview mit dem ehemaligen Bundesvorstandsmitglied der LS und Ex-Bundesvorsitzenden der SJ, Gernod Kresse. Er beschreibt, wie der Verband in die Hände von Neonazis überging. Auch die gute Zusammenarbeit mit der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« und dem skandalumwitterten Thüringer Funktionär der »Vertriebenen«, Paul Latussek, wird beleuchtet. Ausgewählte Faksimilies aus Publikationen der SJ runden die lesenswerte Broschüre ab.

*Maik Baumgärtner/Andrea Röpke/Martina Renner: Schlesische Jugend. Gefahr von rechts. Zwischen Volkstanz und Neonazismus. Jena: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2012, 36 Seiten. Kostenlos bestellbar unter: vorstand@rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de*




der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der Ausgabe ____ möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ Email-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

# Photos
in dieser Ausgabe:

drr-Archiv (Seite: 6, 7)
Lucius Teidelbaum (Seite: 32)
Mark Mühlhaus (Seite 1, 3, 19, 20, 21, 22)

# Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: DBP e.V.

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.